

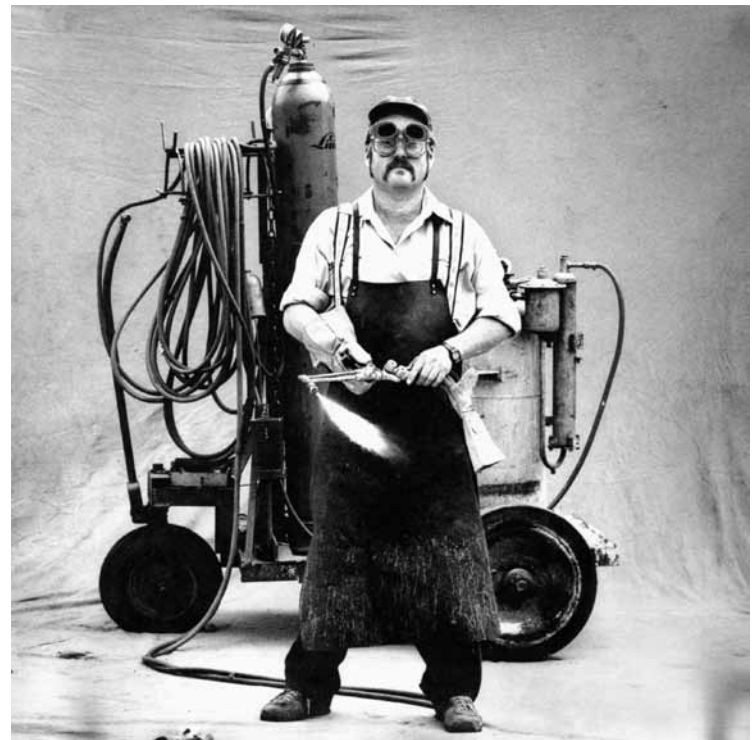
RÄNKESCHMIEDE

Texte zur
internationalen ArbeiterInnenbewegung

Redaktion express u.a.

Einblick auf verborgenes Terrain

Diskussion über die DDR und 20 Jahre 1989



Herausgeber:
AFP e.V., express-Redaktion, tie-Bildungswerk e.V.

No. 20
August 2010
13. Jahrgang

Titelbilder und Bilder in dieser Ausgabe sind dem Buch »Abschied und Anfang. Ostdeutsche Porträts 1989 – 1990« von Stefan Moses, Berlin 1993 entnommen.

»Kurz nach dem 89er Umbruch begab sich der bekannte westdeutsche Fotograf Stefan Moses in die DDR, um prominente Oppositionelle, vor allem aber ganz gewöhnliche Menschen aus dem Werktag abzubilden. Er ließ sie vor einem großen grauen Tuch, das den Inszenierungscharakter der Aufnahmen unterstrich, Aufstellung nehmen und fixierte dann den Ausdruck und die Haltung, zu der sie in dieser Kunstwelt fanden.

Wenn man die Bilder der Arbeiter und Arbeiterinnen betrachtet, die zumeist kleine Gruppen bilden, gerät man sofort in den Sog jenes schier grenzenlosen Selbstbewusstseins, von dem soeben die Rede war. Zwar sind die ostdeutschen Verhältnisse zu dieser Zeit schon kräftig ins Wanken geraten, aber die Porträtierten blicken den Betrachter an, als könne ihnen das alles nichts anhaben. Sie strahlen eine aproblematische Sicherheit aus, wie sie nur Menschen eigen ist, die das Fürchten sozial nicht gelernt haben. Noch der Hilfsarbeiter posiert vor der Kamera wie ein ungekrönter Herrscher im eigenen Revier. Die innere Erhabenheit über alles Dienstbare spricht in ihrer ganzen Doppeldeutigkeit aus beinahe jedem Bild. Dass der stolze Gestus in genau dem Moment eingefangen wurde, in dem er historisch kippte, macht den wehmütigen Reiz des Bandes aus.◀◀

(Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen: Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 207f.)

Herausgeber:

AFP – Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V.
express-Redaktion
Niddastraße 64
60329 Frankfurt
Telefon (069) 67 99 84
Email express-afp@online.de
www.express-afp.info

2. Auflage, September 2010
80 Seiten, Einzelpreis 8 Euro zzgl. Porto

Redaktionelle Bearbeitung	Nadja Rakowitz, Edgar Weick
Layout/Satz	Birgit Letsch
Druck	Kopierwerk, Frankfurt

RÄNKESCHMIEDE erscheint in unregelmäßiger Folge (siehe Rückseite)



Inhalt

Zum Auffüllen der utopischen Vorräte	5
Sozialismus ohne Barbarei Edgar Weick zu: DDR – Aufbruch oder Abschied (1989)	8
1990 Peter Hacks	10
Zur Geschichte des guten Willens Zwischenbetrachtung von Klaus Wolfram (1994-1996)	11
Statt Mauerfall ... fragt der express nach der Spur der Steine	18
Fragen zum Herbst 1989	20

Versorgungsdiktatorischer Herrschaftskompromiss	
Antworten von Bernd Gehrke	22
Die DDR war eine moralische Ökonomie	
Antworten von Sebastian Gerhardt	28
Historische Fehlpässe	
Antworten von Renate Hürtgen	37
Vom Kopf auf die Füße stellen	
Antworten von Werner Jahn	42
Die DDR als Hemmnis auf dem Weg zum Sozialismus	
Antworten von Thomas Klein	48
Sicherheit und Kontrolle	
Antworten von Günter Lorenz	49
Mein kurzer Herbst der Utopie	
Antworten von Silvia Müller	55
Klassen waren künstliche Gebilde	
Antworten von Gert Sczepansky	59
Unglückliche Gleichheit	
Antworten von Klaus Wolfram	61
Ganz und gar bei Sinnen	
Arnold Schölzel zum 7. Oktober 2009	64
Rückblick auf verborgenes Terrain	
Diskussion über die DDR und 20 Jahre 1989	65
Das Verschwinden des Volkseigentums	
Volker Braun	77

Zum Auffüllen der utopischen Vorräte

**»Im schönen Monat November war's
Man marschierte mit Kerzenlicht
Drum wusste später niemand genau
Wer mitmarschiert war und wer nicht.«**

Ein »Unrechtsstaat« war diese DDR. Darin sind sich diejenigen einig, die zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR ihr Geschichtsbild als einen moralischen Maßstab öffentlich dokumentieren. Es scheint so, als sei mit der DDR dieser vermeintliche Schlussstrich vollzogen.

Es gibt nur noch unter wenigen Historikern¹ ein Interesse, sich mit der Gesellschaftsgeschichte und damit auch mit der Alltagsgeschichte zu beschäftigen. Und diejenigen, die diese DDR als Teil ihres Lebens selbst erlebt haben, scheinen nur dann eine wahrnehmbare Stimme zu haben, wenn sie zum herrschenden Geschichtsbild ihren beweisenden Beitrag leisten.

Das Herrschaftssystem ist in vielen Studien untersucht, und es gibt in der Tat hinreichende Beispiele und Belege, die die Ergebnisse dieser Studien stützen. Doch wissen wir damit bereits, wie damals die »Brüder und Schwestern in der DDR« gelebt haben? Und verstehen wir, wie und warum es in dieser DDR zu einer Revolution kam, für die es in der deutschen Geschichte kein vergleichbares Beispiel gibt? Wohl kaum. »Wissen wir eigentlich, wovon wir reden, wenn wir »Friedliche Revolution« sagen?«² Diese Frage stellt sich Steffen Mensching in einem Vortrag, den er im Oktober 2009 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn gehalten hat. Seinem Vortrag »Vorwärts und Alles vergessen.

Eine Beschimpfung der friedlichen RevolutionärInnen« sind die Verse entnommen, mit denen Mensching angelehnt an Heinrich Heines »Wintermärchen« an diese Revolution vom November 1989 und an diejenigen Revolutionäre erinnert, die nach der »Wende« in Amt und Funktion kamen – und die heute nur noch in einer sehr selektiven Erinnerung darüber sprechen, wofür sie damals eingetreten sind. Mensching hat den Eindruck, dass der zeitliche Abstand von gerade einmal zwanzig Jahren uns nicht klüger, sondern dümmer gemacht hat. Das Ereignis drohe im Nebel der Interpretation undeutlich zu werden. »Diese Revolution umgibt eine merkwürdige Aura. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber die Tatsache, dass die Deutschen in Ost und West, in Nord und Süd, oben und unten, links wie rechts, diese Revolution mehrheitlich bejubeln und zu einer nationalen heiligen Kuh erhoben haben, kann oder könnte einen skeptisch werden lassen.«³

**»Im sonnigen Monat Oktober war's
Man feierte eifrig die Wende
Der Jubel hing allen zum Halse heraus
Die Feiern nahmen kein Ende.«**

So haben wir es doch alle erlebt in diesem Jubeljahr 2009 und so wird es wieder werden zu den Feiern im Oktober 2010. Und das hat es letztes Jahr auch schwer gemacht, die Fragen zu stellen und ihnen in der öffentlichen Debatte Gehör zu verschaffen, denen nachzugehen vielleicht doch auch eine politische Brisanz hätte haben können. Sich aufrichtend und im aufrechten Gang

1 Einer von ihnen ist der US-Amerikaner Andrew I. Port mit seiner dieses Jahr auf Deutsch erschienenen lesenswerten Studie: »Die rätselhafte Stabilität der DDR. Alltag und Arbeit im sozialistischen Deutschland«, Berlin 2010, der sich bemüht, zwischen Staat und Gesellschaft zu unterscheiden und zu zeigen, »dass die Absichten und Ziele des Regimes sich nicht automatisch in die Praxis umsetzen ließen. In der Tat stimmten die Resultate oft eben nicht mit den offiziellen Zielen überein«. (Ebd., S. 26f.) – In Ports Literaturverzeichnis findet man viele Hinweise auf andere interessante Studien zur (eigensinnigen) Geschichte der DDR-Gesellschaft.

2 Steffen Mensching: »Vorwärts und Alles vergessen. Eine Beschimpfung der friedlichen RevolutionärInnen«, Berlin 2009, S. 6

3 Ebd.

hat ein großer Teil der DDR-Bevölkerung in einer sich überstürzend kurzen Zeit ein Kapitel der Geschichte geschrieben, von dem die Bilder in Erinnerung bleiben. Doch was war das Bewegende an dieser Geschichte? Es liegt auf der Hand, dass diejenigen, die sich als Sieger über den untergegangenen »real existierenden Sozialismus« sehen, daran nicht interessiert sind. Und so ist es auch bei denen, die diesen »Sozialismus« politisch auf ihre Weise überlebt haben, wie beispielsweise der Chefredakteur der *jungen welt* Arnold Schölzel, Stasi-Spitzel damals und noch heute davon überzeugt, dass Opposition in der DDR prinzipiell Verrat war.⁴ Ein denkwürdiger Schulterschluss, der nur einen realen Grund hat, den alle haben müssen, die herrschen wollen: die Angst vor den Menschen, die ihre Interessen zu ihrer eigenen Sache machen.

**»So dreht sich das Hamsterrad der Zeit,
Der weltgeschichtliche Lauf,
Die einen reißen die Schlösser ab,
Die andern baun sie wieder auf.«**

Sarkasmus schwingt da mit, auch Trauer über die Folgen dieser Revolution von 1989. Wir müssen uns Mensching in dieser lyrischen und von Heine inspirierten Betrachtung nicht anschließen und wollen ihm lieber dort folgen, wo er sich in seinem Vortrag diesem November 1989 noch einmal zuwendet: »Die ostdeutsche, einzigartige, weil einzige artige, also friedliche Revolution war berechtigt, notwendig und wünschenswert, sie ist eine kostbare Perle unter den deutschen Revolutionen, sie beendete einen Zustand von Unfreiheit und Erstarrung ... schuf Grundlagen ... einer neuen geopolitischen Lage, löste die gefährliche Blockkonfrontation auf, brachte in das Leben von Millionen Leuten

Bewegung.«⁵ Sie brachte damit aber auch den Kapitalismus – in seiner ganzen Härte – zurück in diese Gesellschaften, die ihn ein ganzes Stück weit schon hinter sich gelassen hatten. Ob man sich dem Urteil Menschings anschließen muss, dass erst diese Revolution die »Grundlagen einer Zivilgesellschaft«⁶ geschaffen habe, ist einer der Diskussionsgegenstände dieser Ränkeschmiede.

Die Bewegung, die die Bewegung brachte, wäre ein Thema für sich. Unser Interesse war, mit einem Blick zurück zu den Anfängen die Quellen aufzuspüren, die es in dieser DDR gab und die doch gar nicht so richtig in das gängige Bild des »Unrechtsstaates« passen. Aus diesen Quellen ergoß sich 1989 innerhalb kürzester Zeit ein Strom der Hoffnung, der gar nicht so sehr auf eine Abschaffung der DDR gerichtet war. Er war vielschichtig, verwirbelt, dramatisch, pragmatisch, naiv und konkret. Theoriegeleitete Köpfe konnten da ihre Urerfahrungen mit einer Revolution machen, die sich herausarbeitet aus den Verhältnissen und ohne Programm an den Tag kommt. Mensching kommentiert in seinem Vortrag: »Später begriff ich, dass der Reichtum an Differenz, den ich in der Wendezeit als die Schwäche der Bürgerbewegungen angesehen hatte, ihre Stärke und Einzigartigkeit gewesen war. Von dieser inneren Widersprüchlichkeit blieb in ihrer retrospektiven Selbstbetrachtung nicht viel übrig.«⁷

Etwas von dieser »Einzigartigkeit« möchten wir als unseren utopischen Vorrat, als unverzichtbaren Vorrat der Linken erhalten. Der Erfahrungsschatz der »Andersartigkeit«⁸ dieser Revolution soll uns erhalten bleiben. Daher greifen wir hier noch einmal zurück auf Betrachtungen, die 1989 im *express* veröffentlicht wurden und die auch an unsere Hoffnungen

4 Vgl. Inga Wolfram: »Verraten. Sechs Freunde, ein Spitzel, mein Land und ein Traum«, Düsseldorf 2009, S. 303 bzw. den Film von Inga Wolfram: »Verraten – 5 Freunde und ein Spitzel« (2007), in dem sowohl die Mitglieder der Oppositionsgruppe, zu der Klaus Wolfram, einer unserer Autoren, gehörte, als auch Arnold Schölzel, im Auftrag der Stasi ebenfalls »Mitglied« dieser Oppositionsgruppe, interviewt werden.

5 Steffen Mensching: »Vorwärts und Alles vergessen«, S. 8

6 Ebd.

7 Ebd., S. 4f.



vom Herbst 1989 erinnern. Dann aber haben erst einmal die Aktiven des Herbst 1989, die Revolutionäre, das Wort. Wir dokumentieren eine Zwischenbetrachtung aus Klaus Wolframs »Geschichte des guten Willens« aus dem Jahr 1996, in der er die soziale Dynamik der Gleichheit der DDR-Gesellschaft analysiert, die den politischen Formen der Diktatur zunehmend den stalinistischen Inhalt entwandt. Dabei spielten die Arbeitsbeziehungen eine wesentliche Rolle. Wie Klaus Wolfram sehen allerdings nicht alle Oppositionellen die Geschichte der DDR-Gesellschaft. Wir hatten im Herbst 2009 für den *express* eine Reihe von Interviews gemacht, die sich vorrangig beschäftigen mit dem Bereich, der aus der öffentlichen Berichterstattung nahezu vollständig verbannt wird und wurde: die Betriebe, die Arbeiter und die Gewerkschaften. Die hier dokumentierten Antworten spiegeln etwas vom Reichtum an Differenz, den Mensching der Bürgerbewegung attestiert. Dokumentieren wollten wir aber auch eine exemplarische Lernunfähigkeit, wie sie in einem »DDR-Jubiläumsartikel« in der *jungen*

welt zum Ausdruck kommt. Wer so schreibt wie dieser Autor, war nicht nur damals der Verräter. Er ist es auch heute noch. Doch ihm wollten wir nicht das letzte Wort lassen. Zum Schluss unserer Ränkeschmiede waren wir in einem längeren Gespräch mit Menschen, die an der oben beschriebenen »Einzigartigkeit« beteiligt waren, auf der Suche nach den Potentialen, die diese DDR zu ihrem eigenen Ende selbst hervorgebracht hat. Die Frage, die uns leitete, stammte von Wolfgang Engler und ist so einfach wie fruchtbar für historische Betrachtungen: »Sichtet man heute noch einmal die anschaulichen Dokumente des 89er Herbstes – Fernsehaufzeichnungen, Dokumentarfilme, Reportagen – begegnet man durchgehend Menschen, die ihre Wünsche und Absichten klar und selbstbewusst zum Ausdruck bringen, die die allgemeinsten Angelegenheiten debattieren und sich dabei einer Sprache bedienen, die ebenso echt wirkt wie die Gefühle und Ansichten, die sie artikuliert. **Wo hatten sie das nur gelernt?**«⁹

Nadja Rakowitz / Edgar Weick, August 2010

8 Ebd., S. 25

9 Wolfgang Engler: »Mitbarer Münze zahlen. Gestalten des Utopischen in der DDR-Geschichte«, in: Franziska Becker/Ina Merkel/Simon Tippach-Schneider (Hg.): »Das Kollektiv bin ich. Utopie und Alltag in der DDR«, Köln 2000, S. 161



Sozialismus ohne Barbarei

DDR – Aufbruch oder Abschied

Von Edgar Weick, aus: express 11/1989

Hat es das in der deutschen Geschichte schon einmal gegeben? Wochenlang Massendemonstrationen gegen ein politisches System, das vierzig Jahre lang alle Machtmittel einsetzen konnte, um jede Opposition im Keime zu ersticken? Die Straße wird zum Ort einer phantasievollen Öffentlichkeit, eingeklagt werden hier die jahrzehntelang vorenthaltenen und unterdrückten Grund- und Menschenrechte.

Praktiziert wird Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit in urwüchsiger Gestalt – ein Volk steht auf und erzwingt jeden Tag neue Zugeständnisse, neue Rücktritte, neue Eingeständnisse des Partei- und Staatsapparats – wenn das kein revolutionärer Vorgang ist, was wäre denn dann einer? Wann haben je solche Massenbewegungen, wie wir sie jetzt in der DDR erleben, ein System so ins Wanken gebracht und politische Veränderungen erzwungen?

Natürlich ist noch nichts endgültig entschieden – außer dem einen: ein Zurück kann und wird es nicht geben. Das dramatische Tempo des Veränderungsprozesses lässt abwägende Prognosen nicht zu. Jeder Tag bricht aus dem Staatsgefüge der DDR ein Stück seiner Unmenschlichkeit, seiner Verlogenheit und Verkommenheit heraus. Gänzlich neue politische Konstellationen entstehen: Der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei wünscht sich einen Sozialismus, der Spaß macht. Es gibt auf einmal Bezirkssekretäre der SED, die den offiziellen Parteikurs verlassen, das ehrliche Gespräch suchen und zu Vermittlern zwischen einem fast handlungsunfähigen Staatsapparat und der Bevölkerung werden. Gewerkschaftsfunktionäre entdecken von heute auf morgen, was eigentlich eine Gewerkschaft sein müsste. Journalisten, die bislang nichts anderes als das Sprachrohr der SED waren, suchen nach ihrem aktiven Anteil an diesem beispiellosen Veränderungsprozeß. Fast ist der Eindruck zu gewinnen, es will keiner mehr zu spät kommen. Die

Bemerkung Gorbatschows bei seinem Besuch in der DDR ist zum geflügelten Wort geworden: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben«.

Gänzlich offen ist, wohin diese Entwicklung gehen wird – und das muss auch so sein. Wenn die alte These richtig war, die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, dann muss auch der gegenwärtige Befreiungsprozess in der DDR seinen Weg gehen, dann müssen die Menschen, die diesen Aufbruch erzwungen haben, auch ihre Erfahrungen machen und dadurch lernen, welche Organisationsformen ihren Zielen und Interessen entsprechen.

Wer da Angst hat, der Sozialismus könnte dabei auf dem Spiel stehen, gibt zu erkennen, dass er die bisherigen Verhältnisse für sozialistisch gehalten hat. Die Reihen derer, die jetzt ihre eigene Deformation erkennen und bekennen wollen, können noch aufgefüllt werden.

Was also nicht auf dem Spiele steht, das ist auch nicht verloren. Ein neuer Weg wird beschritten, eine neue Praxis gesucht, die dem menschlichen Anspruch auf eine freie Entfaltung gerecht wird. Soviel ist heute schon erkennbar. Mit unserer uneingeschränkten und ungeteilten Solidarität gegenüber denjenigen, die diesen Weg beschreiten, bekennen wir auch selbst, dass der Sozialismus nur dann eine historische Chance hat, wenn politisch-praktisch offen gehalten wird, was sich als theoretisch ungeklärt erwiesen hat. Die Mängel der eigenen Theorie auszuhalten ist, ungleich leichter als die Mängel einer Praxis zu ertragen, die den Menschen vorenthält, was der Sozialismus einmal verheißen hat.

Der gegenwärtige Umbruch in der DDR hat eine lange und vielfältige Vorgeschichte. Sich ihrer bewusst zu werden, ist nicht zuletzt auch deswegen ein schwieriges Unterfangen, weil unser Verhältnis und die Beziehung der Linken zum »real existierenden Sozialismus« stärker von der herrschenden als der unterdrückten Realität beeinflusst waren. Hinzu kommt, dass der in der Geschichte der Bundesrepublik fundamental etablierte Antikommunismus mit seiner blutrünstigen Vergangenheit es den Linken au-

ßerordentlich schwer gemacht hat, die Auseinandersetzung mit den Kommunisten mit der notwendigen Härte und Konsequenz zu führen. Ein besonderes Kapitel wäre das – noch zu bearbeiten, wenn sich die Frage nach dem jeweiligen Verhältnis der Linken in der Bundesrepublik zur Opposition in der Geschichte der SED einmal stellt. An einige Namen sei hier nur erinnert, die politische Alternativen zu einem Kurs verkörperten, der jetzt sein unabwendbares Ende findet: Anton Ackermann, Zaisser und Herrstadt, Harich und Janka, Havemann und seine Freunde, zu denen damals auch Wolf Biermann zählte, Bahro, zuletzt Henrich, der jetzt das Glück hat, mit seinen Erfahrungen in der SED auf der Seite der neuen Opposition ein Mitgestalter der »Wende« in der DDR zu sein.

Der FDGB hat in dieser Vorgeschichte – soweit wir das beurteilen können – kaum eine Rolle gespielt. Seine politische Schattenexistenz und seine Unterordnung unter den Führungsanspruch der SED, aber auch die sozialen Aufgaben, die die DDR-Gewerkschaften übernommen haben, forderten nicht mehr dazu heraus, gerade hier die radikalen Fragen nach dem Widerspruch von Programm und Realität zu stellen. Der politisch bewusste Arbeiter stand immer vor der Alternative, Mitglied der SED zu werden, oder sich auf die konkreten Probleme des Betriebs- und Arbeitsalltags zu beschränken. Umso bedeutsamer ist es, wenn in diesen Tagen auch die »Tribüne« des FDGB zum Organ wird, in dem die konsequente Unabhängigkeit der Gewerkschaften und ein rechtlich geregeltes Streikrecht gefordert werden.

Der große Aufbruch in der DDR hat natürlich in der sowjetischen Perestroika eine Rücken- deckung, ist beeinflusst durch die politischen Veränderungen in Polen und in Ungarn und beschleunigt worden durch die Ausreisewelle und Massenflucht vor allem jüngerer Menschen, die keine Hoffnungen mehr hatten, es könnte sich Grundlegendes in diesem Staat ändern. Es mag vereinfacht sein, den Kern des Problems doch wohl treffen: Wer sich ein für allemal vom Sozialismus verabschieden wollte, der hat den Weg in die Bundesrepublik gesucht. Wer am

Sozialismus als einer menschenwürdigen und der menschlichen Entfaltung dienenden Lebensform festhält, der ist aus der auferlegten Resignation herausgetreten. Vor allem im »Neuen Forum« und im »Demokratischen Aufbruch« findet diese politische Entscheidung ihren Ausdruck. In diesen Organisationen bündelt sich heute mit ersten Umrissen eines politischen Programms ein breites Spektrum von Gruppen und Initiativen, die häufig unter dem schützenden Dach der Kirche in einer immer bedrohten Zone tolerierter Legalität seit Jahren politisch tätig waren: als unabhängige Gruppen der Friedensbewegung, als kirchliche Diskussionszirkel, in den Aktionen »Schwerter zu Pflugscharen«, in Umweltgruppen. Sie alle hatten lange schon ihre eigenen mühevoll hergestellten und verbreiteten Publikationen. Sie verkörperten »Ge-

genöffentlichkeit« und sind ohne Zweifel die »Unruheherde«, von denen die gegenwärtige Massenbewegung ihren Ausgangspunkt nahm. Sie verdienen ebenso unseren Respekt und unsere politische Unterstützung wie jene Genossen und Genossen, die als Opfer des jetzt zusammenbrechenden Systems, als Ausgebürgerte, als »kaltgestellte« oder totgeschwiegene Opponenten geschichtlich rehabilitiert sind. Bei allem, was noch offen ist und offen bleiben wird – der Sozialismus in der DDR hat nur eine Chance, wenn die gegenwärtige Umgestaltung in der DDR gelingt. Welcher Sozialismus dies dann sein wird, wollen wir dann gerne diskutieren. Wir können es dann zum ersten Mal mit denen, die ihn unter den geschichtlichen und ökonomischen Voraussetzungen ihres Landes in freier Entscheidung wollen.

Peter Hacks

1990

*Nun erleb ich schon die dritte Woche
Die finale Niedergangsepoche.*

*Pfarrer reden in den Parlamenten.
Leipzig glaubt an einen Dirigenten.*

*Die Fabriken alle sind zuschanden.
Das Proletariat ist einverstanden.*

*Rings nur westkaschubische Gesichter.
Botho Strauß passiert für einen Dichter.*

*Auch die Freundin zeigt sich beinah prüde.
Von Erwerbs- und Nahrungssorgen müde,*

*Kann sie sich nur eingeschränkt entschließen,
Mit dem Freund den Abend zu genießen.*

*Freilich ich, von Schwachheit keine Rede,
Bin nicht jeder, und sie ist nicht jede,*

*Und so folgen dem, was ich ihr tue,
Höhepunkte, und in großer Ruhe*

*Sehn wir nachher beim Glenfiddichtrinken
Hinterm Dachfirst die Epoche sinken.*

(aus: »100 Gedichte aus der DDR«, hg. von Christoph Buchwald und Klaus Wagenbach, Berlin 2009, S. 144)

Zur Geschichte des guten Willens

Zwischenbetrachtung

Von Klaus Wolfram, aus: SKLAVEN. Migranten, Briganten Kombattanten, Nr. 25, Juni 1996

1994 bis 1996 versuchte Klaus Wolfram, für die Ost-Berliner Zeitschrift SKLAVEN mit seiner »Geschichte des guten Willens« eine Bilanz eine Bilanz seiner Begegnungen und Beobachtungen zu ziehen, die er seit 1975 in den oppositionellen Gruppen der DDR und 1989 im großen Revolutionsherbst gemacht hatte. Die Bilanz konnte nur eine Zwischenbilanz sein, doch schon sie zwang den Autor zu der Einsicht, dass die demokratischen Energien in den Mehrheiten pulsierten. Wolframs hier vertretene These von der gelebten Gleichheit in der DDR ist ein zentrales Thema der Diskussion, die wir als letzten Text dieser Ränkeschmiede veröffentlichen. (siehe Seite 65ff.)

Wir dokumentieren hier die letzte Folge dieser »Geschichte des Guten Willens«, die im Herbst diesen Jahres unter dem Titel »Innenansichten einer Revolution – Ein Bericht aus der DDR-Opposition 1975-1993« in Berlin beim Basisdruckverlag als Buch erscheinen wird.

O. Die staatssozialistischen Gesellschaften waren »Gesellschaften, die sich nicht kannten«. Das sind sie auch heute noch. Doch seit 1989 beginnen sie, sich selbst kennen zu lernen. Vor 1989 versuchte dies nur die jeweilige Opposition. Weder die politische Bewegung der Kommunisten/Stalinisten noch die sozialistische Intelligenz, weder die Ideologie der Mehrheiten noch die Reflexionen des Westens haben sie in ihrer Wirklichkeit begriffen. Am ehesten noch waren im Alltagsbewusstsein der Mehrheiten, in den Wertmaßstäben und Gesellschaftsbezügen der Unterschichten die Erfahrungen an-

zutreffen, aus denen diese Gesellschaften sich konstituierten.

Wir reden hier nur so lange von der DDR-Opposition, um von ihrem politischen Ansatz aus (in Grundzügen) den sozialen Zusammenhang der mehrheitlichen Verhaltensweisen in der DDR empirisch genug rekonstruieren zu können. Und wir reden nur deshalb so lange von der DDR, um von bekanntem und erkennbarem Terrain aus die Kategorien zu finden, in denen sich (in Grundzügen) die osteuropäischen Resultate der stalinistischen Vergesellschaftung begreifen lassen. In diesem Sinn, mit dem Ziel, von den Wenigen aus die Vielen zu verstehen, ist es aber auch richtig, noch eine Weile von der Opposition und von der DDR zu sprechen.

1. In der DDR der siebziger und achtziger Jahre gab es für Demokratisierungsprozesse von politischer Dimension nur zwei ansprechbare gesellschaftliche Gruppen die sozialistische (staatstragende) Intelligenz und die politische Opposition.

Innerhalb der Opposition kann man deutlich zwei Schwerpunkte und Haltungen unterscheiden: die sozialistische Orientierung in den siebziger, die menschenrechtliche in den achtziger Jahren. Während jene Richtung sich unschwer als Randgruppe der Intelligenz zu erkennen gibt, kann diese als kommunikative Randgruppe der allgemeinen Diktaturerfahrung angesprochen werden. Beide Strömungen ersetzten einander nicht. Sie existierten nebeneinander bis 1989 und arbeiteten mehr oder weniger konfliktreich zusammen. Die »Sozialisten« gaben sogar bis zuletzt die internen Arbeitsthemen und Verkehrsformen vor; die Gruppenarbeit und das Konsensprinzip lebten aus »linken« Quellen. Ab Mitte der achtziger Jahre ließ sich die Öffentlichkeitsarbeit der Opposition entlang der Aufmerksamkeit des Westens für manche Arten

Vorschau auf: Klaus Wolfram

INNENANSICHTEN EINER REVOLUTION.

Ein Bericht aus der DDR-Opposition 1975–1993

1994 bis 1996 versuchte Klaus Wolfram für die Zeitschrift SKLAVEN eine Bilanz seiner Begegnungen und Beobachtungen zu ziehen, die er seit 1975 in den oppositionellen Gruppen der DDR und 1989 im großen Revolutionsherbst gemacht hatte. Die Bilanz konnte nur eine Zwischenbilanz sein, doch schon sie zwang den Autor zu der Einsicht, dass die demokratischen Energien in den Mehrheiten pulsierten, während sie bei vielen Oppositionellen nur in Worten oder gesellschaftsfremden Analogien lebendig waren. Die 11 Aufsätze führten bis knapp an die Volkskammerwahl vom März 1990 heran, die sicherlich die Peripetie, aber noch nicht das Ende des revolutionären Zyklus bildete. Erst 1993 waren die politische Zersplitterung, die moralische Erschöpfung und die industrielle Zerstörung von eigener wie von fremder Hand so weit getrieben, dass der zähe Arbeitskampf der Kali-Bergleute von Bischofferode nur noch gefühlte Sympathie, nicht aber politische Solidarität auf sich zog. Mit dieser Niederlage setzten nun Arbeiter den Schlusspunkt unter einen Aufbruch, den eine Bevölkerung gemeinsam begonnen hatte. Es gilt also, den Akteuren auch auf der absteigenden Linie ihres Handelns zu folgen, um das wirkliche Fundament der Gegenwart in den Blick zu bekommen. Weder die akademische noch die staatlich gestützte Aufarbeitungsindustrie scheinen dazu Wesentliches beitragen zu können. Inzwischen ist vielleicht alles gezählt, aber noch nichts begriffen. »Wir reden hier nur so lange von der DDR-Opposition, um von ihrem politischen Ansatz aus (in Grundzügen) den sozialen Zusammenhang der mehrheitlichen Verhaltensweisen in der DDR empirisch genug rekonstruieren zu können. In diesem Sinn, mit dem Ziel, von den Wenigen aus die Vielen zu verstehen, vom Teil aus das Ganze sichtbar zu machen, ist es aber auch richtig, noch eine Weile von der Opposition und von der DDR zu sprechen.« (Aus der Vorrede) Diese Skizzen über den Gang persönlicher Erfahrungen im Gebiet der politischen Opposition sollen nur zeigen, wo die Fragen anzusetzen sind, wenn man an Urteilen interessiert ist, die den beherrschten Klassen nützen können.

stalinistischer Repression radikalisieren. Diese reale Möglichkeit ergriffen einige Wortführer. Doch selbst sie traten bis 1989 nicht aus dem reformsozialistischen Horizont der Opposition heraus. Dieser Horizont hatte also nichts mit Gläubigkeit an oder Kumpanei mit den Herrschenden zu tun, sondern mit einer bestimmten, in der Gesamtgesellschaft anzutreffenden Akzeptanz des aufgelösten Privateigentums an Produktionsmitteln.

Beide Strömungen aber waren hauchdünne Ränder ihrer sozialen Herkunftsgruppen. Während einem oppositionellen Ansatz (vom Rand) der Intelligenz ein gewisser »Blick von oben« naturgemäß war, der gesellschaftliche Strukturen und Machtfragen nicht aus den Augen verlor, tendierte die kommunikative Opposition der achtziger Jahre in ihrem Selbstverständnis zu alternativer Lebensweise. Weder die eine noch die andere Richtung konnte so aus sich selbst artikulieren, was die Mehrheiten bewegte und den Alltag eigentlich zusammenhielt. Eine Mitte, eine selbstsichere Normalität, einen gesellschaftlichen Durchschnitt im besten Sinne des Wortes, hat es in der Opposition nie gegeben.

2. Dieselbe Beobachtung spricht Rudolf Bahro 1977 in den Worten aus, die Arbeiterklasse sei im realexistierenden Sozialismus nur noch der »Ballast im Staatsschiff«. Je tiefer man sich jedoch (aus der sozialistischen Tradition kommend) in das Durchschnittsleben der DDR hineindachte, desto mehr sah man, dass es eher eine strukturelle Folge der Gleichheit denn der Abgestumpftheit, des Konsumismus oder gar »struktureller Mittäterschaft« war, die diesen Eindruck hervorrief.

Wollte man diesem Schweigen der gesellschaftlichen Mitte in einem oppositionellen Sinne standhalten, so führte das zur Idee des Arbeitsbündnisses zwischen Intelligenz und Opposition. Praktische Aufgabe dieses Bündnisses war dann natürlich nicht die Selbstdarstellung seiner Teilnehmer, sondern das Aufschließen jenes Schweigens, das Kenntlichmachen der gesellschaftlichen Subjekte, das Sprechenmachen der gesellschaftlichen Subjektivität an vie-

len Orten, kurz: Vorarbeiten auf dem Weg der Wiederentstehung von Selbstwahrnehmung und Selbstausdruck der Mehrheiten.

3. Das Gemeineigentum konstituierte diese Gesellschaft, ihre charakteristischen Institutionen und auch die Sozialisation der Mehrheiten. In der negativen Bestimmung, die Auflösung des Privateigentums an Produktionsmitteln zu sein, hatte es die Akzeptanz gerade der Mehrheiten.

Grundlegender noch als die Gewaltförmigkeit und Abstraktheit solcher Institutionen wie Plan, Partei, Ein-Parteien-System usw., ist die mit jener Auflösung der Rationalität des Eigentums unvermeidlich gesetzte kommunikative Form der wesentlichen Vergesellschaftungsvorgänge. Vielmehr entspringen auch die Gewaltmöglichkeiten dieser Vergesellschaftungsweise ihrer kommunikativen Grundform. Alle entscheidenden Strukturen wie Bürokratie, gesellschaftliches Kontinuum, Schwejscher Gestus und Gleichheit entstehen daraus. Wenn zum Beispiel bei der Begründung einer stalinistischen Gesellschaft die Gewaltsamkeit noch klassenspezifisch ausgerichtet ist und aus der Auflösung des großen Eigentums ihre Durchschlagskraft bezieht, dann ist es in der Entwicklung dieser Gesellschaft gerade die Gleichstellung der Individuen, die diese Gewaltförmigkeit zurückdrängt.

Während die politischen Formen der Diktatur unverändert fortbestehen, entwindet die soziale Dynamik der Gleichheit ihnen zunehmend den stalinistischen Inhalt.

4. In den siebziger Jahren war schon erkennbar, dass die Herrschaftskraft der Bürokratie nicht zu-, sondern abnahm. Die Vermutung lag nahe, dass sie sich selber nicht zu einer herrschenden Klasse und ihr faktisches Herrschaftsgebiet nicht als Klassengesellschaft entwickeln konnte. Das war im Weiteren durch einfache Beobachtung zu überprüfen. Die Fragen, die sich daraus ergaben, richteten sich nicht mehr auf die Geheimnisse der Diktatur – wie sie über die Gesellschaft ausgeübt wurde –, sondern an das Leben der Mehrheiten und die gesellschaftlichen Tendenzen in dieser Diktatur.

Diese Blickwendung führte zu der wesentlichen Korrektur des überlieferten Marxismus: Demokratisierung nicht mehr durch eine Avantgarde zu denken, sei diese nun als eine Klasse, eine (andere) Partei oder ein (anderes) Politbüro vorgestellt. Wenn die Diktatur sich nicht zur Klassenherrschaft radikalisierte, konnte auch die Demokratisierung nicht als Gestaltungsaufgabe einer Avantgarde aufgefasst werden.

5. Die Auflösung der privateigentumsgesteuerter Rationalität begründete nicht nur das Kontinuum in jeder (nationalen) Gesellschaft für sich, sondern auch die Durchgriffsmöglichkeit der machtpolitischen Gesamtbürokraten in alle Gesellschaften Osteuropas. Durch die bürokratische Verstaatlichung der ökonomischen Ressourcen war eine enorme Umverteilungsmöglichkeit durch sämtliche Industriezweige, Einkommensschichten, Sozialstrukturen und Länder hindurch entstanden. Der innere Manövrierraum des Systems war also unermesslich groß und von geschichtlich unbekannter Komplexität. Die strukturelle Tiefe der Umverteilung ermöglichte nicht nur die Ausbeutung Osteuropas, sondern bewirkte auch eine langfristige Angleichung seiner sozialen Schichtungen und Mentalitäten.

Gerade weil alle strukturellen Rahmenbedingungen gleich waren (oder gleich gemacht werden konnten), gewann das politisch-kulturelle Niveau der osteuropäischen Länder eine selbständige historische Funktion gegenüber der Sowjetunion. Dem entsprach die Auffassung, dass die Entwicklung der meisten osteuropäischen Gesellschaften aus strukturellen Gründen zu einem gleichartigen Konflikt treibe, und deshalb die Oppositionen politisch zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Sowjetunion verpflichtete, das die Freisetzung der höheren Demokratisierungsfähigkeit Osteuropas zum Ziel hat. Das war der weiteste konkrete Rahmen, in den man die Demokratisierung staatssozialistischer Gesellschaften damals stellen konnte. Ein engerer Rahmen war unrealistisch und unkonkret.

Tatsächlich unterscheidet sich der Epochenbruch von 1989 in der Sowjetunion und in

Osteuropa dadurch, dass er hier in der DDR überall als Bewegung von unten zum Durchbruch kam.

Das war die osteuropäische Perspektive. Welche es heute ist, hängt davon ab, welche abstrakte Übermacht jetzt Osteuropas Ausbeutung steuert und seine Abhängigkeit organisiert. Unzweifelhaft ist, dass seine strukturelle Angleichung noch Jahrzehnte nachwirkt und insofern eine Realität für die europäische Politik ist. Die ungeschützte Preisgabe der osteuropäischen Sozialisation an den westlich beherrschten Weltmarkt schafft allerdings auch einen anderen Gegensatz als damals die sowjetisch dominierte Diktatur. Jetzt ist es nicht die kulturelle Tradition, sondern die Erfahrung sozialer Gleichheit der Mehrheiten, aus der sich ein rationeller Weg zur politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung ergeben kann.

6. *Gleichheit* meint nichts Ideologisches und kein nachträglich ausgedachtes Koordinatensystem. Sie war ein praktisches Verhältnis in dieser Gesellschaft. Sie ist an ihren Folgen zu erkennen und aus ihren Formen zu rekonstruieren. Sie ist vermutlich die Achse aller grundlegenden und langfristigen Prozesse gewesen. Die DDR ist nicht der schlechteste Ort für solche Fragestellungen. Vielmehr müsste die höchstentwickelte Gesellschaft des osteuropäischen Spätstalinismus die höchste Ausformung seiner egalitären Tendenzen hervorgebracht haben, wenn diese als etwas strukturell Modernes aufgefasst werden können.

Wenn die Bürokraten »auf den Kommandohöhen« die Initiative verlieren, hören alle anderen nicht auf, sich als Subjekte zu verhalten. Es ist ihre Lebenswelt, in der dann die sukzessiven Veränderungen ausgehandelt werden. Und die Gleichheit in diesem Handel ist die Gleichheit, von der hier die Rede ist. Sie hat in der Hierarchie der Arbeitswelt mindestens die untersten drei, vier Stufen aufgelöst und auch die höheren oft entmachtet; sie hat Arbeiter und Angestellte gleichgestellt, ja diese jenen untergeordnet; sie

hat noch den Meister und Abteilungsleiter vom ausführenden Kollektiv abhängig gemacht; sie hat Technologen, Wissenschaftler, Ärzte zu Teilarbeitern unter anderen Arbeitern gemacht. Sie hat zuletzt die Wände zwischen allen Klassen und Schichten aufgelöst und die wirkliche Ausgestaltung der Arbeitszeit mehr und mehr dem Ausführenden zugeordnet. Gerade darin bestand das Wesen der langfristigen Stagnation.

Doch dieser Prozess kann sinnvoll nur als *Gegenaneignung* des gesellschaftlichen Reichtums durch die Mehrheiten gegenüber der staatlich organisierten Ausbeutung aufgefasst werden. Sie haben der herrschenden Schicht dabei große Teile des Konsumivvermögens und – in Gestalt ihrer eigenen Arbeitsweise – auch des Produktivvermögens aus den Händen gewunden. Die Gegenaneignung war also nicht nur ein alltagspraktischer, sondern auch ein makroökonomischer, sozialstrukturierender und machtpolitischer Vorgang.

Dieser Vorgang war allerdings im Alltagsbewusstsein fast unentwirrbar mit der Diktaturerfahrung und der Erfahrung der Irrationalität der Wirtschaftslenkung verwoben.

7. Aus den praktischen Erfahrungen der Opposition und den faktischen Ergebnissen der Wirtschaftspolitik¹ ergibt sich, dass der Kippunkt zwischen Dynamik und Stagnation der stalinistischen Vergesellschaftung in der DDR in die Zeit um 1970 fällt. Das scheint sich für Osteuropa, mindestens aber für die CSSR, Polen und die DDR verallgemeinern zu lassen. Von da an bis 1989 bestand im Inneren der Gesellschaft ein Machtgleichgewicht zwischen Bürokratie und Mehrheiten, das die letzteren zur Durchsetzung ihrer Sozialkompetenz nutzten. Der Zenit des Stalinismus war überschritten, die Härte der Diktatur nahm dauernd ab, die durchschnittlich bestimmenden Lebensweisen wuchsen aus dem Rationalismus und den typischen Konfliktordnungen des Stalinismus heraus

8. Diese Gesellschaften lebten aus einer

1 Wie sie etwa Włodzimierz Brus: »Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa«, Köln 1987, schildert



Mitte, die für keine der beteiligten Seiten richtig durchsichtig wurde. Die dabei ausschlaggebende Geschichte der Mehrheiten, die sich nur am Leitfaden der Gleichheit explizieren lässt, war in ein außerordentliches Zwielficht gestellt. Je selbstsicherer die individuellen Chancen der Gleichheit ergriffen wurden, desto mehr tendierten die sozialen Ergebnisse kulturell zur Verödung, ökonomisch zur Verschwendung, individuell zur Vermittelmäßigung. Die langfristige Stagnation in der DDR der siebziger Jahre, die noch viele politische und kulturelle Spannungen enthielt, verfärbte sich in den achtziger Jahren noch einmal zur Agonie. Allerdings gibt sich in diesem unentschiedenen inneren Verfallsprozess zweier Jahrzehnte jetzt auch die Opposition als eine Nische unter anderen zu erkennen. So erklären sich die gleichzeitige persönliche und symbolische Richtigkeit ihres Handelns und die eigenartige Selbstbezogenheit ihrer Praxis.

Die Mehrheiten in der DDR hatten keinen politischen Widerstand nötig, weil sie ihn als scheinbare »Selbstverwirklichung« gegen das »System« durchsetzen, also wie eine soziale Praxis ausüben konnten. Sie praktizierten arbeitsalltäglich die Enthierarchisierung der Ge-

sellschaft, wie sollten sie da in eine kämpferische Formation für die Demokratisierung geraten? Sie machten in der Tat diese inverse demokratische Entwicklung selber, an sich selber (in jedem Betriebsklima und Pausengespräch) durch. Vaclav Havel's »parallele Polis« gab es nicht nur in den Oppositionsgruppen – es gab sie in der Mitte der Gesellschaft. Auch das gehört zum Schwejschen Gestus.

9. Die Demokratisierung, von der die Opposition sprach, und die Reformen, von der die Intelligenz redete, meinten dasselbe. Verantwortung, Selbstverantwortung, reale Preise, echte Öffentlichkeit, einklagbare Gesetze, mit einem Wort – Rationalität in dieser degenerierenden Gesellschaft wieder (oder überhaupt erst) zur Geltung zu bringen. Die Rekonstruktion des gesellschaftlichen Zusammenhangs aus dem Willen und den Fähigkeiten der Beteiligten selbst, das war die Zielvorstellung sowohl der Opposition als auch der Intelligenz. Demokratisierung meinte Rationalisierung der entstandenen (unglücklichen) Gleichheit. Dass diese Rationalisierung eine Restrukturierung der Gesellschaft, also auch Rücknahme unproduktiver Gleichstellungen bedeuten wird, war durchaus bewusst. Aber sie sollte eben nicht als Rückkehr zum Kapitalismus, nicht als strikte Herrschaft des Privateigentums, nicht als Enteignung der Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden. Das war auch der gemeinsame Horizont des politischen Willens aller Strömungen in der Opposition.

Eine Strömung, die hinter das Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln zurückgehen wollte, hat es in der DDR-Opposition nicht gegeben. Das wäre ein bürgerlicher Widerstand gewesen. Dass es keine bürgerliche Opposition in der DDR der siebziger und achtziger Jahre gegeben hat, ist nicht Ausdruck einer »geistigen Rückständigkeit«, sondern des sozialen Entwicklungsniveaus der DDR-Gesellschaft.

10. Die Diktaturerfahrung der Ostdeutschen unterscheidet sich wesentlich von der der Deutschen im Faschismus. Die Unterschiede

folgen unmittelbar aus der kommunikativen Vergesellschaftungsweise. Sie knüpfte an das politische Vorverständnis des Alltagsbewusstseins der Mehrheiten an und führte zu einer vollständigen Verallgemeinerung ihrer eigenen durchschnittlichen Konflikterfahrungen. Universalisierung der Angst war die reale Basis, auf der sich ein polizeilicher Überbau wirksam erhob.

Während für die fünfziger und sechziger Jahre noch klassenspezifische Formen der Emanzipationsideologie und der Repressionsgewalt charakteristisch waren, drang spätestens in den siebziger Jahren ein Ausgleich der gesellschaftlichen Erfahrungen und Ansprüche durch, der auch diese Angst ausdifferenzierte. Weil der soziale Handlungsraum der Mehrheiten zu hoher Kompetenz ausgearbeitet wurde, konnten sie die politische Angst abspalten und als Nichteinmischung praktizieren. In den achtziger Jahren konnte die Diktatur von der begrenzten Gegenöffentlichkeit, von der die Opposition ein Teil war, schon punktuell instrumentalisiert werden. Das praktizierte die Diktatur auch ihrerseits »flächendeckend«. Die Gewaltausübung des Staates ging bis zuletzt intrigant vor.

Die Gewalt war hier nicht eine Radikalisierung der gesellschaftlichen Rationalität selbst, sondern ihr Gegenteil. Bei einem Vergleich der gesellschaftlichen Dynamik der beiden deutschen Diktaturen müsste man danach fragen, warum die stalinistische Gewaltform tiefer reicht ins je eigene und weniger tief ins andere Leben hinein. Die Isolation der politischen Opposition in der DDR kann nicht hinreichend aus der Repression, sondern erst aus der sozialen Alternativlosigkeit gegenüber der durchschnittlichen Lebenssituation und Handlungskompetenz erklärt werden. Die gesellschaftliche Degeneration, die soziale Verwüstung hielt doch nicht die Opposition auf, sondern immer wieder das Alltagsverhalten der Mehrheiten selbst. Die alleinstehende Frau, die ihr Kind großzog trotz aller Risiken und Verfallserscheinungen ringsum, die Nachbarn, die das Nächstliegende auch dem Unbekannten gegenüber taten, der Kollege, der Dir die Spielräume verriet und dennoch

Ordnung hielt – das waren die Orte, an denen, und die Haltungen, aus denen diese Gesellschaft in ihrer Spätzeit lebte. Die Opposition hatte dem nur etwas im Kopf voraus, während die anderen als scheinbar unpolitische Selbstentwicklung durchmachten, was doch auch nur Mehrheiten in die Welt bringen können.

11. 1989 war der große Moment, in dem sich Mehrheiten erhoben, um sich in die Selbstverantwortung ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen einzusetzen. Diese Bewegung kann nur als Revolution aufgefasst werden; von ihr aus erklärt sich das bis dahin und das seitdem des Handelns und seiner Möglichkeiten.

Die Mehrheiten machten (in Gestalt der faktischen Bürgerbewegung) keineswegs nach, was die Opposition ihnen vorgemacht hatte. Sie machten vielmehr plötzlich das gleiche wie die Opposition seit zehn Jahren. Sie wandten dieselben demokratischen Verhaltensweisen an, zu denen die Opposition als Arbeitsform ihrer politischen Überzeugungen gefunden hatte. Das durchschnittliche Handeln machte fast alles selber, die Opposition konnte von sich aus (zur Demokratisierung) nichts hinzutun. In der Tat spiegelt sich das in solchen Begriffen wie »Sachpolitik«, »Runder Tisch«, »Moderator«, »Sprecher« u.ä. Das Selbstverständnis in solchen oppositionellen Stichworten ist gerade, dass den Inhalt die übrigen Teilnehmer vorgeben.

Die nie zuvor gesehene Größenordnung, Gewaltlosigkeit und Selbstsicherheit demokratischen Mehrheitshandelns ist Ausdruck der in zwanzig Jahren der Stagnation realisierten Handlungskompetenz. Die Formen dieser Revolution zeigen an, dass die Gleichheit eine Achse der vorangegangenen Sozialisation war und der gemeinte Inhalt der Demokratisierung ist.

12. Unter stalinistischen Bedingungen konnten Diktaturerfahrung und Gleichheitserfahrung nie auseinanderreten. Jetzt tun sie es überall in Osteuropa. Das geschieht auch in einer Demokratie, in der Gleichheit denunziert wird.



Was zum Beispiel die soziale Lebensform in der DDR war, wird erst jetzt klar. Die Marktvergesellschaftung arbeitet die soziale Erfahrung scharf heraus. Wenn Demokratisierung ein praktischer und kein ideologischer Prozess ist, muss sie an die Akzeptanz der Gleichheit anknüpfen, die dabei zutage tritt.

13. Die Frage, ob die egalitären Tendenzen in den osteuropäischen Gesellschaften etwas Produktives oder Unproduktives, ob sie modern, vormodern oder antimodern seien, war die Fragestellung bis 1989. Jetzt, nach und durch 1989, ist sie zugunsten der Gleichheit entschieden. Da in all diesen Gesellschaften die Mehrheiten ungeschützt der Weltmarktrationalität ausgeliefert sind, bildet der letzte Stand der Gleichheit in jedem Fall den Ausgangspunkt der Demokratisierung. Die Gleichheit von gestern bestimmt die politische Erfahrung von heute. Es ist der Weltmarkt, der aus den alten Mehrheiten die neue Klassenschichtung herauschält Seine Art der Rationalisierung tritt unter den Mehrheiten als Enteignung und Entmündigung auf – wie sollten sie sich da nicht ihrer Gleichheit erinnern? Aber diese Gleichheit ist kein Gedanke, sie war eine Praxis und hat die Sozialstruktur Osteuropas gestaltet. Die Auflösung des Privateigentums erzeugte einst diese Gesellschaften – kann die Kapitalisierung jetzt diese Gesellschaften wieder auflösen?

14. Die Gleichheitserfahrung gehört den Mehrheiten, die Kapitalisierung wird von schmalen Oberschichten ausgeführt. Die Demokratisierung hängt nach Zahl und Inhalt von den Mehrheiten ab. Der Umstand, dass die frühere Oberschicht jetzt teilweise unten und die früheren Oppositionellen jetzt teilweise oben sind, kann daran nichts ändern. Die neue Rationalität besteht gerade darin, dass oben wie unten politische und soziale Erfahrungen wieder zusammenfallen. Sie ordnet die politischen Standpunkte wieder den gesellschaftlichen Interessen zu und den Klassenlagen wieder politische Standpunkte.

Während es in der DDR bis 1989 nur zwei gesellschaftliche Gruppen mit leidlichem Interesse an Demokratisierungsprozessen gab, sind es heute die Mehrheiten selbst Die Umgruppierung der Kräfte und Interessen mag eine Zeit lang verschleiert werden von offiziellen Phrasen oder politischen Sehgewohnheiten, im Ergebnis lösen sich die Doppelbindungen auf und die Konflikte entstehen in den Gegensätzen, in denen sie auch gelöst werden können. Wenn die sozialistische Tradition bis 1989 – eingeklemmt zwischen entpolitisierte Gleichheit und politischer Diktatur und austrocknend in randsozialer Opposition – beinahe abgestorben wäre, so ist sie heute nicht nur ein notwendiger, sondern auch ein integraler Teil der Demokratisierung.

15. Man könnte vielleicht sagen, dass unsere Gesellschaften den Kapitalismus gebraucht haben, um den Stalinismus loszuwerden. Dann aber muss man es genauer sagen. Die Mehrheiten haben den Kapitalismus dazu gebraucht, weil sie keine überzeugende Opposition hatten.

16. Jeder darf zum Renegaten seiner gesellschaftlichen Jugendideale werden – es könnte sich ja auch um Einsicht in die Natur der Sache handeln. Aber ein früherer Oppositioneller, der auch nach der demokratischen Revolution blind bleibt für die sozialen Bedingungen der Selbstbestimmung, wird zum Renegaten der Demokratisierung.

Statt Mauerfall ...

... fragt der express nach der Spur der Steine

»Die Mängel der eigenen Theorie auszuhalten, ist ungleich leichter, als die Mängel einer Praxis zu ertragen, die den Menschen vorenthält, was der Sozialismus ihnen einmal verheißen hat.«

(Edgar Weick: »Sozialismus ohne Barbarei. DDR – Aufbruch oder Abschied«, in express Nr. 11/1989)

Worüber reden und schreiben, wenn man an den Herbst 1989 erinnert? Interessant wird das Thema, wenn man fragt, was die Aufarbeitungsindustrie gerade nicht thematisiert. Dabei fällt zum einen die gehäufte Rede vom »Mauerfall« auf – man erspart sich dann, über soziale Verhältnisse zu reden oder in anderen Worten: die Spur der Steine zurückzuverfolgen; zum anderen wird das friedliche an der »Revolution« betont – ohne die Emanzipationsgehalte derselben zu beleuchten. Das scheint sich zu erübrigen, insofern Emanzipation in der Mainstream-Debatte in der Regel einfach identisch gesetzt wird mit der Übernahme westdeutscher Verhältnisse. Dabei wird die soziale Bewegung in der DDR so wahrgenommen und dargestellt, als ob ihr Ziel der Anschluss an die BRD gewesen wäre – und das nicht nur von Westdeutschen.

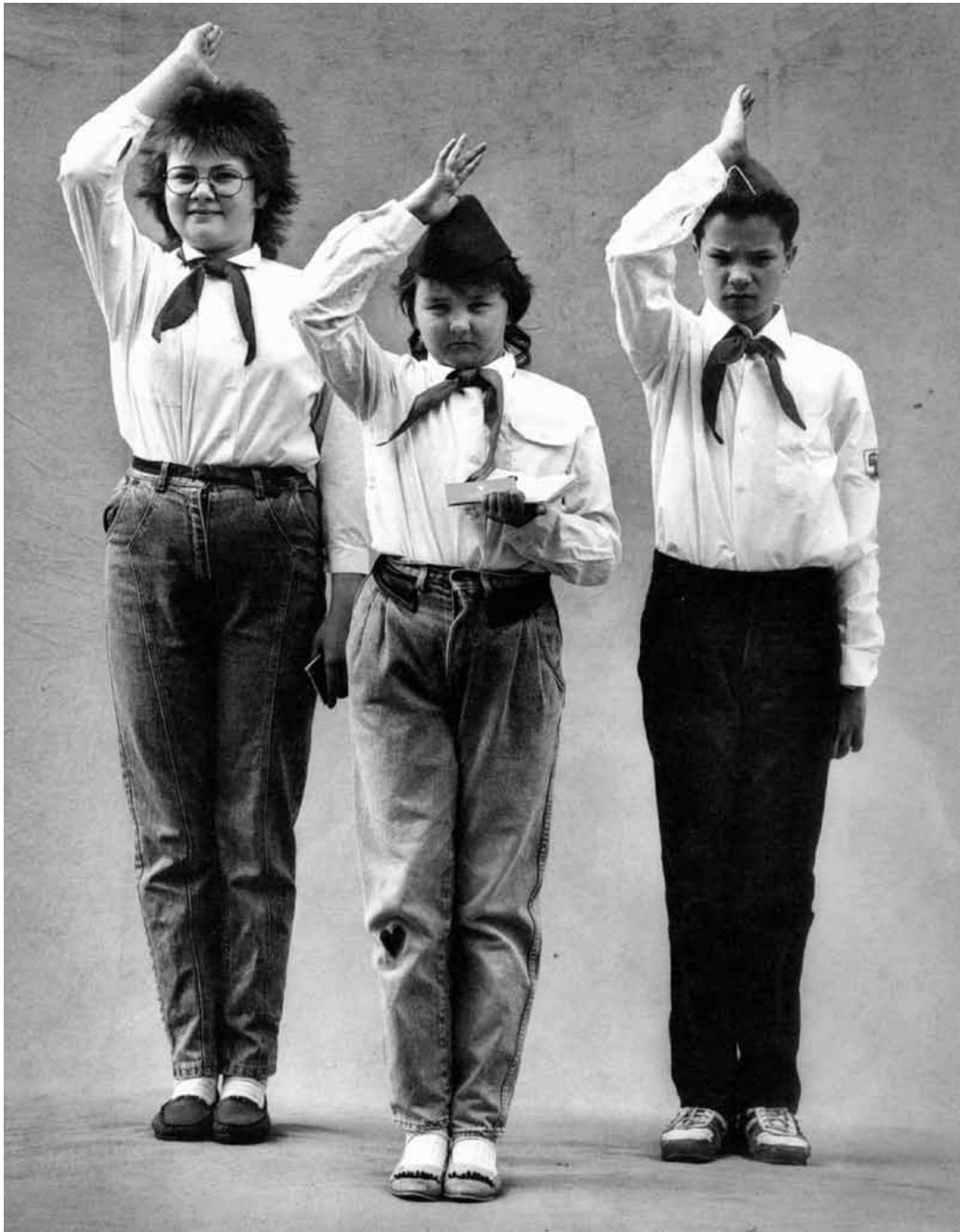
»Selbstbestimmung kann nicht das sein, womit das Volk zufrieden gestellt werden kann.«

und Artikel-Projekte angeleiert. Zusammen mit KollegInnen von der SOZ-Redaktion haben wir zunächst eine Reihe von Fragen zusammengestellt, die wir verschiedenen DDR-Oppositionellen aus dem Herbst 1989 (und davor) vorgelegt haben.

Wie Ihr aus dem Fragenkatalog sehen könnt, beschäftigen wir uns hier auch und sogar vorrangig mit dem Bereich, der aus der öffentlichen Berichterstattung nahezu vollständig verbannt wird und wurde: die Betriebe, die Arbeiter und

die Gewerkschaften. Welches Verhältnis hatten Beschäftigte zu ›ihrem‹ Betrieb und zum ›Volkseigentum‹? War die Propaganda von der klassenlosen Gesellschaft glaubhaft, und was bedeutete Klasse in der DDR?

Darüber hinaus wollten wir wissen, ob denn die viel zitierte Revolution für die Befragten überhaupt eine war – und wenn ja: welchen Charakters. Wir fragen in diesem Zusammenhang auch nach der Verschiebung von »das« zu »ein« Volk und prüfen genauer, wann diese wo und warum stattgefunden hat. Dabei zeigen unsere Autoren, dass die Entstehung dieses Slogans, der in den Jahren nach 1990 in der West-Linken dazu geführt hat, den »Wind of Change« als nationalistische Erhebung zu interpretieren, eine sehr eigene und verwickelte Geschichte hat. Aufschluss darüber geben auch die verdienstvollen und immer noch weitgehend unbekannteren Ergebnisse der Recherchen für eine Sendung des »Deutschland Radio Berlin«, die am 4. November 2004 ausgestrahlt wurde. Darin wird auf der Suche nach Spuren für die »Wende in der Wende«, für den Übergang von der Reform in der DDR hin zum Beitritt zur BRD unter anderem Peter Radunski, im Herbst 1989 Pressechef der CDU und mitverantwortlich für die Steuerung der Öffentlichkeitsarbeit, zitiert. Er notiert direkt nach dem Mauerfall: »Thema Wiedervereinigung jetzt besetzen«, und von ihm stammt auch der Satz, der unserem Themenschwerpunkt seine ost-westdeutsche Gesamtüberschrift gibt und der das Verhältnis der Stellvertreter des Volkes zu ihrem Souverän auf den Punkt bringt: »Wir haben festgestellt,



... dass eigentlich die Selbstbestimmung nicht das sein kann, womit das Volk zufrieden gestellt werden kann.« Folgerichtig beschließt die CDU-Kommunikationsrunde im Adenauerhaus eine Kampagne einschließlich Plakataktion mit dem Slogan »Wir sind ein Volk!«, die von *Bild* und *Welt* sofort aufgegriffen wird.

Ein solches Dialog-Verständnis findet sich allerdings nicht nur bei Polit-Profis im Westen. Zusammen mit unseren AutorInnen schauen wir uns genauer an, was genau im Mittelteil dieses Dialogs passiert – der im Osten wie im Westen als Entfremdung und Verselbständigung von

Wahlvolk und Repräsentanten bezeichnet werden kann.

Wir dokumentieren hier die Antworten auf unsere Fragen, die uns Bernd Gehrke, Sebastian Gerhard, Renate Hürtgen, Werner Jahn, Thomas Klein, Günter Lorenz, Silvia Müller, Gert Sczepansky und Klaus Wolfram gegeben haben. Wenn AutorInnen nur auf bestimmte Frage antworten, war dies ihre Entscheidung und ist nicht Resultat einer Auswahl, die wir getroffen hätten. Alle Antworten sind auch erschienen im *express*, Nr. 9-10 und Nr.11/2009.

Fragen zum Herbst 1989

- 1.** Die DDR war ihrem Anspruch nach der Versuch einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen BRD. Hat es Phasen in Deinem Leben gegeben, in denen Du von der Machbarkeit dieser Alternative überzeugt warst, bzw. wann hast Du den Glauben daran verloren?
- 2.** Was war die DDR – möglicherweise trotz und jenseits ihrer Selbst-Etikettierung als »Sozialismus« – für die Menschen, und welche Konsequenzen hatte die jeweilige Interpretation dieser Gesellschaft? Hat sich die DDR bezüglich ihrer regierungsoffiziellen Selbsteinschätzung und ihrer Wahrnehmung in der Bevölkerung seit ihrer Gründung verändert? Hat sich Deine Einschätzung der DDR nach 1989 geändert, wenn ja wie?
- 3.** Was waren die Gründe für den Zusammenbruch der DDR? War sie ökonomisch am Ende, wie immer behauptet wird, oder war sie eher politisch und/oder moralisch delegitimiert? Stimmt der Satz aus dem express 4/1990: »Die ›konkrete Utopie‹ der meisten DDR-Bürger ist die BRD«?
- 4.** War der Umbruch von 1989 Deiner Einschätzung nach eine Revolution?
- 5.** Während der »Wende« gab es einige bekannte Auseinandersetzungen, in denen Belegschaften sich gegen ihre Abwicklung zur Wehr gesetzt haben. Doch im Normalfall schienen die Werktätigen eher darauf gesetzt zu haben, dass die Kapitalisten aus dem Westen die Betriebe modernisieren und ihnen eine Zukunft bieten. Kann man daraus schließen, dass das erklärte Volkseigentum den Produzenten wenig galt? Wie würdest Du das Verhältnis der Beschäftigten zu ›ihren‹ Betrieben beurteilen? Hat es 1989 innerhalb der Belegschaften noch oppositionelle Traditionen der Arbeiterbewegung gegeben, die die Möglichkeit eröffnet hätten, die DDR in einem sozial-emanzipatorischen Sinne zu verändern, oder waren diese Traditionen schon vorher zerstört worden?
- 6.** Welche Bedeutung hatten die Betriebe gesellschaftlich und für die Individuen in der DDR? Wirkt sich das noch heute aus? Was kann man über die Bewusstseinslage der Belegschaften in der DDR, 1989 und dann danach sagen? Was war die DDR für die Beschäftigten? Was hieß eigentlich Klasse in der DDR?
- 7.** Welche Rolle spielten die Betriebe in den Umbrüchen 1989? Gab es eine betriebliche Opposition? Welche betrieblichen Erfahrungen spielten in den Umbrüchen 1989 eine Rolle? Wieso gab es 1989 so wenige Streiks, wie kam es im Herbst 1989 dann doch zu der Forderung nach einem Generalstreik, und warum kam dieser nicht zustande? Was ist aus der Initiative für unabhängige Gewerkschaften (IUG) geworden?
- 8.** Wichtiger Akteur der Wende 1989 in der DDR war die Bürgerbewegung, die mit dem Slogan »Wir sind das Volk« zu großen Demonstrationen gegen die damaligen DDR-Autoritäten mobilisieren konnte. Wie hast Du an diesen Aktionen teilgenommen? Später wurde daraus dann die Parole »Wir sind ein Volk«. Wie bewertest Du den Übergang von der ersten zur zweiten Losung? War dies nur folgerichtig, oder drückte es eine veränderte Orientierung aus?

9. Was war die Rolle des FDGB in der DDR, und spielte er eine Rolle für die Opposition? Wie ist die Fusion der FDGB-Gewerkschaften mit den West-Gewerkschaften gelaufen? (Übernahme der Karteikästen? Fusion, Eintritt oder Beitritt? Umgang mit vorhandenem Personal, mit den Häusern und Geldern...?) Welche Strategie hatten die West-Gewerkschaften, und wie traten diese ihren KollegInnen im Osten gegenüber auf? Welche Überlegungen gab es zu etwas Neuem – jenseits von FDGB und DGB. Warum haben diese sich nicht durchsetzen können?

10. Wenn man heute als Besucher durch die östlichen Bundesländer fährt und seine Eindrücke mit denen aus den 70er oder 80er Jahren vergleicht, ergibt sich ein gemischtes Bild. Man läuft durch aufgemotzte Innenstädte, gegen die die alten DDR-Fassaden trostlos und ärmlich wirken, und auf den ersten Blick erkennt man keine Unterschiede zu vergleichbaren Orten im Westen. Doch gleichzeitig liegt die Erwerbslosigkeit im Osten durchschnittlich fast doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländern, und der Exodus in die alte BRD hat zu ausgestorbenen Gebieten geführt. Auch sind Armutslöhne im sog. Beitrittsgebiet besonders vertreten. Wie beurteilst Du Fortschritte und Rückschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung? Gibt es letztere nur in Bezug auf die BRD oder auch in Bezug zur DDR?

11. Empfindest Du die Bundesrepublik nach wie vor als gespalten und wenn ja, woran machst Du das fest?

12. In der DDR gab es anders ausgeprägte gesellschaftliche Einrichtungen, die auch das zivile Leben mitgeprägt haben, z.B. im Bildungswesen, in der Gesundheitsbetreuung oder auch in der Organisation des nachbarschaftlichen Lebens. Sind diese Einrichtungen nach westdeutschen Standards geschliffen worden, oder haben sie auf bestimmte Weise bis heute überlebt? Wenn ja, was hat dies es für Auswirkungen auf das Gesellschaftsverständnis des Einzelnen in der Gegenwart?

13. Durch die Politik der Treuhand und der Bundesregierung kam es zur Demontage eines wesentlichen Teils der industriellen Kapazitäten der DDR, die nicht durch vergleichbare industrielle Neuansiedlungen kompensiert wurde. Welche Auswirkung hat dies auf die Sozialstruktur in den neuen Ländern, insbesondere auf Klassenstrukturen und gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse im Osten?

14. Die bereits in der DDR vorgefundenen neofaschistischen Strukturen sind mit Hilfe von Neonazi-Kadern der alten Bundesrepublik nach der Wende auf erschreckende Weise stabilisiert und ausgeweitet worden. Welche Gefahren siehst Du in dieser Entwicklung, und wie können hier erfolgreich Dämme gebaut werden?

15. Die Linkspartei ist im Osten stärker vertreten als in den westlichen Bundesländern, doch neigen ihre Repräsentanten noch stärker zu einer Politik der Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse als die aus der WASG und linken Gruppen entstandenen Westverbände. Die Zahl derjenigen, die sich eine Rückkehr der DDR wünschen, hat in Umfragen nie die 20-Prozent-Marke überschritten. Auch sind nicht wenige der durch die Medien bekannt gewordenen Aktivisten der Bürgerrechtbewegung konservativ geworden. Wo siehst Du die noch vorhandenen oder neu entstehenden emanzipativen Kräfte in den neuen Ländern, die sich heute gegen rechte Tendenzen zur Wehr setzen und über den kapitalistischen Status quo hinaus zu denken bereit sind?

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 9-10/09 und 11/09)

Versorgungsdiktatorischer Herrschaftskompromiss

Antworten von Bernd Gehrke*

1. Staaten haben immer schon viele »Ansprüche« formuliert. Die Frage ist, was Ihr unter dem Staat DDR versteht. Vor allem war die DDR der Widerspruch zwischen dem ideologischen Anspruch der Herrschenden und der Realität eines Polizeistaats, in dem die verkündeten Ansprüche einer Alternative zu Ausbeutung und Unterdrückung nur gegen die Realität des Polizeistaats hätten verwirklicht werden können. Zwar nicht den »Glauben«, aber die Hoffnung auf die Machbarkeit dieser Alternative hatte ich durchaus. Allerdings nicht im Sinne einer singulären Verwirklichung des Sozialismus im ausschließlichen Rahmen der DDR, sondern als Teil einer europäischen revolutionären Entwicklung. Immerhin war die DDR von Anfang an sowohl ein Satellit der Sowjetunion als auch ein spezifischer abgegrenzter Teil der deutschen Gesellschaft.

2. Was die DDR für »die« Menschen war, hängt natürlich davon ab, welche Bevölkerungsgruppe ins Auge gefasst wird. Wenn man von jenen Aufsteigern nach 1945 absieht, die sich bedingungslos mit dem Regime arrangiert hatten, bildete die DDR für die Mehrheit der Arbeiter und kleinen Angestellten wohl ein Amalgam von politischer Knechtschaft mit Abkopplung von den kulturellen Entwicklungen der Welt einerseits, mit einer wünschenswerten sozialen Grundversorgung, die den sozialen Absturz verhinderte und eine relativ gesicherte soziale Perspektive ermöglichte, andererseits. Der rohe Polizeistaat der Anfangsjahre wurde für die Mehrheit zunehmend milder, aber die »Musik« spielte immer im Westen, trotz des wachsenden Wohlstands im Lauf der Jahrzehnte. So trabte die DDR für die Mehrheit immer hinter dem Westen hinterher. Am Besten war sie dort, wo es »fast wie im

Westen war«, wie in der beliebten Veranstaltungsreihe »Ein Kessel Buntes« im Berliner Friedrichstadtpalast.

Wesentlich war, dass es nach der gewaltsamen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes 1953, der gewaltsamen Einmauerung 1961 und der gewaltsamen Niederschlagung des Prager Frühlings zu einer Art »sozialstaatlichem Klassenkompromiss« kam: Die Arbeiterklasse verzichtete besonders seit Honeckers Machtantritt 1971 auf ihre demokratisch-emanzipatorischen Ansprüche und arrangierte sich mit den politischen Gegebenheiten der Diktatur. Das SED-Regime verzichtete auf politische Provokationen der Mehrheiten und versuchte deren soziale Bedürfnisse im Rahmen seiner Möglichkeiten zu befriedigen. »Wir regieren für Euch, und Ihr arbeitet dafür schön fleißig, streikt und organisiert Euch nicht – dann bekommt Ihr irgendwann auch einen Trabi oder eine Neubauwohnung mit fließend warmem Wasser!« Das war etwa das Arrangement, welches 1971 zuerst in Polen formuliert wurde. In der DDR hielt dieser versorgungsdiktatorische Herrschaftskompromiss bis Ende der 1980er Jahre, in Polen zerbrach er bereits Ende der 1970er. Ich denke, die regierungsoffiziellen Selbsteinschätzungen spielten für die Mehrheit keine Rolle. Die waren eher für die Intelligenzija und die politische Kritik wichtig.

Allerdings gab es immer auch eine andere DDR, die den Anspruch einer Alternative ernst nahm und die sich deshalb kritisch mit den Verhältnissen in beiden deutschen Staaten auseinandersetzte. Diese DDR existierte allerdings vor allem in den Köpfen der kritischen Intelligenzija und in den politischen Aktionen der kleinen Opposition.

3. Politisch und moralisch war das SED-Regime bei den Mehrheiten von Anfang an de-

legitimiert, nicht wegen der Versprechungen des Sozialismus, nicht wegen der Nazi-Enteignungen oder der Bildungsreform in den 1940ern, sondern im Gegenteil, weil sich das Ulbricht-Regime vor allem als bedingungsloser Gehilfe der stalinistischen Besatzungsmacht verhielt und in der Praxis eine antisozialistische Politik verfolgte: Gerade die ersten Jahre waren ja von einer Terrorpolitik geprägt. Sozialdemokraten, Sozialisten, oppositionelle Kommunisten und andere Antifaschisten wurden verhaftet, und 1952 kam die Terrorpolitik des »planmäßigen Aufbaus des Sozialismus«, die im Arbeiteraufstand 1953 mündete. Nachdem alle Demokratisierungsversuche in der DDR und im Ostblock einerseits immer wieder spätestens an den sowjetischen Panzern scheiterten, andererseits immer wieder politische Instabilität erzeugten, haben sich Herrschende und Beherrschte später arrangiert – bis das System am Ende war. Und zwar in jeder Hinsicht am Ende, wirtschaftlich, kulturell, politisch. Untergegangen ist ja nicht nur die DDR, sondern das sowjetische Imperium. Die Produktionsverhältnisse der industriellen Despotien, wie Rudolf Bahro dieses System zu Recht nannte, waren ausgereizt. Die DDR selbst drohte ein Drittweltland zu werden. Sie steckte in der Schuldenfalle, Städte und Fabriken verfielen in dramatischer Weise. Und der Sowjetunion ging es ebenso. Zudem gab das Zentrum des Imperiums keine Existenzgarantie mehr für die Vasallenregime. »Reformpolitik« in Moskau kehrte die gesamte politische und ideologische Ordnung im Ostblock völlig um.

4. Das kommt darauf an, was man unter dem »Umbruch 1989« versteht. Ich denke, man muss sowohl den Umbruch als Ganzes im Sinne des Untergangs des sowjetischen Imperiums sehen, dann kann man meines Erachtens nicht mehr allgemein von politischen Formen wie Revolution, Reform oder ähnlichem sprechen, sondern eher vom Charakter dieses Umbruchs. Klar ist aus meiner Sicht, dass wir aus einem antagonistischen Ausbeutungssystem in einem anderen gelandet sind. Und ob das für die einzelnen Länder ein Fortschritt oder Rückschritt

war, lässt sich ebenfalls kaum global beantworten. Sowohl das Entwicklungsniveau als auch die politischen Prozesse im engeren Sinn waren in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Ihre Bewertung muss entsprechend unterschiedlich ausfallen.

Für die DDR können wir sowohl eine demokratische Revolution konstatieren als auch eine Gegenrevolution spezifischen Typs. Der Sturz des Honeckerregimes hatte für mich zweifellos die Form einer Revolution und den Charakter einer demokratischen Volksbewegung, die Arbeiter und Intelligenzija vereinte. Das Regime ist nicht von selbst »zusammengebrochen«, sondern »die Straße« hat diesen Zusammenbruch herbeigeführt. Ganz nach dem revolutionären Verständnis Lenins, dass die unten nicht mehr beherrscht werden wollten wie bisher und die oben nicht mehr herrschen konnten wie bisher. Diese Revolution hat in der DDR nicht nur die bürgerlich-demokratischen Freiheiten verwirklicht, sondern die DDR für ein Jahr zum freiesten Land der Welt gemacht – bis zum Anschluss an die BRD. Wir hatten nicht nur Rede-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, sondern auch wirklich freie Medien und ein Wahlgesetz mit einer Zwei-, statt Fünfprozentklausel, das Recht der Volksabstimmung, die Möglichkeit für Bürgerinitiativen zur Wahlkandidatur und ohne § 218. Und keinen Geheimdienst. Der nicht verwirklichte Verfassungsentwurf sah zudem soziale Rechte vor, für die die westdeutschen Gewerkschaften erfolglos gestritten hatten, wie das Aussperrungsverbot. Mit dem »Beitritt« wurden wir wieder auf bundesrepublikanisches Demokratiemaß mit Notstandsgesetzen und den § 218 und § 129/129a zurückgeschraubt. Nach dem Sturz der SED-Diktatur bestand also die reale Alternative zwischen einer rot-grünen Bürgerdemokratie und einer gleichberechtigten Vereinigung beider deutscher Staaten einerseits und der dann realisierten Unterwerfung Ostdeutschlands mit dem Sieg des Neoliberalismus im Gefolge andererseits. Die Erinnerung daran soll von der herrschenden Geschichtspolitik völlig ausgelöscht werden.

Die Revolution konnte sich allerdings nur in Ansätzen institutionalisieren, weil die po-

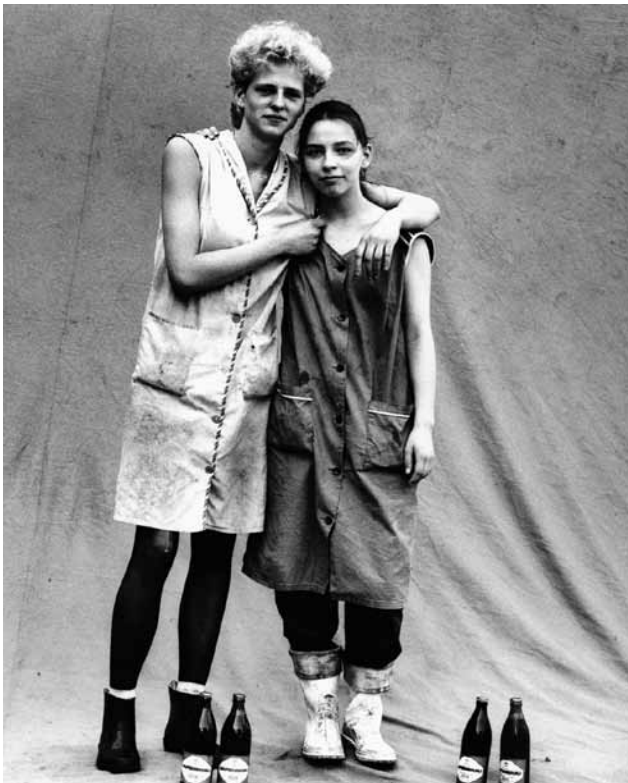
litische Kraft der Opposition fehlte, die Bewegung des Herbstes in Macht umzusetzen, während sie zugleich einer doppelten Gegenbewegung ausgesetzt war: Zum einen begann eine massive Einmischung der westdeutschen Parteien in die politischen Auseinandersetzungen auf der Straße. Kohls CDU verbreitete beispielsweise das Plakat: »Wir sind ein Volk« nach einem strategischen Plan um die Meinungsführerschaft in der DDR, wie wir inzwischen aus Peter Radunskis berufenem Munde wissen. Er hatte als zuständiger Öffentlichkeitsmensch für den CDU-Parteivorstand die Kampagne organisiert.¹ Die SDP wurde mit Willy Brandt zum Vorreiter in Sachen Import westdeutscher Politiker und Wohlstandsversprechen durch Währungsunion. Zugleich versuchte die SED-PDS seit Anfang 1990 wieder in die Offensive zu kommen, womit sie allerdings das Gegenteil bewirkte und einen erheblichen Schub der Massen hin zur realen Macht der Kohl-Regierung auslöste. Das Ergebnis der verschiedenen Faktoren hin zur »Wende in der Wende« war, dass vor allem die Arbeiter und kleinen Angestellten, die in der Gesellschaft und auch auf den Straßen im Herbst 1989 die Mehrheit bildeten, die Revolution abgebrochen haben und ein Bündnis mit der konservativ-liberalen Bourgeoisie Westdeutschlands eingingen. Hierdurch kam es zu einer kapitalistischen Restauration, die den Neoliberalismus in ganz Deutschland zum Sieg führte. Das war eine Gegenrevolution von unten gegen die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989, getragen von den ostdeutschen Arbeitern. Sie haben die deutsche Einheit auch nicht im politischen Bündnis mit der westdeutschen Arbeiterklasse, sondern mit der westdeutschen Bourgeoisie verwirklicht. Das war diesmal keine Reichseinigung von oben durch »Blut und Eisen«, sondern eine Art friedliche Vendè. Dieses politisch entscheidende Bündnis zerbrach erst mit der Deindustrialisierung Ostdeutschlands um 1993.

5. Einer der entscheidenden Faktoren, den Verlauf der gesamten Entwicklung mitbestimmte, war die Vernichtung aller autonomen Traditionen der Arbeiterbewegung in den Belegschaften durch die SED. Ganz anders als 1953 stand die politisch atomisierte Arbeiterschaft 1989 deshalb an einem völligen Neuanfang. Ganz besonders fehlte jede Tradition und erst recht jede praktische Erfahrung einer kollektiven Selbstverwaltung als Voraussetzung einer Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften. Das hätte ab 1989 neu gelernt werden müssen. Das »Volkseigentum« war auch deshalb eine hohle Phrase, weil die SED gerade die Selbstorganisation der Beschäftigten hartnäckig bereits im Ansatz unterdrückt hat. Zudem gab es einen enormen Modernisierungsbedarf, der unter den gegebenen Umständen kaum anders als durch westliches Kapital hätte befriedigt werden können.

6. Das sind so viele und komplexe Fragen, dass sie kaum beantwortet werden können. Wenn die SED jedenfalls von »Herrschaft der Arbeiterklasse« sprach, meinte sie stets die Macht der Nomenklatura, nicht die Macht der empirischen Arbeiter.

7. Eine betriebliche Opposition entstand überhaupt erst im Herbst 1989 als Teil der Demokratiebewegung. Die Entwicklung in den Betrieben war bestimmt von den politischen Entwicklungen, die sich aber zunächst vor allem auf Straßen oder in Kirchen vollzogen. Die Betriebe bildeten gleichsam das Reservoir der Straße. Danach erreichte die Revolution die Betriebe selbst, und die Institutionen des Parteistaates wurden beseitigt: hauptamtliche SED-Strukturen oder die Parteimilizen in den Betrieben. Um die Jahreswende 1989/1990 entwickelten sich zunehmend Streiks, vor allem Warnstreiks. Sie hatten zum Teil sozialen, zum Teil politischen Charakter und bildeten das Drohpotenzial in den Auseinandersetzungen mit den Überresten des Parteistaates.

1 Siehe: »Wir sind ein Volk!« – Auf der Suche nach der Herkunft eines deutschen Rufes, DeutschlandRadio Berlin, LänderReport vom 4. November 2004; in: www.dradio.de/dlr/sendungen/laenderreport/316031/



Die Forderung nach einem Generalstreik, die im Namen des Neuen Forum Karl-Marx-Stadt über die Medien kam und in wenigen sächsischen Betrieben zu Streiks führte, blieb aus verschiedenen Gründen minoritär, vor allem, weil das Gros der oppositionellen Organisationen dem betrieblichen und erst Recht dem Arbeitermilieu sehr fremd gegenüber stand. Die Bedeutung der Betriebe für die politischen Auseinandersetzungen wurde nur von einer Minderheit der Bürgerbewegungen erkannt. Die »Initiative für Unabhängige Gewerkschaften« (IUG), die sich für eine neue Gewerkschaft von unten jenseits der FDGB-Strukturen einsetzte, war eine Minderheit in den Betrieben. Das Gros der Belegschaften blieb im FDGB, um die finanziellen Ansprüche nicht zu verlieren, wählte demokratisch neue BGLen und bildete daneben Betriebsräte. Mit dem »Einmarsch« der Westgewerkschaften trat das Gros der Beschäftigten in diese über. Die Westgewerkschaften übernahmen nun das Zepher. In mehreren Schritten – und im Bündnis mit anderen Überresten oppositioneller BetriebsaktivistInnen aus der Vereinigten Linken und dem Neuen Forum – gingen Teile der IUG in das spätere »Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost/West« über. Das entstand Ende 1990 zusammen mit Linken aus den Westgewerkschaften

und existierte bis 1998. Dann hatten sich seine anfänglichen Funktionen wie die gegenseitige Kontaktabbauung zwischen kritischen KollegInnen in Ost- und Westberlin oder die gegenseitige Information zwischen Ost- und Westbelegschaften über z.B unterschiedliche Tarifabschlüsse, die von Gewerkschaften wie der IG Metall geheim gehalten wurden, überlebt. Zudem hatte die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, aber auch Westberlins eine veränderte Realität sozialer Konflikte geschaffen.

8. Meine Hauptaktivitäten waren die Gründung verschiedener Organisationen wie der Grünen Liga und vor allem der Initiative für eine Vereinigte Linke. Ansonsten kann ich nur wiederholen, was ich oben bereits gesagt habe: Die Parole »Wir sind ein Volk!« war eine Erfindung der CDU-West und wurde in die DDR hineingetragen. Die schönen bunten Deutschland-Plakate hatten eine Auflage von 150 000. Wer's nicht glaubt, kann sich den entsprechenden Beitrag des Deutschlandradio Berlin, in dem Peter Radunski die Geschichte erzählt, ja im Internet herunterladen. Man darf es sich freilich nicht zu einfach machen und glauben, dass der entsprechende Geist lediglich aus dem Westen kam. Die politisch vergleichbare Parole, die im Osten entstanden war, operierte mit der bekannten Zeile »Deutschland einig Vaterland« aus dem Text der DDR-»Nationalhymne«. Erst als diese Losung stark genug auf den Straßen präsent war, hatte die CDU mit ihren Plakaten eine Chance. Und sie hat sie genutzt.

9. Der FDGB war keine Organisation zur Konfliktregelung, sondern eine Art »Sozialbehörde« für Urlaubsreisen oder Kindergartenplätze. Erst im Frühjahr 1989 zeichneten sich an der Basis erste Umbrüche ab, als sich einige kritische KollegInnen als Vertrauensleute oder in die Abteilungsgewerkschaftsorganisation wählen ließen. Die Vertrauensleute spielten im Herbst 1989 eine wichtige Rolle, z.B. die von Bergmann Borsig in Berlin. Später waren sie bei der Abwahl der alten BGLen oder bei der Wahl von Betriebsräten sehr wichtig. Der FDGB als

Organisation hingegen geriet wie die SED in die Krise und fiel auseinander, als sich die Einzelgewerkschaften zu verselbständigen begannen. Das bedeutete vor allem, dass sich Teile des alten hauptamtlichen Apparates verselbständigten. Deshalb scheiterte auch die verkündete Erneuerung auf dem Außerordentlichen FDGB-Kongress Ende Januar 1990. Das war dann auch der Anlass, dass die DGB-Gewerkschaften, die nicht auf die Opposition, sondern auf den »reformierten« FDGB-Apparat gesetzt hatten, ab Februar einmarschierten. Aber es gab keine »Fusion.« Einige Einzelgewerkschaften, wie die IG Chemie, übernahmen zwar den alten Apparat der entsprechenden DDR-Einzelgewerkschaft, die Mehrzahl erkannte jedoch lediglich die Beitragszeiten an – wobei die ehemaligen FDGB-Mitglieder den Westgewerkschaften individuell neu beitreten mussten. Angesichts einer Situation, in der die alten SED-Direktoren längst mit dem Westkapital dealten, gab es keine starken Interessenorganisationen der abhängig Beschäftigten. Deshalb trat das Gros der Beschäftigten sehr schnell in die Westgewerkschaften über.

Eine sowohl vom FDGB als auch von den DGB-Gewerkschaften unabhängige Gewerkschaftsbewegung kam aus den unter 7. genannten Gründen über Ansätze nicht hinaus.

10. Die DDR-Wirtschaft hatte 1989 zweifellos einen enormen Investitionsbedarf. Der beschriebene Widerspruch ist der zwischen vom Steuerzahler finanzierten Investitionen in die Infrastruktur und dem weitgehenden Ausbleiben privatkapitalistischer Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Wirtschafts- und Währungsunion und die Privatisierungspolitik der Kohl-Regierung führte zur blanken Katastrophe der Deindustrialisierung Ostdeutschlands und zur dauerhaften wirtschafts- und sozialpolitischen Spaltung des vereinigten Deutschland. Das war einmalig in der Welt. Ostdeutschland wird bei gegebenen wirtschaftspolitischen Konditionen auf Dauer weniger produzieren, als es verbraucht, und es bleibt ein langfristiger Sozialfall, der am äußeren Tropf hängen muss. Die Abstimmung mit den Füßen

gegen die Praxis der Kohlschen Wiedervereinigungspolitik hat längst stattgefunden. Mit dem Verlust von 1,7 Millionen Menschen in Richtung Westen nach 1990 ist die Dimension der Verluste vor dem Mauerbau erreicht. Freilich haben der Reichtum Westdeutschlands, die Ausplünderung der Steuer- und der Beitragszahler, z.B. in Form der Rentenkasse, sowie die Verschuldungspolitik der Kohl-Regierung dazu geführt, dass die wirtschaftspolitische Katastrophe nicht voll auf die Bevölkerung im Osten durchgeschlagen ist und sogar zu realen sozialen Verbesserungen in vielen Bereichen führte. Auch das ist in dieser Form einmalig in der Welt.

11. Wenn es keine radikale Gegenbewegung gibt, wird die Spaltung zwischen Ost und West auf Dauer bleiben und sich innerhalb des Westens nicht nur zwischen den sozialen Gruppen, sondern auch räumlich verstärken.

13. In Ostdeutschland ist eine völlig andere Sozialstruktur entstanden, als sie in Westdeutschland vorhanden war. Die grobe Einteilung der Bonner Republik in jeweils ein Drittel Wohlhabende, ein Drittel Arme und einen breiten Sockel in der Mitte, die sich in den letzten Jahren immer mehr auflöst, hat es im Osten so nie gegeben. Der Sockel in der Mitte ist sehr viel schmaler als im Westen, ebenso die »Oberschicht«. Die Superreichen sind ohnehin Westdeutsche. Ob sich die westdeutsche Sozialstruktur im Zeichen des Neoliberalismus dem künftig annähert, wird auch vom Widerstand der abhängig Beschäftigten abhängen.

14. Ostdeutschland hat in den letzten 20 Jahren eine dramatische Umstrukturierung erlebt mit einem Verlust von Lebensperspektiven für sehr viele Menschen. Und das alles im Kontext der Diskreditierung linker und solidarischer Werte nach 1990 sowie dem Ausbleiben einer Zivilgesellschaft, wie Westdeutschland sie kennt. Der aktuelle Wahlerfolg einer zweiten Landtagsperiode für die NPD in Sachsen ist ein Ausdruck der Stabilisierung neofaschistischer Strukturen und



Milieus. In Ostdeutschland ist die Bedrohung durch Neofaschisten sicher relativ größer als in Westdeutschland. Doch das erscheint mir als ein Ausdruck der insgesamt brutaleren und zugespitzteren Situation im Osten. Diese hat sich aber in den letzten Jahren stabilisiert. Die größere faschistische Gefahr sehe ich zukünftig eher in Westdeutschland, weil sich dort im Zeichen der Weltwirtschaftskrise der nächste große Deindustrialisierungsschub abzeichnet. Ob in Ost oder West werden wir einen Damm nur errichten können, wenn es gelingt, eine glaubwürdige Alternative zum Gegenwarts-kapitalismus zu zeigen und eine kämpferische Bewegung gegen ihn zu schaffen.

15. Um die DDR geht es ohnehin nicht, und von den Medienbildern sollte man sich nicht täuschen lassen. Ich sehe dieses Potenzial dort, wo trotz aller politischen Misere auch in den letzten zwei Jahrzehnten der gesellschaftliche Widerstand gegen Deindustrialisierung oder Hartz IV herkam: bei jenem Teil der ostdeutschen Gesellschaft, für den der Aufbruch

von 1989 sich als Widerstandstradition festgesetzt hat. Die Montagsdemos von 2003 und 2004 gegen Hartz IV haben den Zusammenhang zwischen 1989 und den sozialen Kämpfen der Gegenwart weithin deutlich gemacht. Deshalb sind sie ja gerade auch ideologisch massiv bekämpft und ist ihre Legitimität bestritten worden. Politisch wurden diese Kämpfe seit 1990 fast immer als Bündnis von Menschen geführt, die sowohl aus dem Umfeld der ehemaligen Bürgerbewegungen und der Kirchen als auch der PDS-Linken und der Gewerkschaften sowie der Linksradikalen kamen. Erwähnt werden muss aber meines Erachtens vor allem auch jener Teil, der mit der Erinnerung an 1989 partiefrem und unorganisiert im traditionellen Sinne immer wieder auftaucht, wenn sich ein breiterer Protest abzeichnet. Das Problem ist, dass wir in einem generationellen Umbruch leben. Gerade die radikale Jugend kann wenig mit dem 89er Aufbruch von unten anfangen und überlässt ihn den deutschnationalen Systemträgern. Das gilt auch für große Teile der westdeutschen Linken. Deshalb ist es immer wieder notwendig, dass die rebellisch gebliebenen Teile der ehemaligen Opposition in den Gegenwartskonflikten offen Flagge zeigen und die organisierte antistalinistische Linke die demokratische Revolution mit ihren radikal demokratischen und sozial-ökologischen Optionen von 1989 zu ihrer gegen den heutige Kapitalismus gerichteten Tradition macht. Ebenso die oft sehr radikalen Kämpfe gegen die Deindustrialisierung in Ostdeutschland nach 1990. Nur dann werden wir die kämpferische Jugend für eine wirklich emanzipatorische Politik gewinnen, die glaubwürdig Unterdrückung und Ausbeutung in Vergangenheit und Gegenwart anprangert und bekämpft.

** Bernd Gehrke, Jahrgang 1950, Politökonom, aufgewachsen in Ostberlin, war Linksoppositioneller seit den 1970er Jahren. 1989 arbeitete er als Ökonom im Möbelkombinat Berlin, war Mitbegründer der Vereinigten Linken sowie der Grünen Liga. Heute ist er als Zeithistoriker und in der politischen Bildung tätig.*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 9-10/09)

Die DDR war eine moralische Ökonomie

Antworten von Sebastian Gerhardt*

Der vorgelegte Fragespiegel ist hoch interessant, leider aber auch etwas umfangreich geraten. Ich würde die wissenschaftlichen Werke gerne lesen, die als Antwort auf diese vielen Fragen erst noch geschrieben werden müssen. Die im Folgenden gegebenen Antworten sind kein Ersatz für diese Arbeiten, sondern persönliche Stellungnahmen. Ich halte ausführlichere Debatten für nötig und habe dazu auch an anderer Stelle veröffentlicht, hier kann ich nur summarisch auf meine Diskussionsbeiträge verweisen.¹

1. Im Herbst '89 bin ich 21 Jahre alt geworden und war gerade dabei, meinen Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee als Unteroffizier auf Zeit abzuleisten. Wie viele andere Leute im Lande wollte ich einen anständigen Sozialismus in der DDR und nicht nur dort. Darüber haben wir miteinander diskutiert. Insofern stand für uns nicht das »ob«, sondern das »wie« einer sozialistischen Umgestaltung der DDR zur Debatte. Nur aus Ungarn kamen im Sommer '89 schon private Berichte, dass dort gerade der Kapitalismus eingeführt wird.

Ich war überzeugt, dass ein irgendwie anständiger Sozialismus nur gegen »die da oben« und mit einer Mehrheit »von unten« machbar sein würde. Ich habe mir aber nicht die Frage gestellt, was diese Überzeugung für die Machbarkeit einer sozialistischen Alternative zur ka-

pitalistischen BRD bedeuten würde. Schließlich war ich kein unbeteiligter Beobachter. Ich hatte auch keinen Zugang zu einem Geschichtsfahrplan, der die Erreichbarkeit dieser oder jener historischen Verbindung fein säuberlich verzeichnet hätte. Wieweit die eigenen Ideen machbar waren – das war wohl nur durchs Machen herauszukriegen. Auf jeden Fall ging ich, sobald das dazugehörige Gerücht bis in mein mecklenburgisches Garnisonsdorf gedrungen war, ganz selbstverständlich zu den Leuten, die nicht nur von Basisdemokratie und Sozialismus redeten, sondern auch die Gefahren einer kapitalistischen Restauration benannten: Zur »Initiative für eine Vereinigte Linke in der DDR«.

2. Selbstverständlich haben sich parteioffizielle Selbsteinschätzung und die Wahrnehmung der DDR durch ihre Bevölkerung seit 1949 mehrfach und in verschiedene Richtungen verändert. Zwischendurch war die Parteiführung sogar mal so neugierig, dass sie eine amtliche Meinungsforschung in der DDR institutionalisierte – wenngleich an diese Arbeit nach 1979 auch nur im eingeschränkten Rahmen eines Institutes für Jugendforschung angeknüpft worden ist.²

In meiner Einschätzung der DDR wollte ich allerdings nie von Stimmungen und Meinungen ausgehen, sondern mindestens beim Wesen der Sache beginnen. Ich war mir damals in ju-

1 »Politbürokratie und Hebelwirtschaft«, hefte zur ddr-Geschichte, Nr. 45, Berlin 1997; »Die Hebelwirtschaft der DDR – Zur Kritik einer moralischen Ökonomie«, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hg.): »... das war doch nicht unsere Alternative«, Münster 1999, S. 279-301; »Die Währungsunion und die Entstehung der Treuhandanstalt. Zur politischen Ökonomie des neuen Deutschland«, in: Stefan Bollinger (Hg.): »Das letzte Jahr der DDR«, Berlin 2004. Außerdem war ich an der Ausstellung beteiligt, die die Stiftung Haus der Demokratie 1999 produziert hat: »Der Kurze Herbst der Utopie. Berlin 1989.« Zum zwanzigsten Jahrestag haben wir in diesem Jahr einen erweiterten Neudruck hergestellt, der – wie die erste Fassung – auch wandern wird.

2 Peter Förster/ Günter Roski: »DDR zwischen Wende und Wahl«, Berlin 1990, S. 31ff.; Heinz Niemann: »Meinungsforschung in der DDR«, Köln 1993; Heinz Niemann: »Hinterm Zaun«, Berlin 1995

gendlichem Überschwang sicher, dass es sich auch bei der DDR um den Versuch einer Realisierung einer Arbeitsgeld-Utopie gehandelt habe. Das berühmte »Leistungsprinzip« – »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung!«, das in jeder Wirtschaftsreform des Ostblocks und auch noch in den Debatten im Herbst '89 endlich irgendwie realisiert werden sollte – war schließlich die Gesellschaftsformel der Jünger Saint-Simons gewesen und von den Erzvätern des Marxismus wenig freundlich kommentiert worden.³ Auch in der »Kritik des Gothaer Programms« hatte Marx die Formel bewusst vermieden. Erst die Stalinsche Verfassung fügte sie in den offiziellen Marxismus ein – aber das haftete ihr nicht etwa als Makel an. Im Gegenteil wurde gerade das Eintreten für das Leistungsprinzip als geradezu antistalinistisches Bemühen um rationelle Wirtschaftsführung angesehen: Ein Hinweis darauf, dass die saint-simonistische Formel tiefe Wurzeln im Alltagsbewusstsein besitzt. Das Dogma, dass die Ware unmittelbar Geld oder die in ihr enthaltene Sonderarbeit des Privatindividuums unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, wird jedoch auch dadurch nicht wahr, dass ein Staat, eine Bevölkerung oder eine Partei daran glauben und ihm gemäß operieren. »Der Bankrott würde vielmehr in solchem Falle die Rolle der praktischen Kritik übernehmen.«⁴ Aufhalten konnte den Bankrott nur ein besonderer politisch-moralischer Überbau. Die entsprechenden Konsequenzen des Leistungsprinzips hatten die Jünger Saint-Simons schon entwickelt: »An der Spitze des gesellschaftlichen Organismus stehen Obere. Ihre Aufgabe ist es, jedem um seinen wie um der anderen Willen den Platz zuzuweisen, den er am besten ausfüllt.«⁵

Mit meiner Ablehnung des Leistungsprinzips stand ich damals ziemlich alleine da und

musste sie erst einmal begründen. Später habe ich mit Hilfe des Konzepts der »moralischen Ökonomie« (E.P. Thompson) zu begreifen versucht, warum überhaupt ein theoretischer Fehler praktisch wirksam werden konnte. Die moralische Ökonomie der Arbeiterklasse ist kein widerspruchsfreier Gesellschaftsentwurf. Der Versuch ihrer Verwirklichung führt zu solchen Gegensätzen, wie sie sich in den Gesellschaften des Ostblocks täglich gezeigt haben: Die DDR war eine moralische Ökonomie. Seitdem – also etwa seit Mitte der neunziger Jahre – halte ich nichts mehr davon, dass die Wirtschaft im Sozialismus »die Bedürfnisse der Gesellschaft« befriedigen soll. Denn die Frage ist doch: Wie kommen welche Bedürfnisse welcher Leute im Reproduktionsprozess zustande? Und was heißt das für die Produktion? Eine instrumentelle Bestimmung von Ökonomie – die Ökonomie soll Mittel für einen vorgefassten, selbstverständlich guten Zweck sein – schließt gerade die Subjektivität der Arbeitenden aus der Zwecksetzung der Produktion aus. Sie legitimiert die historisch vorgefundene, und an die vorhandenen Lebensbedingungen angepasste alte Teilung der Arbeit in kommandierende und kommandierte Arbeit.⁶ Der DDR-Philosoph Lothar Kühne hat die kommunistische Gegenposition 1970 sehr prägnant formuliert: »Arbeit als Form der Subjektivität der Arbeitenden verlangt nicht nur deren bewusstes Verhalten zu den technischen und ökonomischen Bedingungen der Produktion, sondern beruht wesentlich auf dem bewussten und schöpferischen Verhalten zu den Zwecken der Produktion. Die Kritik der Bedürfnisse ist seine Voraussetzung.«⁷ Veröffentlichen konnte er diesen radikalen Text nicht.⁸

3. Der Satz aus dem express stimmt nicht, da er eine Momentaufnahme für das Ganze

3 »Die saint-simonistische Lehre«, in: Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: »Von Babeuf bis Blanqui«, Bd. II, S. 144ff., besonders 158ff. Vgl. dagegen den Kommentar der Alten: MEW 3, S. 494

4 MEW 13, S. 66ff.; MEW 4, S. 98ff. Zur Herausbildung der dort diskutierten englischen Positionen vgl. E.P. Thompson: »Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse«, Frankfurt/Main 1988, S. 880ff.

5 Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: »Von Babeuf bis Blanqui«, Bd. II, S. 166

6 Vgl. dagegen Friedrich Engels im Anti-Dühring, MEW 20, S. 273ff.

nimmt: Erst in dem Maße, in dem im Herbst '89 die Ohnmacht der DDR und die Macht des Westens hervortrat, verschob sich die eigene Perspektive von der Suche nach einem sozialistischen Ausweg zu einem »Rette sich, wer kann.« Die pro- und contra-Reaktionen auf den Aufruf »Für unser Land« markieren den Umschwung, Ende November/Anfang Dezember 1989. Im Aufruf hieß es: »Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden, dass, veranlasst durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die DDR durch die BRD vereinnahmt wird. Lasst uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln.« Der Aufruf wurde damals nicht nur von einigen Intellektuellen, von Vertretern der SED wie von Oppositionsgruppen, sondern darüber hinaus von über einer Million DDR-Bürger unterzeichnet – aber eine irgendwie mobilisierende Wirkung ging von ihm nicht aus. Tatsächlich waren sich schon die Erstunterzeichner über die praktischen Konsequenzen nicht einig gewesen. Aber auch später ging die Option für den Westen bei den meisten Leuten mit vielen Bedenken, Befürchtungen und einer ungeheuren Resignation einher: Wenn es schon



nicht anders geht – wenigstens haben die im Westen eine effektive Wirtschaft, einen Rechtsstaat usw.

Die DDR war nicht deshalb am Ende, weil man Schulden von etwa 20 Milliarden DM aufgehäuft hatte. Sondern deshalb, weil man diese Schulden beim weltpolitischen Gegner aufgenommen hatte, dem der Ostblock nur unter Hintanstellung des individuellen Konsums seiner Bürger Paroli bieten konnte. Die seinerzeitige DDR-Führung war sich denn auch sicher, dass es sich bei der Anlehnung an die BRD um ein ökonomisch alternativloses Programm gehandelt hat. Noch vor der Öffnung der Mauer hatte sie ihre verzweifelte Situation vor dem Westen offen gelegt. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland in konvertierbarer Währung betrug 1989 etwa 13-14 Milliarden US-Dollar. Die Planer sahen die Zahlungsunfähigkeit des Landes in wenigen Jahren voraus. Die von Planungschef Schürer, Außenhandelsminister Beil, KoKo-Chef Schalck-Golodkowski, Finanzminister Höfner und Statistikchef Donda erarbei-

7 Lothar Kühne: »Über die Historizität des Subjektiven«, hier zitiert nach der Wiedergabe in der Dissertation B, Bd. II, S. 5

8 In der Quelle heißt es dazu: »Zur Hegelkonferenz der Humboldt-Universität zu Berlin 1970, eingereicht zum Protokoll.« Veröffentlicht wurde nur der etwas weniger zugespitzte Text: »Ökonomie und Politik in der sozialistischen Gesellschaft«, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der HUB, Gesellschafts-Sprachwissenschaftliche Reihe XIX (1970) 5

tete »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen« vom 30. Oktober '89 hielt die soziale und ökonomische Lage nur noch unter Nutzung milliardenschwerer Kredit-hilfen aus dem Westen für beherrschbar.⁹ In einem Gespräch mit Rudolf Seiters, dem Chef des Bundeskanzleramtes, und Wolfgang Schäuble trug Schalck-Golodkowski am 6. November die Vorstellungen der DDR über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD vor. Es ging wesentlich um neue Kredite in Höhe von insgesamt 10 bis 15 Milliarden DM.¹⁰ Die Ablehnung des Bundeskanzlers erfolgte am 8. November öffentlich im Deutschen Bundestag: »Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird.«¹¹ Voraussetzung für weitere Kreditgeschäfte mit dem Westen war – nach dem faktischen Zusammenbruch des Ostblocks im Sommer '89 (SU, Polen, Ungarn) – jene innere Stabilität, die zugleich erst durch dieses Geschäft geschaffen werden sollte. Ein absurder Widerspruch, dessen Lösung Schalck-Golodkowski vorwegnahm, als er sich am 2. Dezember unter den Schutz der Bundesrepublik stellte.

4. Nein. Drei zentrale Ergebnisse dieses Umbruchs, die bis heute die Weltpolitik bestimmen, machen das deutlich:

a) 1989/90 entschied sich, dass es keinen emanzipatorischen Aufbruch in den Ländern des

Ostblocks geben würde. Nicht die Streikbewegungen von Workuta bis zum Kusbass und die Sowjets der Arbeitskollektive gestalteten das Ende der Gorbatschowschen Perestroika, sondern die Politbürokratie machte sich auf den Weg der Privatisierung. Die letzten Vertreter des Selbstverwaltungs-Programms der Solidarnosc waren so demoralisiert, dass sie im polnischen Parlament (wie auch die Vertreter der alten Staatspartei PZPR) dem Balcerowicz-Plan einer marktwirtschaftlichen Schocktherapie zustimmten. Und der nationalistische Aufbruch bildete von Tallinn bis Skopje, von Berlin bis Baku die Form, in der die Unterordnung unter den Weltmarkt als Befreiung gefeiert werden konnte.

b) Parallel brach mit dem Ostblock für relevante Teile von Befreiungsbewegungen im Trikont der weltpolitische Bündnispartner weg. Zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Brasilien 1989 lag der Fall der Mauer in Berlin. Im ersten Wahlgang lag Lula als Kandidat der Arbeiterpartei PT noch vorn, im zweiten Wahlgang wurde er mit einer antikommunistischen Kampagne an die Wand gespielt. Im Februar 1990 verloren die Sandinisten die Wahlen in Nicaragua. Und damals ging es nicht um ein reformistisches Projekt, das sich mangels anderer Bewerber um den Titel »Sozialismus des XXI. Jahrhunderts« hätte nennen können, sondern um einen sozialrevolutionären Aufbruch.

c) Schließlich hat der Rückzug der Sowjetunion von der weltpolitischen Bühne den USA und ihren Verbündeten Räume eröffnet, deren

9 Abgedruckt in: Deutschland Archiv, Nr. 10/92, S. 1112ff. Siegfried Wenzel hat die Konsequenzen schlüssig formuliert: »Zwischen den Grundgedanken der Analyse der ökonomischen Lage [vom 30.10.89. – d.A.] und den Hauptlinien der Politik der Regierung Modrow – Kurs auf eine ökonomisch verpflichtete, soziale Marktwirtschaft, Vertragsgemeinschaft DDR-BRD, Deutschland einig Vaterland als Ziel – ergibt sich ein deutlicher innerer Zusammenhang.« (Ansichten zur Geschichte der DDR 6, S. 162)

10 Merkwürdigerweise beziehen sich Veröffentlichungen über dieses Treffen bisher nur auf die Überlieferung der DDR-Seite (Hans-Hermann Hertle: »Chronik des Mauerfalls«, Berlin 1996, S. 107f). Die umfangreiche Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes (Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90, München 1998) enthält neben einem Hinweis (S. 55) nur ein Protokoll über die anschließende Besprechung der Staatssekretäre über deutschlandpolitische Fragen am 6. November, in der die »von der DDR übermittelten Vorschläge und Wünsche« diskutiert wurden (S. 482ff.). Vgl. auch den Vermerk Schalck-Golodkowskis vom 7. XI. 1989 (Peter Przybylski: »Tatort Politbüro«, Bd. 2, Berlin 1992, S. 394f.)

11 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90, München 1998, S. 491

Umgestaltung die Weltpolitik bis heute prägt: ohne die Kapitulation der UdSSR kein erster Irakkrieg 1991 und keine Talibanisierung Afghanistans.

Wie gründlich der Westen den Kalten Krieg gewonnen hat, das zeigt sich heute wieder in der frappierenden Harmlosigkeit der aktuellen linken Krisenpolitik: Weder werden Gegner der eigenen Vorschläge in den eigenen Vorhaben berücksichtigt, noch wird die Beschränkung der Forderungen auf den konsumtiven Bereiche als Problem erkannt. Selbst auf das Ziel einer demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle der ganzen Wirtschaft wird weitestgehend verzichtet.

Wenn 1989 eine Revolution war, dann war es eine halbe Revolution, der eine ganze Konterrevolution gefolgt ist.

5. Die entschiedeneren betrieblichen Konflikte haben sich nach dem Beitritt und dort entwickelt, wo – wie in Bischofferode – die Betriebschaften davon ausgingen, eine marktwirtschaftliche Chance zu haben. Das waren aber Ausnahmen. Insgesamt gab es an der geringeren Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft keinen Zweifel. Und die Kolleginnen und Kollegen konnten an ihrem Arbeitsplatz sehen, woran das lag. Wer aber will eine marode Bude in Selbstverwaltung übernehmen? Es hat dafür wohl nicht an Traditionen gefehlt, sondern an Investitionsmitteln.

6. Was in der DDR offiziell Klasse hieß und zur Grundlage praktischer Politik gemacht wurde, darüber haben ihre Kabarettisten selbst auf offiziellen Bühnen manchen Witz gemacht. Tatsächlich war es nicht soviel anders als in an-

deren modernen Gesellschaften: Es gab soziale Gruppen, deren soziale Ungleichheit durch die Stellung im Arbeitsprozess definiert wurde und im Prozess der gesellschaftlichen Reproduktion systematisch erhalten blieb. Selbst die DDR-Soziologen haben in den siebziger und achtziger Jahren eine zunehmende Selbstreproduktion der Klassen und Schichten festgestellt. Die Mobilisierung von proletarischen Kadern zur Besetzung der Kommandohöhen der Wirtschaft war vorbei.¹²

Das resultierende Selbstverständnis der Arbeitenden hat einer von ihnen klassisch, in einer m.E. auch für die DDR gültigen Weise, während der berühmten Diskussion mit Giersek und Jaroszewicz auf der Werft in Szczecin 1971 ausgedrückt: »Wir werden arbeiten, so gut wir können, und Ihr regiert, so gut Ihr könnt.«¹³ Man bedenke, dass dieser Vorschlag einer einvernehmlichen Arbeitsteilung in kommandierte Arbeit und Arbeit des Kommandierens nicht in einer Situation der Unterwerfung formuliert wurde, sondern in einer Situation der offenen Rebellion, im besetzten und blockierten Großbetrieb, in den Partei- und Regierungschef nur ohne ihren Anhang eingelassen wurden.

7. Ich denke, die Betriebe hatten 1989 eine zentrale Funktion als Ort der Kommunikation: Vom Gespräch am Arbeitsplatz bis zu den Konflikten um die Nutzung der Wandzeitungen in den einzelnen Abteilungen, den Zugriff auf Betriebszeitungen, das Radio usw. Zu den betrieblichen Konflikten selbst liegt mit der Publikation von Bernd Gehrke und Renate Hürtgen eine Menge kaum analysiertes Material vor.

12 Heike Solga: »Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit des Postulates sozialer Gleichheit«, in: Johannes Huinink u.a.: »Kollektiv und Eigensinn«, Berlin 1995

13 »Rote Fahnen über Polen. Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst«, München 1972, S. 102. Es handelt sich dabei um die deutsche Übersetzung des Tonbandprotokolls der Diskussion. In deutscher Sprache liegt auch die informative, wenngleich historisch nicht ganz zuverlässige Einleitung zur italienischen Ausgabe vor: Rossana Rossanda: »Giersek und die polnischen Arbeiter«, in dieselbe: »Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch«, Frankfurt/M. 1975. Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge findet sich in Lujan Adamczuks Referat auf dem VI. Soziologenkongress Polens (Rewolta szczeczińska. Analiza sociologiczno-historyczna; Lodz 1981, abgedruckt mit Dokumenten in Piotr Marciniak/Wojciech Modzelewski: Studia nad ruchami społecznymi t. II, Warszawa 1989, S. 43-112)



Dort findet sich auch eine Diskussion zu dem so legendären wie verunglückten Generalstreik-Aufruf aus Karl-Marx-Stadt vom 2. Dezember 1989. Es handelte sich um eine individuelle Aktion, die bezeichnender Weise nach der »massive(n) Reduzierung des Parteiapparates« und der »Abschaffung der Kampfgruppen und drastische(n) Reduzierung des Inlandanteils des Amtes für Nationale Sicherheit« unter 3. forderte: »Einleitung sofortiger konkreter Schritte zur Einführung der sozialen Marktwirtschaft.« Der Initiator, Dr. B., gehörte denn auch zu den Gründern der »Deutschen Forumpartei«, die aus dem »Neuen Forum« heraus in ein Bündnis mit der FDP strebte. Auf dieser Grundlage war eine proletarische Klassenbewegung schwerlich zu bilden.

8. Teilgenommen habe ich am 7. Oktober 1989 erst einmal an der Militärparade zum 40. Jahrestag der DDR – und an den Diskussionen, die wir in unserem Truppenteil zu dieser grotesken Veranstaltung hatten. Am Abend des gleichen Tages habe ich mir mit einigen anderen Leuten von uns bei den Nachrichtenleuten im Paradestützpunkt Friedrichsfelde die Bilder des Westfernsehens zu den Demonstrationen in Berlin angeschaut: Die Nachrichtenleute konnten uns nicht und haben trotzdem nicht um-

geschaltet. Zurück in Mecklenburg haben wir sehr unparteiisch alles Material oppositioneller Gruppen, das etwa in der Kirche in Sternberg oder in Schwerin zu kriegen war, in der Kaserne herumgereicht und diskutiert: Demokratie jetzt, Demokratischer Aufbruch, die Sozialdemokraten, Neues Forum. Ende November fuhr ich zum ersten Arbeitstreffen der Vereinigten Linken (VL) nach Berlin und habe dann etwa ein Jahr in der VL-Mecklenburg gearbeitet, zunächst neben dem Rest meines Militärdienstes, dann parallel zur Arbeit als Krankenträger im Kreiskrankenhaus Neustrelitz.

Wer den Ruf »Wir sind das Volk!« aufgebracht hat, weiß wohl keiner. Die Staatssicherheit hat ihn am 8. Oktober bei einer Demo in Dresden erstmals notiert. Sicher ist dagegen, wann erstmalig die Losung »Wir sind ein Volk« auftauchte – allerdings mit einer ganz anderen Bedeutung. Im Flugblatt der Leipziger Oppositionsgruppen »Arbeitskreis Gerechtigkeit«, »Arbeitsgruppe Menschenrechte« und »Arbeitsgruppe Umweltschutz« hieß es am 9. Oktober '89 nach Mahnungen zur Gewaltlosigkeit, die an die Demonstranten gerichtet waren: »An die Einsatzkräfte appellieren wir: Enthaltet Euch der Gewalt! Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!

Wir sind ein Volk!

Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden!«

Die Orientierung auf den Anschluss an den Westen war eine massive Veränderung auf allen Ebenen, da haben sich Demonstrationen gewandelt und politische Organisationen und Menschen tief im Grunde ihrer Seele – und zugleich folgerichtig, wenn wir die Gesamtheit der Ereignisse und der Kräfteverhältnisse in den Blick nehmen.

9. Zur Entwicklung des FDGB hat 1989/90 eine Gruppe um Theo Pirker von Westberlin aus geforscht. Das Material ist hochinteressant, wird aber mangels Interesse an der Sache kaum gelesen. Die VL war für eine Kooperation mit Leuten in FDGB-Strukturen offen und hat dabei auch sinnvolle Kontakte geknüpft. Nur war es

hier ähnlich wie bei vielen Menschen aus der SED: Man hat sie aus ihrer Staatsfixiertheit, aus ihrer strikt klassenübergreifenden Gemeinwohl-Orientierung einfach nicht herausbekommen.

Das Interessanteste am FDGB ist vielleicht sein Ende. Er hatte im März 1990 Protestaktionen im Vorfeld der Währungsunion organisiert. Das Motto war: »Wir sind ein Volk: 1:1!« Dafür hatte der FDGB nicht nur Bündnispartner gefunden, sondern für einen entsprechenden Umtauschkurs am 5. April Hunderttausende auf die Straßen bekommen. Doch Ende April erklärte der DGB, dass ein Zusammenschluss mit dem FDGB nicht in Frage komme. Anfang Mai entmachtete ein Sprecherrat aus den DDR-Industriegewerkschaften den Dachverband und sprach sich für den direkten Anschluss an ihre westdeutschen Partner aus.

Der DGB seinerseits hatte sich schon früh festgelegt. Anfang März 1990 stellte der DGB-Bundesausschuss seine positive Position zur deutschen Einheit vor. Und noch pünktlich vor den ersten bürgerlichen Wahlen in der DDR traten am 12. März 1990 der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit und der Vorsitzende der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, vor die Presse und verkündeten die Notwendigkeit einer marktwirtschaftlichen Umgestaltung der DDR. Die Institutionen der Arbeitsbeziehungen sollten in der DDR zwar nach westdeutschem Vorbild eingerichtet werden, zugleich einigte man sich mit großer Selbstverständlichkeit auf die Notwendigkeit besonderer Tarifgebiete in Ostdeutschland, in denen »das Lohnniveau zunächst noch deutlich unter dem bundesdeutschen Standard liegen« werde. Die sozialpartnerschaftliche Einführung der »Sozialen Marktwirtschaft« sollte – nach Auffassung der Gewerkschaften – eine Niedriglohnkonkurrenz im eigenen Land »gleich hinter Wolfsburg« (Franz Steinkühler) verhindern. Tatsächlich wurde mit dem Kompromiss der Übertragung westdeutscher Institutionen und der gleichzeitigen Errichtung einer Sonderwirtschaftszone Ost die Möglichkeit geschaffen, das gesamte System der Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik aus den Angeln zu heben.



Damit ist auch geklärt, warum sich andere Optionen 1989/90 nicht durchsetzen konnten: Anders als die Befürworter von Kapitalismus und »Wiedervereinigung« hatten sie keine mächtigen Verbündeten, weder im Osten noch im Westen.

10. Ich verstehe die Fragen nicht so ganz: Welche Fortschritte für wen? Das deutsche Kapital hat sich im Osten eine historisch beispiellose industrielle Reservearmee zugelegt, finanziert nicht zuletzt durch die Sozialversicherungsbeiträge der westdeutschen abhängig beschäftigten Klassengenossen: Statt Sozialismus in einem Land gab es nun »Sozialismus in einer Klasse«. Als der Osten unter Kontrolle war, hat man die massive Investitionsförderung 1996/97 eingestellt und sich – erfolgreich – wieder auf die Eroberung der Weltmärkte geworfen. Herausgekommen ist im Osten eine ökonomisch vom Rest der Republik abhängige Provinz und im Westen eine Stagnation, ja eine Absenkung der Realeinkommen für die Mehrheit der abhängig Beschäftigten.

Es gibt große Bereiche, wo sich die Lebensbedingungen in der Ex-DDR verbessert haben: bessere Medikamente und Medizintechnik, deutlich weniger Umweltverschmutzung, eine sanierte Infrastruktur, sanierte Wohngebäude.

Aber: Würdet Ihr ähnliche Veränderungen in den Lebensbedingungen etwa des Ruhrgebietes über die letzten dreißig Jahre auch als »Fort-schritte in der gesellschaftlichen Entwicklung« thematisieren? Ist das nicht eher der Normalfall kapitalistischer Entwicklung?

11. Das ganze Programm des Anschlusses an den Weltmarkt war ein Projekt gesellschaftlicher Spaltung, wie den Beteiligten im Jahr 1990 auch bewusst war. So rechtfertigte Richard Schröder, der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Volkskammer, am 9. Juni auf dem Hallenser Parteitag der DDR-SPD die Koalitionsvereinbarung zur de Maizière-Regierung folgendermaßen: »Der zweite Vorwurf lautet, warum habt Ihr auf das Innenministerium verzichtet? Manche haben in diesem Zusammenhang haltlose Verdächtigungen gegen Markus Meckel erhoben. Ich weise sie aus meiner Kenntnis der Sachlage entschieden zurück. Die Sache war so: Wir haben in der Vorverständigung der Neunergruppe entschieden, das Innenministerium nicht vorrangig anzustreben, und zwar aus einer geschichtlichen Erinnerung: Noske. Wir wollten nicht das Oberkommando über die Polizei haben, wenn es in diesem Land zu sozialen Unruhen kommen sollte. Andererseits ist uns das Innenministerium in den Verhandlungen selbst nie angeboten worden. So war es und nicht anders. Wohl aber ist uns ein Staatssekretär angeboten worden. Wir sind jetzt beim dritten Versuch, diesen Posten zu besetzen und hoffen, in der nächsten Woche endlich zum Erfolg zu kommen. Denn wir wollen uns auch an dieser Stelle nicht vor der Verantwortung drücken.«

Der Text zeigt nicht nur die prägende Kraft längst vergangener historischer Situationen – 1990 gab es keine revolutionäre Arbeiterbewegung, die gewaltsam niedergekämpft werden musste – sondern auch die Entschlossenheit, mit Macht die Ankunft im bürgerlichen Normalzustand zu verteidigen.

Aber jede Klassengesellschaft ist in sich gespalten. Die Frage zielt wohl mehr auf die besondere regionale Spaltung in Ost und West. Und die gibt es. Um das zu sehen, reicht es zu

betrachten, wie viel Eigentum in welchen Landesteilen vererbt werden kann. Da unterscheiden sich dann Ost und West noch deutlicher als bei den Einkommen.

Es gibt aber auch noch andere Spaltungen. So hat die VL Dresden 1990 ein Flugblatt herausgebracht, in dem vermeintlich kritisch angefragt wurde, ob die DDR-Bürger im neuen großen Deutschland die Rolle der Türken einnehmen sollen – die Rolle der schlecht bezahlten Arbeiter für die dreckigen Jobs. (Günther Wallraffs »Ganz unten« ist auch in der DDR gedruckt worden.) Die VL-Dresden wurde dafür von anderen VL-Gruppen scharf kritisiert und das Flugblatt zurückgezogen. Tatsächlich haben die Ostler auf dem Gesamtberliner Arbeitsmarkt bis Ende der neunziger Jahre die Migranten weitgehend aus dem Feld geschlagen. Der Rückzug in die Verbindungen der türkischen Community ist auch ein Ergebnis dieser Veränderungen.

12. Es gibt noch Erinnerungen an verschiedene Institutionen, aber kaum einen praktischen Bezug: Die Polikliniken wurden aufgelöst, das System niedergelassener Ärzte zwangsweise eingeführt – das kann man nicht einfach rückgängig machen, schon wegen der Investitionskosten für die Arztpraxen. Im Bildungswesen halten die Finnen die verschiedenen deutschen Besucher inzwischen wahrscheinlich für etwas irre, haben sie sich doch selbst vor Jahrzehnten an einem deutschen, dem DDR-deutschen System orientiert. Aber selbst die Berliner Linkspartei.PDS warb im letzten Landeswahlkampf 2006 mit dem Slogan »skandinavisch schlau« – nicht etwa mit dem Bezug auf die DDR. Nur in Bezug auf Sparmaßnahmen – das Abitur in zwölf Jahren, die Zusammenlegung der Schulformen jenseits des Gymnasiums – gibt es positive Bezüge auf die DDR. Ein weiteres Beispiel: Anfang der neunziger Jahre gab es in Mecklenburg ganze zwei Gesamtschulen, eine davon kannte ich ganz gut. Diese Schule warb damit, dass sie innerhalb ihrer Einrichtung mit A-, B- und C-Klassen das dreigliedrige Schulsystem perfekt nachbilden könne.

Das Überleben alter Strukturen ist nur ein-

geschränkt möglich, da gerade junge Leute die ostdeutschen Länder verlassen. Der wichtigste, spezifisch ostdeutsche Sozialverband ist die *Volkssolidarität*. Sie ist größer und stabiler als selbst der Arbeitslosenverband.

Es gibt eine Einrichtung, die aufgrund ihrer kapitalistischen Möglichkeiten das Ende der DDR überlebt hat: die LPG. Die Landwirtschaft in Ostdeutschland ist deutlich anders strukturiert als im Westen. Allerdings betrifft das zwar große Flächen, aber wenig Leute, der nötigen Effizienz wegen.

13. Für die Sozialstruktur bedeutet die Deindustrialisierung zunächst eine massive Migration aus den neuen Ländern heraus, die noch durch das Pendeln, auch auf große Entfernungen, ergänzt wird. Die Leute, die bleiben, wissen, dass sie von den Transfers des erfolgreichen Westens abhängig sind – egal, ob es sich um Sozialleistungen oder die Finanzierung der gewerkschaftlichen Arbeit handelt. Eigenständige politische Bewegungen haben es daher äußerst schwer.

14. Vor ein paar Jahren, 2001, haben wir anlässlich einer Konferenz zu diesem Thema im Berliner »Haus der Demokratie« eingeschätzt, dass die rechte Szene im Osten längst zivilgesellschaftlich verankert ist. Inzwischen hat die NPD diese Verankerung auch in Wahlerfolge umsetzen können. Es ist ein Zeichen der Schwäche, dass ohne staatliche Programme eine kontinuierliche Arbeit (Dokumentation rassistischer Übergriffe, Opferberatung, alternative Jugendarbeit) in diesem Bereich kaum möglich ist. Sicher sollte man keinen bürgerlichen Demokraten aus der Verpflichtung zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der Menschenrechte entlassen – doch, wie in der Flüchtlingsarbeit ständig zu merken, hat das seine Grenzen.

A und O der antifaschistischen Arbeit ist der Aufbau von überlebens- und konfliktfähigen Organisationen, die vor Ort sozial verankert sind. Die Linkspartei und Staatsknete sind dabei manchmal eher Teil des Problems als der Lö-

sung – weil die Annahme der Unterstützung die nötige soziale Konfliktorientierung ausschließt.

15. Die tendenziell positivere Einschätzung der West-Verbände der LINKEN teile ich nicht. Wenn es zum Schwur kommt – wie in der Frage des Berliner Wahlantritts 2006 auf dem WASG-Parteitag in Leverkusen – dann sind alle linken Stimmungen Makulatur, und die Führung hat recht. Zudem durchläuft die Partei im Westen im Eiltempo einen Prozess der parlamentarischen Etablierung auf allen Ebenen, der sich in entsprechenden politischen Rücksichtnahmen niederschlägt.

Insofern ist das Problem für unabhängige Linke in Ost und West nicht wirklich verschieden: Welche Leute sind bereit und – für wie lange? – in der Lage, ohne Trittbrettfahrerei bei dieser oder jener Großorganisation die nötige Arbeit zu machen? Man könnte deshalb die Frage einfach zurückgeben: Wo seht Ihr die noch vorhandenen oder neu entstehenden emanzipativen Kräfte in den alten Ländern, die sich heute gegen rechte Tendenzen zur Wehr setzen und über den kapitalistischen Status quo hinaus zu denken bereit sind? – Aber Ihr müsst Euch keine Gedanken über die komplizierte Antwort machen. Unabhängige Ostlinke hingegen haben sich seit 1989 Gedanken über die Westlinke machen müssen und einen zumindest durchschnittlichen Kenntnisstand über das westdeutsche Groß- und Kleingruppenwesen erreicht. Umgekehrt gilt ähnliches, wie wir alle wissen, nicht. Leider.

** Sebastian Gerhardt, Jg.1968. Wehrdienst bis Januar 1990, dann Krankenträger im Kreiskrankenhaus Neustrelitz, Studium der Philosophie und Mathematik, im Herbst '89 Mitarbeit in der Vereinigten Linken; Verdient heute sein Geld mit Ausstellungsführungen in der »Topographie des Terrors« und im »Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlhorst«; Daneben Vorstand der Stiftung »Haus der Demokratie und Menschenrechte« und in der Redaktion von Lunapark21*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 9-10/09)

»Historische Fehlpässe«

Antworten von Renate Hürtgen

1. 1947 in Ostberlin geboren und in einem Elternhaus groß geworden, das mich dazu erzogen hat, stets das zu tun und zu denken, was die Schule sagt, wurde ich ein zukunftsoptimistischer junger Pionier, eins mit mir und dem Staat. Der Mauerbau am 13. August 1961 hat mich nicht negativ berührt, obwohl nun die »halbe Verwandtschaft« in Westberlin von uns getrennt lebte. Als der Prager Frühling niedergeschlagen wurde, war mir allerdings ziemlich unwohl, irgendetwas stimmte nicht. Aber erst im Rahmen des Studiums in den 1970er Jahren, nicht zuletzt, weil ich jetzt auf kritische Geister traf, setzte sich wie ein Widerhaken der Gedanke fest: Das ist kein Sozialismus, was in der SU, hier in der DDR und in den anderen Ostblockstaaten aufgebaut wird. Von da an gab es ein zentrales Thema für mich: herauszufinden, was das für eine Gesellschaft ist bzw. gewesen ist, in der es Unterdrückung, Ausbeutung und immer geringere Emanzipationsmöglichkeiten gab. Meine Kritik wurde rasch sehr grundsätzlich; es ging mir nie darum, es »besser zu machen«, Fehler zu vermeiden etc., sondern den Charakter der dieser Gesellschaft immanenten ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse zu begreifen. Ich denke heute noch darüber nach, denn immer noch gibt es für mich Leerstellen im Begreifen der Natur dieser Gesellschaften, die sich »sozialistisch« nannten.

2. Diese Frage ist so allgemein, dass ich sie nicht für »die« Menschen in der DDR beantworten kann. Im besten Fall und auch hier mit aller Vorsicht, könnte ich eine Einschätzung darüber geben, was die Mehrheit der DDR-Bevölkerung über »ihren« Staat gedacht hat: Zu keiner Zeit gab es eine vorbehaltlos positive In-Bezugsetzung; die Mehrheit der Bevölkerung hatte – darin unterschied sich die Situation deutlich von der im Faschismus – nie ein loyales Ver-

hältnis zum DDR-Staat. Zudem stellte für einen großen Teil der DDR-Bevölkerung die Teilung noch bis 1989 eine unnatürliche Situation dar. Man hatte sich zwar eingerichtet in den Verhältnissen, die Zeit des massenhaften Aufbegehrens war mit der Niederschlagung des 17. Juni 1953 vorbei; die Lebenslagen verbesserten sich namentlich in den 1970er Jahren, und »Friedhofsruhe« trat ein. Aber mit einer Verschlechterung der Versorgung und der Arbeitsbedingungen in den 1980er Jahren bei gleichzeitiger Zunahme der Chance, dieses Regime loszuwerden, wurden die Vorbehalte und Kritiken zunehmend deutlicher und offener formuliert. Dies unterschätzt zu haben, etwa die Frage der »deutschen Einheit« nicht problematisiert und diskutiert zu haben, letztlich nicht zu wissen, was die Mehrheit der Bevölkerung dachte und wollte, war kein Ruhmesblatt der Bürgerbewegung in der DDR, namentlich der Linken.

Ich nehme mich da nicht aus. Trotz schärfter Kritik an diesem Gesellschaftstyp wurden mir einige Folgen für die dort sozialisierten Menschen (nicht nur für die Arbeiter!) auch erst nach 1989 richtig bewusst. Etwa, wie verheerend sich eine jahrzehntelange Unterdrückung von Eigeninitiative und Emanzipation, von Partizipation und Selbstorganisation, von Klassenbewusstsein und kollektivem Handeln auf das massenhafte Verhalten niederschlagen musste. 1989, als Mit-Initiatorin einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, wurde mir bald schmerzlich klar, dass diese auch daran scheitern würde, dass kaum »personelle« Voraussetzungen für eine selbst organisierte Basisbewegung vorhanden waren.

3. und 4. Eine Antwort auf diese beiden Fragen käme einer historischen Analyse eines Großereignisses gleich. Das geht nicht in der Kürze, darum nur drei Stichworte: 1. Ja, eine

Revolution, wenn ich darunter die rasche – nicht evolutionäre – Beseitigung eines bestimmten politischen und ökonomischen Herrschaftstyps verstehe. Gewalt ist dabei durchaus kein zwingendes Merkmal. 2. Die DDR war vor allem »am Ende«, weil die SU ihren Machtbereich aufgegeben hat; hätte diese 1953 nicht eingegriffen, wäre das stalinistische DDR-Regime bereits zu dieser Zeit verschwunden. 3. Jedenfalls war die konkrete Utopie der DDR-Bürger nicht die Sowjetunion!

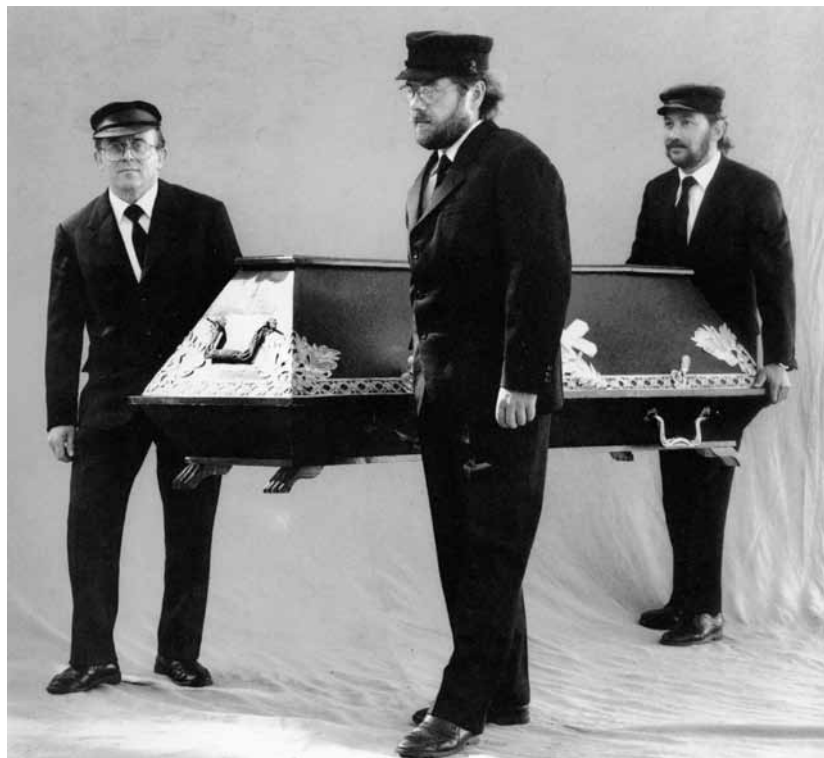
5. In dieser Frage wird sich auf unterschiedliche Zeiten bezogen: Zum einen geht es um das Verhalten der »Werk tätigen« im Herbst 1989, zum anderen um 1993, wo es massive Streiks und Betriebsbesetzungen im Osten gab, Bischofferode ist dafür sicher das beeindruckendste Beispiel. (Ich setze »Werk tätige« in Anführungszeichen, weil in der DDR auch der Generaldirektor und der Minister zu den »Werk tätigen« gerechnet wurden. Von einem solchen Verschleierungsbegriff sollte mensch sich unbedingt distanzieren.) Und dieses Verhalten in den Betrieben war zu unterschiedlichen Zeiten sehr verschieden: 1989 waren die Aktionen von betrieblichen Basisaktivisten darauf gerichtet, die alten Herrschaftsstrukturen, auch die im Betrieb, zu zerschlagen. Es galt, die Dominanz der SED zu beseitigen, die militärischen Einrichtungen und die Staatssicherheit aus den Betrieben zu verweisen. Alte Führungskräfte wurden abgesetzt und in Ansätzen Selbstvertretungsorgane gebildet. Vom »Westen« noch keine Rede! Höchstens in Form einer Bedrohung, denn einige Staatsunternehmen wie Bergmann-Borsig in Berlin, wo die Beschäftigten die ersten »Westbesuche« bei der Betriebsleitung bereits im November 1989 registrieren mussten, begannen bereits auf eigene Faust den Ausverkauf. Unter den Aktiven herrschte vielmehr die Haltung vor: Jetzt schmeißen wir den Laden!

Spätestens seit dem Sommer 1990 waren die Situation und damit auch das Verhalten der Belegschaften ganz anders. Die Treuhand verscherbelte die Betriebe, Massenentlassungen bzw. Kurzarbeit wurden Praxis. Die Treuhand,

deren Besitz nun das gesamte Staatsvermögen war, wurde zu einer realen Bedrohung, die nicht selten dazu führte, dass entweder gleich alles Pleite ging oder ein dubioser Investor für den Konkurs sorgte. Die große Hoffnung dieser Zeit war es, einen ordentlichen, seriösen Investor zu finden, der Arbeitsplätze erhielt und das Werk gut weiterführte. Letztlich war dies nur die massenhafte Vorwegnahme einer Entwicklung, die inzwischen längst auch im Westen Praxis ist. Und das Verhalten der Belegschaften heute ähnelt deutlich dem der Ostbelegschaften nach 1990: Sie wollen ihre Arbeitsplätze, mithin »ihren Standort« erhalten.

Wenn die Linke von den DDR-Arbeitern etwas anderes erwartet hat, dann muss sie sich fragen, ob sie nicht vielleicht einem Trugschluss aufgefressen ist, indem sie meinte, der Lohnarbeiter in der DDR hätte ein anderes Verhältnis zu einem vermeintlichen Volkseigentum haben müssen als der Westarbeiter zu seinem Privatunternehmer!? Hatte er nicht – und dafür gibt es auch gute Gründe.

6. Eine Antwort auf die letzte Frage unter Punkt 5 und den ganzen Fragenkomplex Punkt 6 käme wieder einer gesellschaftlichen Gesamtanalyse der DDR gleich. Die »Lage der Arbeiter« dort und dann noch in ihrer historischen Entwicklung seit 1945 zu beschreiben, hat Engelssche Dimensionen... Tatsächlich scheint mir die Frage nach der 1945 mit Errichtung des stalinistischen Staates »abgebrochenen« Arbeiterbewegungstradition zentral. Diese »verstaatlichte Arbeiterbewegung«, die damit per definitionem keine Bewegung mehr war, sollte folgenreich für den Zustand der Gesellschaft, aber auch für den Zustand der Arbeiter in der DDR sein. Eine zentrale These von mir lautet, dass die fehlende Praxis einer Bewegung einen erheblichen Anteil daran hatte, dass sich Atomisierung, Privatisierung und eine sprichwörtliche Nischenkultur unter Arbeitern und Angestellten in der DDR ausbreiteten. Man sollte sich vergegenwärtigen, dass in den Betrieben eine Generation arbeitete, die noch nie einen Streik mitgemacht hatte, auch nicht gehört hatte, dass jemand in der DDR gestreikt



hätte, und die nur einen (erfolgreichen) Weg zur Durchsetzung eines eigenen Interesses kannte: die individuelle, nichtöffentlich mündlich oder schriftlich vorgetragene Bitte an die Obrigkeit. Welche Folgen ein solches massenhaftes Verhalten für eine Arbeiterschaft haben muss, ist längst noch nicht differenziert untersucht; sie scheinen mir in mancher Hinsicht verheerender als die Folgen von Staatssicherheit und Polizeiwillkür auf das allgemeine Verhalten in der DDR.

7. So gesehen, scheint es wie ein Wunder, dass dennoch und ungeachtet aller fehlenden Erfahrung im Herbst 1989 auch eine »betriebliche Wende« stattfand, angestoßen und organisiert von kleinen Basisgruppen und meist ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, die sich durchaus auch der traditionellen Mittel und Methoden der Arbeiterbewegung bedienten. Selbst Streiks und die Forderung nach unabhängigen Interessenvertretungen wie Betriebsräten kamen plötzlich wieder ins Gedächtnis der Akteure. Allerdings blieben fast alle Aktivitäten auf betrieblicher Ebene, und es kam kaum oder nur in sehr kleinen Ansätzen zu einer überbetrieblichen Vernetzung.

Das von Euch zitierte Ereignis Bischofferode, das zu einem Zusammenschluss von Betriebsräten im Osten führte, war ein solcher Ansatz.

Die Treuhandpolitik, die alle Betriebe gleichermaßen mit ihrem raschen Ausverkauf bedrohte, machte für kurze Zeit eine Interessenallianz von Betriebsräten verschiedener Großbetriebe und damit ein Zusammengehen möglich. Für einen Generalstreik hätte es einen größeren überregionalen Zusammenschluss gebraucht, das Neue Forum als vorhandenes Netzwerk war 1989/90 dazu nicht bereit.

Dass sich all diese Ansätze einer Selbstorganisation in den Betrieben – einschließlich der von Euch erwähnten »Initiative für eine Unabhängige Gewerkschaftsbewegung« (IUG) – bald erledigt hatten, hatte wenigstens vier Gründe: 1. wenig bis gar keinen Bezug der DDR-Opposition und Bürgerbewegten zu den Vorgängen in den Betrieben, 2. rasche Dominanz der Westgewerkschaften, die kein Interesse an und keine organisatorische Affinität zu Basisbewegungen hatten, 3. rascher Abbruch des Lernprozesses der DDR-Belegschaften, die gern auf die ihnen bekannten »Stellvertreterorgane« zurückgriffen und 4. kein wirkungsvolles Zusammengehen einer gewerkschaftlichen und betrieblichen Linken/Opposition West mit den DDR-Basis-aktivisten.

8. und 9. Interessanterweise habt Ihr eine Reihe von Fragen formuliert, die sich kritisch

mit dem Verhalten der Bürgerbewegungen, dem einigungswilligen Volk, dem FDGB und dem DGB auseinandersetzen. Wo bleiben Fragen, die das Verhalten der West- und Ostlinken thematisieren? Für unser Selbstverständnis erscheinen sie mir bedeutender als alle Empörung über den DGB-Apparat. Zudem ist eine kritische Selbstreflexion die Voraussetzung dafür, dass wir nicht wieder dieselben Fehler machen.

Ein paar Anregungen, in welche Richtung meines Erachtens nachgedacht werden müsste: Es hat recht lange gedauert, bis sich die Betriebslinke im Westen überlegt hatte, welches ihre politischen Partner in der DDR sind. Die Grünen, die SPD und die Unternehmerverbände haben das bereits im Herbst gewusst und rasch in die Netzwerk-Tat umgesetzt. Von wem bekamen die betrieblichen Basisaktivisten im Herbst 1989 eigentlich West-Unterstützung? Sie bekamen sie von einigen kleinen linken Gruppen und Parteien, die – wie immer – den »sozialistischen Arbeiterkampf« in die Arbeitskämpfe bei NARVA und Bergmann Borsig hineingeheimnisten; im besten Fall verhielten sie sich zurückhaltend und verschwanden wieder enttäuscht aus den Gruppen, weil ihnen die Forderungen der betrieblichen Akteure viel zu marktwirtschaftlich erschienen; im schlimmsten Fall versuchten sie, die Bewegung für ihre eigenen Ziele etwa einer Parteigründung umzuwidmen. Der größere Teil der (insgesamt natürlich eher kleinen!) Szene hielt sich gleich vornehm zurück, denn was die Ost-Kollegen da von sich gaben und wofür sie den Kampf um den Betrieb oder um eine demokratische Interessenvertretungsstruktur aufnahmen, klang mit dem Wunsch nach einer gut organisierten Produktion und »ordentlicher Arbeit« nicht besonders »sozialistisch«. Was für ein Dilemma, das leider seine Vor- und Nachläufer hat! Statt den emanzipatorischen Charakter der Bewegung, die Bedeutung erster Erfahrungen von Selbstorganisation nach über 50 Jahren Unterdrückung jeder Arbeiterbewegungstradition historisch konkret zu analysieren und zu bewerten, schaute ein Teil der Linken danach, ob die Bewegung dem eigenen Bild von einer

sozialistischen Zielstellung entsprach. Zu allem Überfluss sind mir auch eine Reihe von Westlinken im Rahmen meiner Arbeit in der IUG begegnet, die »meiner« Initiative schon darum jeden positiven Charakter absprachen, weil diese sich dezidiert gegen den FDGB richtete, der von ihnen dagegen durchaus als Teil einer Arbeiterbewegung verstanden wurde, welche »niemals gespalten« werden dürfe. Der nächste historische Fehlpass!

Ich würde nicht so weit gehen zu meinen, die gesamte weitere Entwicklung bis hin zur deutschen Einheit sei verhinderbar gewesen, wenn sich die Westlinke anders verhalten hätte. Dies ist schon darum illusionär, weil eben diese betriebliche und die Westlinke im Allgemeinen 1989 keine wirkliche historische Kraft darstellte. Dennoch: Geschichte ist offen, und wer weiß, wie ein Zusammenschluss von betrieblichen Wendeaktivisten und linken Betriebsaktivisten aus dem Westen das gesamte Kräfteverhältnis verändert hätte? Es lohnt sich also, über diesen ganzen Fragenkomplex endlich eine offene Diskussion zu führen, statt das eigene Versagen zu verdrängen, indem man mit dem Finger auf das dumme einheitswillige Volk weist.

10. bis 14. Beziehen sich diese Fragen darauf, wie ich die Entwicklung nach 1989 im Osten sehe, wie ich sie im Vergleich zur DDR bzw. im Verhältnis zur aktuellen Entwicklung in der Bundesrepublik einschätze?

Zunächst fällt mir auf, das Eure Wortwahl von den nach 1989 »aufgemotzten« Innenstädten und der nach »westlichem Standard geschliffenen« Gesundheitsbetreuung ein gewisses Unverständnis für die Situation in der DDR kennzeichnet. Die Innenstädte waren tatsächlich zerfallen, und das Gesundheitswesen lag wirklich am Boden, die Einführung des »westdeutschen Standards«, ob es einem gefällt oder nicht, war ein existentieller Entwicklungsschub, war Überleben auf einem höheren Niveau. Da wurde der erhoffte Kohl'sche Segen ganz real. Dass dennoch nicht alles Gold ist, was glänzt, wussten die DDR-Arbeiter und -Angestellten sehr genau, sie waren gut informiert und hat-

ten immer die Vor- und die Nachteile abgewogen. (Ansonsten wären nicht so viele Bürger im Land geblieben!) Und dass es so schlimm kommen sollte, die De-Industrialisierung derart forciert wurde, die Liberalisierung des Marktes die Mieten so hoch treiben und das Arbeitslosengeld durch Hartz IV abgelöst werden sollte – das hätten weder Ost- noch Westarbeiter 1990 vorausgesagt. Letztere erleben ja inzwischen ganz ähnliche Strukturumbrüche wie ihre Ostkollegen vor 20 Jahren, und mir will scheinen, als würden sich jetzt vergleichbare Desillusionierungen unter ihnen einstellen wie zehn Jahre zuvor bei den Ostlern?

Ich bin mir in der Antwort auf die Frage nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West heute nicht sicher. Unterschiede der Sozialisation sind sicher vorhanden und beeinflussen das Leben bis heute; aber auch die Tatsache, dass sich Prekarisierung und Verelendung im Osten häufen, trägt dazu bei, sich nicht »eins« zu fühlen. Wie weit sie »das Land spalten« und ob es weiterhin ausgeprägte unterschiedliche Mentalitäten gibt, scheint mir dennoch unklar, zumal es eine Reihe von »Interessenten« gibt, die dies gern betonen und für ihre Politik instrumentalisieren. Tatsächlich ist die Sozialstruktur – Ihr fragt ja danach – bis heute in vielen Teilen Ost und West verschieden, das Bürgertum fehlt im Osten noch immer, und Verarmung häuft sich in den Ostteilen. Dennoch: Ich kann im Augenblick nicht unterscheiden, was über Medien forciert wird und wie real die Teilung noch ist oder ob sich inzwischen nicht andere »Grenzziehungen« vertiefen.

15. Ich hoffe, dass ich die letzte Frage richtig verstehe. Wollt Ihr wissen, ob ich meine, im Osten würde es der besonderen benachteiligten Lage vieler Menschen wegen, aber auch, weil sie die DDR-Vergangenheit haben und darüber hinaus die Partei »Die Linke« dort stärker verankert ist, rascher und nachhaltiger zu einer emanzipatorischen Bewegung kommen? Ihr fragt, ob ich »noch vorhandenen oder neu entstehenden emanzipativen Kräften in den neuen Ländern, die ... über den kapitalistischen Status



quo hinaus zu denken bereit wären«, zu erkennen meine?

Was ich sehe, sind spätestens seit der Krise eintretende Verunsicherungen und die Bereitschaft, über den Status quo hinaus zu denken – dies allerdings in Ost und West. Es scheint der Mut zu wachsen, den Kapitalismus in Frage zu stellen, seine Werte, seine Marktlogiken. Vielleicht hat die »miese Erfahrung« mit der schönen neuen Welt diesen Prozess im Osten etwas früher in Gang gesetzt, der Westen zieht jetzt jedoch mächtig nach, und von einer Erwartung an die spezifische Ost-Emanzipation sollte mensch nicht ausgehen. Die Antiglobalisierungsbewegung, Studenten- und Schülerunruhen, die »Kapital«-Lesekurse, aber auch Emmely und ihr Solikomitee sind West-Ost-übergreifende Emanzipationen. Dies schon darum, weil der Initiator einer zukünftigen Bewegung ohnehin eine neue Generation sein wird, und diese Bewegung wird andere gesellschaftliche Spaltungen als die zwischen Ost und West beschäftigen.

** Renate Hürtgen, geb. 1947 in Ostberlin, Kulturwissenschaftlerin, heute als Zeithistorikerin tätig, Themen: Arbeiter und Angestellte in der DDR, Gewerkschaften, betriebliche Wende; seit 1987 in der Opposition, gründete 1989 die Initiative für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung, seitdem in der betrieblichen und sozialen Bewegung aktiv.*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 11/09)

»Vom Kopf auf die Füße stellen«

Antworten von Werner Jahn *

1. Ich kam ab Mitte der Sechziger mit einem heute so genannten (gemäßigten) Arbeiterbewegungsmarxismus/Traditionsmarxismus in Berührung, allerdings weniger von einer theoretischen Herleitung aus, sondern aufgrund einer Mischung aus Marxismus-Leninismus, der in Schule und Studium vermittelt wurde, Berichten aus Westmedien, Gesprächen beim Frühstück, mit Arbeits- und Sport-Kollegen, beim Trampen in Osteuropa. Ab 1982 gab es erste lose Kontakte zur kleinen Friedens-, Umwelt-, und Demokratiebewegung der DDR, die dann immer intensiver wurden. Benannte Einstellung entstand u.a. durch die Lebenserfahrung bzw. den Lebenslauf der Generation der Eltern/Großeltern, so z.B. den 17. Juni 1953, Ungarn 1956, den Sputnikschock 1957, später Gagarin als erstem Menschen im Weltall, den Mauerbau 1961, den Einmarsch der Bündnispartner des Warschauer Pakts 1968 in Prag, den Vietnamkrieg, antikoloniale Befreiungsbewegungen der 50er-, 60er- und 70er Jahre.

Trotz des Rückstandes bzw. des immer größeren Abstands in der ökonomischen, später auch sozialen Entwicklung, der zu einigen führenden kapitalistischen Industriestaaten, besonders zu Westdeutschland/BRD bestand, war da die ganz praktische Erfahrung, dass dieses »real sozialistische System« sich durchsetzt. Den angeführten Widerspruch des immer größeren Abstandes von Arbeitsproduktivität/Wissenschaft/Technik usw. habe ich in einer Reformervartung aufgelöst: Druck von unten, Reformen von oben, das Modell des Prager Frühlings sollten es bringen. Als Gorbatschow kam, schien dies aus meiner Sicht eine Bestätigung zu sein: »Jetzt ist die Krise endgültig im Zentrum (UdSSR) angekommen, jetzt kommt von dort die Reform, von oben, wegen der nicht mehr zu beherrschenden inneren Widersprüche in der Gesellschaft. Jetzt brauchen die Reformer Unterstützung von

unten, auch Aktivitäten, die die Reform über sich hinaustreiben. Die Reformbewegung breitet sich auch in Osteuropa (Polen, Ungarn) aus, mit dem Gorbatschow-Projekt des Gemeinsamen Hauses Europa könnten vielleicht auch von Westeuropa neue Impulse und Bewegungen ausgehen.«

Meine Haltung von den 60ern bis in die 80er war: »Eine Scheiß-Gesellschaft, ein mieser Sozialismus, aber doch die bessere Alternative.« Beginnend 1988 wurde der Bezug dann immer weniger positiv: »Die DDR ist ein Übel, kein kleines, aber immer noch das kleinere gegenüber der BRD.« Diese Haltung hat sich aber, denke ich, so richtig erst zwischen Herbst 1989 und Mitte der 90er Jahre herausgebildet.

Fazit: Vor 1989 gab es kaum eine theoretische Grundierung meiner Ansichten, jetzt ist sie auch nicht viel, aber doch etwas besser.

2. Soweit das nicht oben schon erläutert ist, fällt mir dazu noch der Mauerbau 1961 ein. Ich war wütend – und trotzdem, ich erinnere mich auch an folgende Situation: 1963 habe ich Kegel aufgestellt beim »Handwerker-Kegelklub«. Ich hörte folgendes Gespräch: »Du Max, Dein Sohn nimmt Deine Fleischerei? – Nee, nach seinem Nahrungsmittel-Ingénieur-Studium geht er in den Schlachthof oder zur LPG. Privatfleischer ... nee will er nicht, hat keine Zukunft, meint er«. Vor dem Mauerbau hieß es: »Der soll erst einmal studieren oder einen Beruf lernen, und wenn ihm die SED-Bonzen dann keine Gewerbeerlaubnis für die Fleischerei geben, dann kann er immer noch sehen, ob sich woanders was findet.« Das hieß: Nach der Ausbildung über die offene Grenze in Berlin ab in den Westen. Übrigens, die Situation für kleine Handwerksbetriebe hat sich in den 70er und 80ern politisch im Grundsatz sehr verbessert, da gab es kaum mehr Probleme bei Gewerbe genehmigungen.

3. Der *express*-Satz stimmt bis zum Mauerbau 1961 für den DDR-Durchschnittsbürger, d.h. für einen großen Teil, danach machte man sich an Frühstücks- und Stammtischen, auch im Arbeitskollektiv (mit entsprechender Vorsicht) Gedanken, was anders, was besser sein sollte, oder man meckerte einfach ab. Es war ja klar, dass Solches ohne Einfluss auf das reale Geschehen war bzw. bleiben würde. Nach der Maueröffnung und dem Zerfall des SED-Machtapparates stimmte der *express*-Spruch wieder, da war ein fast perfektes System, warum also noch experimentieren?

Allerdings, wenn man an die Volkskammerwahl im März 1990 denkt, dann wollten die SED- und Bündnis 90-, Grüne-, UFV-WählerInnen, zusammen also 20 Prozent, damals wohl nicht die identische Übernahme des BRD-Kapitalismus. Zugleich stimmten aber 80 Prozent eben ziemlich eindeutig dafür, und die dann gebildete Regierung war praktisch Befehlsempfänger von Bonn – was jede andere auch gewesen wäre!?

Die DDR war ökonomisch schwer angeschlagen, wie Polen, Ungarn usw. auch, aber das waren keine Teilstaaten. Die DDR war auch deshalb ökonomisch delegitimiert, weil sie 40 Jahre im ökonomischen Wettbewerb mit der BRD stand. Am Ende wäre sie noch nicht gewesen, doch hätten schwere soziale Einschnitte erfolgen müssen – die wiederum einen ökonomischen Wettbewerb aufgrund eines »neuen Wirtschaftsmodells« (gemischte Eigentumsformen, neues Verhältnis zwischen Plan und Markt usw., eben eine Übergangsgesellschaft, aber verbunden mit der Frage: wohin?) nach sich gezogen hätte und damit eine erneute Konkurrenz mit der BRD. Doch mit welchen Erfolgsaussichten – und warum eigentlich?

4. Klar, die oben konnten nicht mehr, und die unten wollten nicht mehr. Die Entwicklung führte dann allerdings, nach kurzen Wochen des versuchten Aufbruchs, in eine restaurative bis reaktionäre Entwicklung.

5. Volkseigentum galt nichts, denn es gab ja keine Eigentümer-Funktion, die die Beschäf-

tigten hätten wahrnehmen können. Am Betriebsergebnis war die Belegschaft nicht beteiligt, ebenso wenig wie an der Leitung und Planung der Betriebe, obwohl es die jährlichen »Plandiskussionen« gab. Meist wurden die Themen der Plandiskussion durch die staatlichen Leiter vorbereitet, vorsouffliert. In der Plandiskussion schlugen dann die Werktätigen »die Themen« im Rahmen der »Gegenplanbewegung« vor, und diese wurden dann natürlich angenommen. Auf diese Weise konnten zig Mark Planerhöhung bzw. Planerweiterung abgerechnet werden, die auf Initiative der Werktätigen (der Arbeiter, der Arbeiterklasse) zustande gekommen waren. »Wieder ein großer Erfolg«, so stand es dann im ND.

Ein praktisches Beispiel aus meinem Betrieb aus den 80er Jahren. In unserem Rechenzentrum standen zwei Großrechner mit je drei EDV-Bedienern. Durch wirkliche Rationalisierungen verkürzten sich die Programmlaufzeiten, und die Auslastung der Rechner sank rapide. Der zweite Rechner lief also höchstens acht Stunden am Tag, stand manchmal sogar einen ganzen Tag. Nur in den Spitzenauftragszeiten, meist am Monatsende, war er einige Tage voll (24 Stunden) ausgelastet. Der Leiter des Rechenzentrums sprach dann mit dem Produktionsleiter, dem Produktionsorganisator, den Schichtleitern: »Was haltet Ihr davon: Man käme doch mit 2 x 2 Bedienern pro Schicht aus, und bräuchte eigentlich nicht 2 x 3, also sechs Leute?« »Klar ginge das«, war die einhellige Meinung, »und für die Spitzenauslastung nehmen wir eventuell Springer aus anderen Schichten«. Der Leiter des Rechenzentrums guckte sich nun eine Schicht aus, es gab eine kleine Vorbesprechung, wieder zwischen Produktions-Leiter, Produktions-Organisator, jeweiligem Schichtleiter und ein oder zwei Bedienern der Schicht: »Kerstin, wie sieht es aus, machst Du den Vorschlag in der Plandiskussion?« Bedienerin Kerstin sagte ja, denn ob nun vier oder sechs rumsitzen bzw. aus der Nachtschicht früher nach Hause gehen – und für die Spitzenzeiten gibt es immer noch Springer aus den anderen Schichten. Außerdem wollte/sollte

Kerstin Bediener 1 werden oder ein Fernstudium aufnehmen, einen leichten Druck gab es also auch. Nun aber der Kracher: 14 Tage vor der Plandiskussion kam der Leiter wieder mehr inoffiziell in einzelnen Pausengesprächen: »Leute, es ist alles abgeblasen, geburtenstarke Jahrgänge kommen, die Datenverarbeitung als aufstrebender Industriezweig der DDR hat von der Staatlichen Plankommission x Lehrlinge mehr zugewiesen bekommen, die müssen untergebracht werden, auch im Rechenzentrum, also wurde in der Dienstbesprechung beim Leiter des Gesamtbetriebes entschieden, pro Großrechner vier Bedienerplanstellen zuzuweisen.« Zusammengefasst: Zuerst gab es sechs Bediener, dann waren wir uns einig, dass eigentlich vier genügen würden, und praktisch wurden es dann acht. Dieser Punkt der Plandiskussion fiel nun aus, Kerstin brauchte nicht vorzutragen.

Zu den Traditionen der Arbeiterbewegung: Das ist schwierig, aber vielleicht sind es nur meine Schwierigkeiten? Als Kind, Heranwachsender erinnere ich Arbeiter, die auf »die mit dem spitzen Bleistift« schimpften und sagten: »Zeige mal Deine Pfoten«, Schwielen oder keine? Arbeitspfoten, Arbeiterhände? Doch das ist wohl nicht gemeint, oder? Am 17. Juni war ich fünf Jahre, so etwas wie: »Jetzt sind wir die SED-Bonzen los. Jetzt wollen wir ›unsere Betriebe‹ übernehmen« – das gab es nicht. Stefan Heym kolportierte die Geschichte, in Schmöckwitz/Grünau hätte damals ein Transparent gehangen: »Wir wollen unsere Ausbeuter wiederhaben«.

1989, 6. Dezember, Kirche in Berlin, Podium: der alte und der junge Hilsberg (SDP, später SPD/Pfarrer), Klaus Staack, noch ein bis zwei Leute auf dem Podium und eine volle Kirche. Die Fragestellung war: »Wie weiter mit der DDR, ihrer Wirtschaft, ihren Betrieben?« Es wurde viel gesprochen, ich habe nur eine Szene behalten. Ein alter Arbeiter, um die 60, Schieber- oder Kanzlermütze. Die Art und Weise, wie er sprach, deutete aber darauf hin, dass er kein ›Vorgesichtlicher‹, sondern wirklich einer aus einem Betrieb war, vielleicht aus einer Klitsche in »Oberschweineöde«: »Unsere Leiter sind

Quatscher und Idioten, unsere Ingenieure sind Nieten, hier müssen Leute aus dem Westen ran, die wissen wie es geht. Unsere Leute haben die Karre in den Dreck gefahren und sind nicht in der Lage, das zu reparieren.« Kein Kommentar jetzt dazu, aber so war die Stimmung.

Vielleicht noch eine Feststellung, Mitte der 60er kannte ich jemanden, einen Arbeiter in einem Metallbetrieb, der absolut nichts von der DDR hielt, aber eines, so meinte er, müsse er zugeben: »Jawohl Herr Chef, sofort Herr Chef, wird prompt erledigt, Chef, klar mache ich, solange bis die Karre repariert ist und wenn es Achte wird, Chef usw. – das gibt es nicht mehr«. Kein Arbeiter brauchte vor seinem sozialistischen Leiter Angst zu haben, und keiner hatte sie, ausgenommen, wenn es politisch wurde, da kannte man die Grenzen, und daran hielt man sich. Das war dann auch ein Problem, wenn sich das umkehrt – doch das ist ein anderes Kapitel.

6. In den Betrieben war es auch ziemlich kuschelig, jedenfalls in manchen. Es war bestimmt einiges möglich, was heute nicht mehr geht. Die DDR war Staat, mal gab es was, mal musste man zahlen, gefragt wurde man nicht. Im Westfernsehen gab es eine bessere, zumindest interessantere Welt. »8, 9, 10 Klasse« – das war der Ruf auf den Massenveranstaltungen der FDJ – ein Vorschreier bejubelte Leistungen und Personen und die FDJ-ler schwenkten Tücher: Das war Klasse in der DDR. Ansonsten gab es zwei Hauptklassen – Arbeiter und Bauern –, und es gab Schichten, z.B. die Schicht der werktätigen Intelligenz – oder gab es noch mehr Schichten, und was waren eigentlich die Handwerker? Solche Fragen galten schon als leicht provokativ. Der Begriff der »herrschenden Arbeiterklasse« – da konnte man auch als Arbeiter nur grinsen, meine ich.

7. Um den 25. Oktober 1989 herum hatte ich ein Grüppchen von Leuten an einem Tisch versammelt, um über die Frage zu diskutieren: Was wäre zu ändern in unserem Betrieb? Themen waren: mehr arbeiten, dafür mehr Geld



und Wege dahin – z.B. durch Verlagerung von Arbeit und Abschaffung von Gammelarbeitsplätzen. Dafür sollten Leute dorthin gehen, wo sie auch gebraucht wurden, z.B. vom Post-Rechenzentrum an den Postschalter, an dem die Leute zeitweise 30 Minuten und mehr in der Schlange standen. Es gab drei Treffen und ein Entwurfspapier an die Betriebsleitung, dann kam die Maueröffnung – und Ende. Wir hatten als Schichtarbeiter Freiwochen. Ein junger Kollege, gerade Facharbeiter geworden, war mit seiner Freiwoche und drei Urlaubstagen ungefähr zehn Tage zum Arbeiten im Westen und kam mit einem Gebrauchtwagen zurück, mit dem er den neuen Lada unseres Produktionsleiters ausstach – klar, die Arbeitsgruppe war beendet.

Vor Streiks hatten alle Angst. Das Land war hoch verschuldet (nicht pleite). Bei Streiks wachsen bekanntlich die Schulden, und am Ende bezahlen »wir« die Zeche, so dachten die meisten. Die SED gab doch jeder (fast jeder) Forderung nach, wofür sollte man eigentlich streiken? Kurz, man hatte Angst, die ökonomische Misere noch zu verschärfen. Die Forderung nach Generalstreik kam, so glaube ich, vom Neuen Forum in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz, wurde aber von den »basisdemokratischen« (?) Strukturen des NF zurückgewiesen. Doch das wissen an-

dere genauer, und dazu gibt es im Domaschk-Archiv und allgemein Einiges an Literatur. Im Westen wurde die Frage nach Streiks, meiner Erinnerung nach, immer wieder, vor allem in den Medien, aufgeworfen. Ging ich in Richtung S-Bahnhof Warschauer-Straße kam mir in dieser Zeit bei Schichtzeitwechseln aus Richtung Oberbaumbrücke oft ein West-Fotoreporter entgegen, dessen Kopf von links nach rechts flog: »Wo wird gestreikt?«, »Wo streikt ihr?«, »Wann wird gestreikt?« Tja, mir sind viele begegnet, die die DDR lieber heute als morgen dem Westen angeschlossen hätten, aber für Streik waren auch die nicht – denn das kostet Geld, und das müssen wir alles mal bezahlen.

Die VL (Initiative Vereinigte Linke) veröffentlichte einige Papiere zu Betriebsräten – nach dem Motto »Gründet Räte in den Betrieben.« Unter einem steht auch meine Unterschrift. Allerdings war mir die Sache schon theoretisch nicht 100-prozentig klar, praktisch noch weniger. Mein »Betriebsleiter« im Teilbetrieb Rechenzentrum (mit 110 Beschäftigten zu Beginn der Wende), den ich seit der Lehre noch aus dem Wohnheim kannte und mit dem ich in einer Seminargruppe studiert hatte, dem ich beim Ausbau und Herrichten einer gesperrten Altbauwohnung geholfen hatte, also ein Kumpel, der fragte mich: »Na, Werner, da musste ja mit Manja und Wolfgang und wem noch meine Bude besetzen – und dann?« »Als Fachberater können wir Dich bestimmt gut gebrauchen – vielleicht wirst Du sogar gewählt?« (Mir war nicht klar, ob es gewählte Organisatoren der Produktion geben, oder ob der »neue Betriebsrat« im Kollektiv leiten sollte.) »Und, Werner, kannst mir noch sagen, was Ihr anders machen würdet?« Es war alles ein Rumgeflachse, der »Chef« war im Oktober/November 1989 oft ähnlich befreit wie die übrigen Leute. Ausnahmen bildeten solche Leiter, die politisch unnötig Druck gemacht hatten, vor allem höhere Ränge. Der schlimmere Verrat war, sich als Leiter den neuen Herren zur Verfügung zu stellen. Als Ende 1990, Anfang 1991 die Herren aus dem Westen einritten, habe ich erst begriffen, wie wichtig es gewesen wäre, jetzt eine selbstbewusste, demokratisch gewähl-

te Leitung aus der Wendezeit (aus der Revolution hervorgegangene revolutionäre Betriebsräte – jetzt kommt es raus, doch ein Roter) zu haben. Andere bestreiten das und sagen, solche »neuen Betriebsräte« wären noch mehr nach der Pfeife der Westherren getanzt. Ich bin da ganz anderer Meinung.

8. Schon vor 1989 habe ich an Aktionen teilgenommen, die mir nicht gefährlich erschienen, z.B. im Rahmen des Olaf-Palme-Friedensmarsches, sowie an Seminaren, Diskussionsveranstaltungen, Bitt- und Soligottesdiensten (z.B. anlässlich der Verhaftungen bei den Luxemburg/Liebknecht-Demos). Dann aber auch am 13. Februar in der Ruine der Dresdener Frauenkirche, am 3./4. Oktober 1989 vor dem Dresdener Hauptbahnhof (ich wollte aber nicht in den Westen), am 4. November 1989 an der Großdemo auf dem Berliner Alex – und im Februar 1990 dann auch an der Demo für den Erhalt einer reformierten DDR. Ich wollte die DDR (nachträglich mit meinen Worten jetzt) »vom Kopf auf die Füße stellen«, dort wieder ansetzen, wo 1968 in Prag aufgehört wurde, also jetzt endlich »demokratischen Sozialismus«. Ich war in der Betriebsgruppe der VL-Berlin aktiv und später bei den »Kritischen GewerkschafterInnen Ost/West« in Berlin bis Mitte 1994.

»Wir sind das Volk«, war die Antwort auf die Medienkampagne der SED, die Demonstranten seien allesamt »Randalierer, Asoziale, Arbeitsscheue«. Nein, »wir sind das Volk«, war die Antwort der Demonstrierenden, und dahinter stand, unausgesprochen, die Frage: »Und wer seid Ihr?»

»Wir sind ein Volk«, kam nach der Maueröffnung, nach dem Kohlschen »Konföderations-Vereinigungspapier« im November, als die Perspektive der »(Wieder-)Vereinigung« real wurde, und war eine völlig andere Orientierung. Die erste Parole orientiert auf eine Umgestaltung der DDR durch das »Volk«, durch die von unten, die bisher von der Gestaltung der Gesellschaft ausgeschlossen waren, dazu gehörte auch die Mehrheit der SED-Mitglieder. Die zweite Parole will eindeutig die »Wiedervereinigung«,

und das hieß »heim nach Deutschland/in die BRD«. Es war praktisch die Forderung der 50er Jahre aus dem Westen: »Freie Wahlen und Wiedervereinigung«, eine gesamtdeutsche, gar europäische emanzipative Perspektive hatte das nicht. Die Demonstranten waren auch mehrheitlich andere. In Leipzig kam dann der Einfluss und das Auftreten der NPD hinzu. Es gab Rufe »Linke aus der Demo raus« und dann auch die physische Hatz auf 16/17-jährige linke Jugendliche aus der Demo heraus. Das ist unvergessen – das waren ganz andere.

9. Das ist eine interessante Frage, zu der ich aus Zeitgründen nichts schreiben kann, daher hier nur so viel: Wer früher K-Gruppler war und jetzt jährlich zum New York-Marathon jettet, hat natürlich seine Grenzen, ebenso der FDGB-Funktionär der zweiten oder dritten Reihe, der jetzt zur Führungsriege der FDGB-Wendegewerkschaften gehörte.

10. Egal wie man renovierte Grundstücke, Urlaubsreisen, höhere Löhne, einen erhöhten Lebensstandard für eine Mehrheitsbevölkerung und die Frage, ob politisch schwache Minderheiten zählen, bewertet – etwas anderes halte ich für wichtig: Im »Nominalsozialismus« gab es Staatseigentum, dieses lässt sich leicht(er) transformieren als Privateigentum an Produktionsmitteln, falls man eine postkapitalistische Gesellschaft anstrebt.

11. Da ich seit 1996 aus pekuniären Gründen zu immobil bin, kann ich das nicht beurteilen.

12. Auch das kann ich nicht wirklich umfassend beurteilen, doch mir fällt dazu die Volkssolidarität ein und vielleicht noch die SED. Die heißt jetzt zwar anders, agiert aber immer noch wie früher.

13. Mit dem Begriff der Arbeiterklasse habe ich Schwierigkeiten. Ich sehe lohnabhängig Beschäftigte, Gewerkschaftsfunktionäre verschiedener Ausrichtung und Gewerkschafts-



mitglieder, eine Arbeiterklasse nehme ich nicht so richtig wahr.

14. Das ist ein Thema für die verschiedenen linken Grüppchen, z.B. in Dresden (doch woanders ist es wahrscheinlich auch nicht besser), die allesamt ziemlich erfolglos agieren – die müsste man dazu befragen. So wie die »Linke« die soziale Frage vernachlässigt, so sind eben auch die Erfolge. Transgender-Themen führen die »linken Hitlisten« an, die soziale Frage ist nicht mehr in den Charts. »Gefahren« und »Dämme« haben immer so einen Geruch von Vergangenen an sich. Doch das meint Ihr nicht mit Eurer Frage, oder? Solche Gefahren sehe ich derzeit nicht, denn nach der Pleite mit Herrn Hitler dürften die Herrschenden nicht noch einmal auf einen solchen Gaul setzen. Noch in den 90ern erwiesen sich Anzeigen in US-Zeitungen, in denen vermerkt war, wie und mit was, z.B. ausgebrochenen Goldzähnen von Nichtariern,

bestimmte deutsche Firmen vor über 50 Jahren Geld verdienten, als äußerst geschäftsschädigend für diese. Das merkt sich. Für Linke oder sich subkulturell links bewegende junge Menschen, vor allem in ländlichen Räumen, sind solche Typen und ihre politischen Organisationen aber wirklich gefährlich und können diesen das Leben schwer machen. Wirkliche Gefahren sehe ich im demokratischen Faschismus, dem die Zukunft zu lächeln scheint und von dem man nicht weiß, ob er vielleicht schon auf leisen Sohlen...

15. Hier in Dresden sehe ich keine – und woanders komme ich nicht hin.

** Werner Jahn, Jahrgang 1948, Berufsausbildung mit Abitur, Studium, Zentraler Rechenbetrieb der DP Berlin, z.Z. in prekären Verhältnissen Radiomacher in Dresden, ab Oktober 1989 Initiative für eine Vereinigte Linke Berlin*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 11/09)

Die DDR als Hemmnis auf dem Weg zum Sozialismus

Antworten von Thomas Klein*

1. Ich war immer davon überzeugt, dass es weltweit eine sozialistische Alternative zum real existierenden Kapitalismus gibt. Dass für Deutschland der »real existierende Sozialismus« in der DDR ein größeres Hemmnis auf diesem Weg zu werden begann als der benachbarte Kapitalismus in den Farben der BRD, war mir seit den 70er Jahren klar.

2. Die DDR als stalinistische Despotie, poststalinistische Diktatur und bürokratische Autokratie verfügte über ein beträchtliches Reservoir an aktiven Systemgestaltern, das weit über die Funktionseliten hinausging. Sie stellten gesellschaftlich eine starke Minderheit dar. Hinzu kam eine Mehrheit von »Mitläufern«, die von diesem System profitierten oder sich in ihm einrichteten, jedoch höchstens eine passive Loyalität zu ihm aufzubringen bereit waren. Aktiver Widerstand und Opposition war (wie in allen Diktaturen) in der DDR bis 1989 eine absolute Minderheiterscheinung. Die (Selbst-)Diskreditierung des Herrschaftssystems ging einher mit der Aushöhlung sogar der passiven Loyalitätsgarantien innerhalb der Mehrheitsbevölkerung und mündete 1989 (explosionsartig) in eine demokratische (antidespotische) Revolution. Die »historische Leistung« von Stalinismus und Politbürokratismus bestand in der weitgehend erfolgreichen Vermittlung des Bildes, ihr System repräsentiere Sozialismus als Realität. Das historische Versagen der linken, sozialistischen, antistalinistischen Opposition besteht in ihrem Scheitern beim Versuch, den Kampf für einen demokratischen Sozialismus als Alternative zum DDR-Politbürokratismus gesellschaftlich zu vermitteln. Meine Einschätzung der DDR hat sich nach 1989 nicht geändert.

3. Die DDR ist 1989/90 nicht zusammengebrochen, sondern das politische System der

SED-Politbürokratie wurde durch eine demokratische Revolution gestürzt. Die DDR war 1989 ökonomisch nicht am Ende, sondern im selbst ausgerufenen Systemwettbewerb zu kapitalistischen Bedingungen auf der Verliererstraße. Die SED war natürlich politisch-moralisch delegitimiert, aber nicht erst 1989. In diesem Jahr kulminierten eine Reihe von (innen- und außen)politischen Faktoren »auf den Punkt«, die gemeinsam den Legitimationsverlust materiell (als Revolution) wirksam werden ließen. Der Satz aus dem express 4/1990 kann als Auswertung der Volkskammerwahlen 1990 durchgehen, ist aber für den Herbst 1989 eher zweifelhaft.

4. Ja (siehe 2.)

8. Ich war damals Mitinitiator der Bürgerbewegung »Vereinigte Linke« und hatte in diesem Sinne einiges zu tun. Der erwähnte Übergang zur Losung »Wir sind ein Volk« drückte sehr wohl eine veränderte Orientierung aus. Diese Veränderung war insofern folgerichtig, als die linke Opposition an der selbst gestellten Aufgabe und an der Nachhaltigkeit der Folgen stalinistischer Zwangsvergesellschaftung (siehe 2.) scheiterte.

** Thomas Klein, Jahrgang 1948, Berlin/DDR, Mathematiker, in der linken Opposition seit Ende der 60er Jahre, in den 70er Jahren an der Humboldt-Uni Berlin und dem Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der AdW der DDR tätig, in den 80er Jahren (während des Berufsverbots nach polit. Haft) als Preisbearbeiter im Möbelkombinat Berlin beschäftigt, 1989 Mitbegründer der Vereinigten Linken, heute tätig als Zeithistoriker.*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 9-10/09)

Sicherheit und Kontrolle

Antworten von Günter Lorenz*

1. Den Glauben, dass die DDR eine wirklich sozialistische Alternative zur BRD darstellte, hatte ich nie. Dazu war es zu offensichtlich, dass eine wirkliche Emanzipation der Arbeiterklasse in der DDR nie stattgefunden hat. Wie sonst wären der Repressionsapparat mit seiner immerwährenden Bespitzelung und der Notwendigkeit der Abschottung nach allen Seiten zu erklären? Allerdings gab es durchaus Errungenschaften, die – im Vergleich zu den Auswirkungen des Kapitalismus in der BRD – besser organisiert waren. Dies gilt von der Poliklinik über das System beruflicher Bildung und Weiterbildung bis zur realen Entlastung für Familien.

2. Für die Menschen in der DDR war dieser Staat eine widersprüchliche Einrichtung. Zum einen organisierte er ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, verbunden mit wesentlich geringeren sozialen Existenzängsten. Auf der anderen Seite erstickten die überbordende Bürokratie, die Bespitzelung und die Einschränkungen bei den bürgerlichen Freiheitsrechten jede wirkliche Emanzipation. Vor allem waren es die ökonomischen Probleme der DDR, die ein höheres Maß an Konsum, aber auch bessere Arbeitsbedingungen (z.B. bei der Arbeitszeit) verhinderten. Meine Einschätzung der DDR hat sich nach 1989 natürlich verändert und dies in mehrfacher Hinsicht:

Durch eigene Anschauung konnte ich nachvollziehen, dass die tatsächliche Lage der Betriebe wesentlich prekärer war, als die aus offiziellen Statistiken erkennbaren Unterschiede zur BRD erahnen ließen.

Viele meiner Positionen, die ich vorher angesichts der Propaganda der Konservativen in der BRD vertreten hatte, musste ich revidieren. »Es ging ihnen ja gar nicht so schlecht«, »billige Mieten«, »günstige Lebensmittelpreise« etc.

– all das waren keine Begründungen, die auf Dauer für die DDR sprachen. Dem standen viel zu viele negative Elemente gegenüber.

Besonders durch den Kontakt mit Leuten aus der Bürgerbewegung lernte ich eine ganze Menge von Einzelschicksalen kennen, die deutlich machten, dass in der Tat die kritischen Leute unter den Verhältnissen der DDR benachteiligt wurden. Das System der Gängelung und Bespitzelung war ziemlich umfassend und lähmte die notwendige Debatte um den besten Weg zu einem menschenwürdigen Leben. Die Rolle der so genannten bürgerlichen Freiheit erhielt durch diese Erfahrung eine wesentlich stärkere Bedeutung für mich als jemals zuvor.

3. Die Gründe für den Zusammenbruch der DDR waren eine Mischung aus ökonomischem Bankrott und politisch-moralischer Sinnkrise. Im Vordergrund stand allerdings aus meiner Sicht die ökonomische Situation und die Isolation durch Veränderungsprozesse im ehemaligen Ostblock. Damit ist gemeint, dass die DDR die Veränderungen im Zuge von Glasnost und Perestroika nicht mitvollzogen hat und auch die damit verbundenen Veränderungen in der Ökonomie des RGW nicht mitvollziehen wollte oder konnte. Es lag daher nahe, dass in der Tat die »konkrete Utopie« der meisten DDR-Bürger die BRD gewesen ist. Schließlich lag sie vor der Haustür und machte Werbung, wenn auch, indem sie die negativen Seiten des Kapitalismus unterschlug.

4. Der Umbruch von 1989 war zumindest eine von weiten Teilen der Bevölkerung getragene Umwälzung der bis dahin bestehenden politischen Verhältnisse. Entscheidend war dabei die Einsicht großer Teile der Bevölkerung, dass es ökonomisch keine realistische Zukunft für die DDR gegeben hat. Dies insbesondere nach

den Veränderungen in der UdSSR und dem übrigen so genannten Ostblock. Für die Bevölkerung manifestierte sich dieser Umstand in der Verschlechterung der Versorgung mit Konsumgütern und in dem mit Händen zu greifenden Mangel an Investitionen in den Betrieben und in die Infrastruktur. Dazu kam die immer stärker gewordene Repression, die das System moralisch in Misskredit gebracht hat.

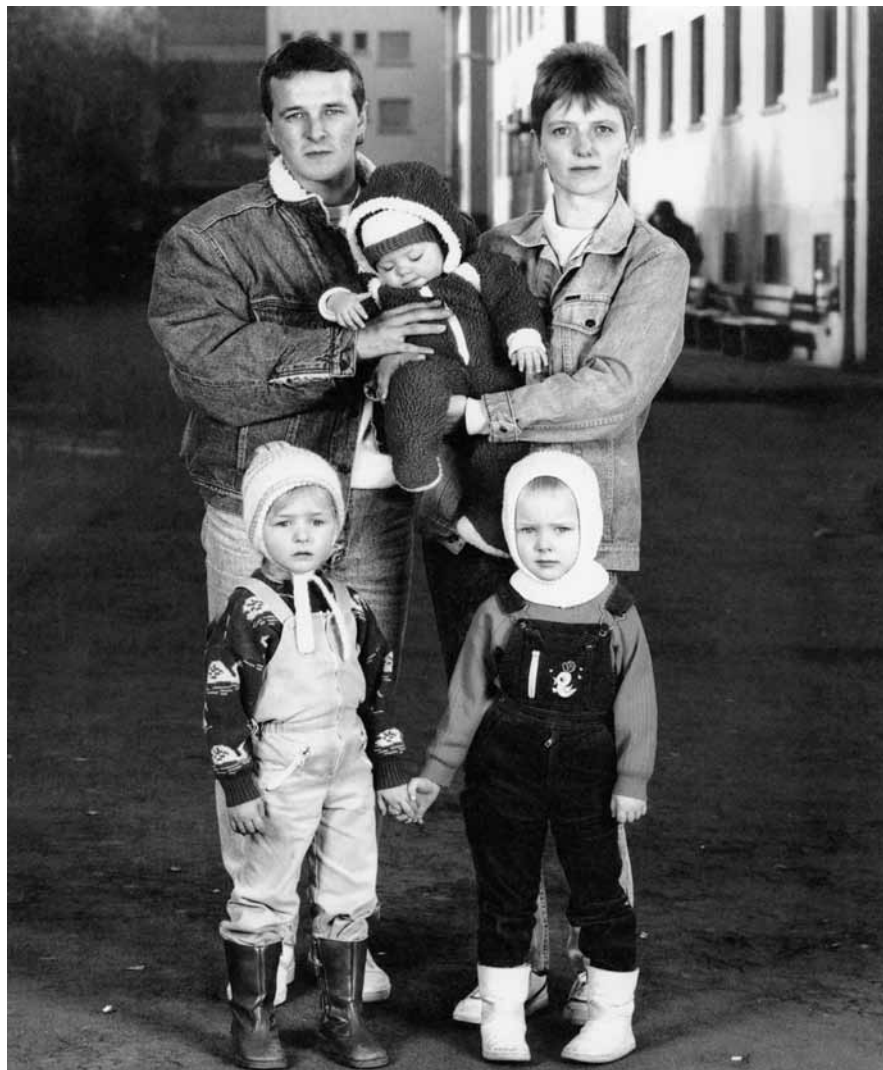
5. Es gab während der Wende verschiedene Phasen der Aktivitäten von Belegschaften: Bis Mitte 1991 war die herrschende Auffassung, dass alles, was aus dem Westen kam, besser war als das, was es im Osten gegeben hatte. Auch daraus ist zu erklären, warum das Bestreben von Betriebsräten vorhanden war, die Betriebe zur Konkurrenzfähigkeit zu bringen. Es hat eine ganze Zeit gedauert, bis den meisten klar wurde, dass die Glücksritter und Pseudofachleute aus dem Westen sich die Filetstücke unter den Nagel reißen wollten – auf Kosten der Belegschaften. Dazu konnte man die eben beschriebene Haltung sehr gut ausnutzen.

Auch die Ergebnisse der ersten Wahlen waren geprägt von dem verbreiteten Spruch: »Wir brauchen jetzt das Kapital«, und: »Die Konservativen können es am besten mit dem Kapital«. Dabei wurde über die Frage des Volkseigentums zunächst sehr wenig nachgedacht. Innerhalb der IG Metall gab es durchaus Vorstellungen, wie der Anspruch der Volkseigentümer zu erhalten gewesen wäre. Im Konzept zur solidarischen Finanzierung der sozialen Einheit mit dem Titel »Aufbauen statt Plattmachen«¹ wurde die Einrichtung eines Treuhand-Vermögensfonds vorgeschlagen, an dem die Bevölkerung der ehemaligen DDR kostenlos eine 50-Prozent-Beteiligung erhalten sollte. Als Entschädigung für 40 Jahre Arbeitsleistung sollten Anteilsscheine am Volks-/Treuhandvermögen ausgegeben werden. Damit sollte auch sichergestellt werden, dass die DDR-Bürger beim Verkauf von Industrievermögen nicht schon wieder leer ausgehen.

Diese Vorstellungen fanden allerdings nur wenig Rückhalt.

Das Verhältnis der Beschäftigten zu ihren Betrieben war geprägt von den Erfahrungen in der DDR. Dabei war der Betrieb nicht nur der Ort, an dem der Lebensunterhalt verdient wurde, sondern auch der Ort, an dem soziale Beteiligung bis hin zum Ferienplatz organisiert wurde. Der Betrieb war also ein zentraler Bezugspunkt für die Identität der Menschen in der DDR. Deswegen war das Thema Verlust des Arbeitsplatzes identisch mit dem Verlust eines Großteils der eigenen Identität. Es gab natürlich auch das Bewusstsein, dass die meisten Betriebe mit veralteten Produktionsmethoden nicht weiter zu betreiben waren. Kulminiert ist die sich ändernde Auffassung der KollegInnen in den DDR-Betrieben 1993 bei der Auseinandersetzung um den Bruch der Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie. Dabei handelte es sich um die einseitige Aufkündigung des vereinbarten Stufenplanes zur Angleichung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen an das Niveau der Metallindustrie im Westen der Republik durch die Arbeitgeber. Da waren die bis dahin mehr als braven Kollegen tatsächlich außer Rand und Band. Sie waren zu Aktionen bereit, die ich selbst vorher für unmöglich gehalten hätte. Hinzu kam in Halle die Tatsache, dass die IG Metall Betrügereien und Machenschaften der Treuhand und von so genannten Investoren offen gelegt hatte. Spätestens ab diesem Zeitpunkt des gebrochenen Tarifversprechens und der Enttarnung der so genannten Treuhänder als Betrüger und Spekulanten wandelte sich das Verhältnis der Beschäftigten zu den Kapitalisten aus dem Westen. Ab diesem Zeitpunkt war den meisten klar, dass sie ausgebeutet wurden. Aber nach dem kurzen Aufflammen 1993 machte sich sehr schnell eine resignative Haltung breit. Versuche, gegen die Politik der Treuhand massenhaften Protest zu organisieren, misslangen, so dass wir gezwungen

1 Vgl. IG Metall Vorstand: »Aufbauen statt Plattmachen. Die soziale Einheit solidarisch finanzieren. Das IG Metall-Konzept zur sozialen Einigung Deutschlands«, Frankfurt 1992



waren, uns andere Formen der sozialen Auseinandersetzung einfallen zu lassen.

Oppositionelle Traditionen der Arbeiterbewegung habe ich ab 1990 nur in Form der Bürgerkomitees und der Reformkräfte innerhalb des FDGB oder der IG Metall/DDR erlebt. Viele von diesen Kollegen waren beteiligt an den Versuchen, dem Sozialismus ein anderes Gesicht zu verleihen. Allerdings waren sie in einer hoffnungslosen Minderheitenposition.

6. Wie schon gesagt, waren die Betriebe ein ganz wichtiger Kristallisationspunkt für die Lebensinteressen der Individuen in der DDR: ein Kollektiv, das vom Kegelbahn- bis zum Theaterbesuch auch den Privatbereich organisierte, Einkaufsmöglichkeiten auf dem Betriebsgelände vom Friseur über die Versorgungseinrichtung bis zum Ferienplatz bot und die Möglichkeit, sich zur Fortbildung freistellen zu lassen, beinhaltete – insofern kam dem Betrieb eine we-

sentliche Funktion zu. Dies drückte sich in einer hohen Bedeutung der Arbeit aus, die in vielen Fällen dazu führte, dass die Beschäftigten trotz monatelang ausbleibender Bezahlung weiter zur Arbeit gingen. Daraus resultierte wahrscheinlich auch die mangelnde Bereitschaft, sich gegen die betriebliche Führung ernsthaft zur Wehr zu setzen.

Die DDR war für die Beschäftigten auf der einen Seite ein Ort hoher sozialer Sicherheit, allerdings nur bei Wohlverhalten und Einverständnis mit einer kleinbürgerlichen Gartenzaugesellschaft. Auf der anderen Seite waren Bespitzelung und Repression allgegenwärtig, und man musste lernen, damit umzugehen. Das brachte natürlich auch bestimmte Formen der Solidarität mit sich.

7. Ich selbst war zwar 1989 nicht anwesend, doch als ich 1990 nach Leipzig kam, wurde mir berichtet, dass die Betriebe bei den Um-

brüchen nur eine untergeordnete Rolle gespielt hätten. Die so genannten »Betriebskampfgruppen« seien bei den Großdemonstrationen auf ein Ausrücken und Kämpfen vorbereitet worden. Auf der anderen Seite gab es mit Sicherheit eine Großzahl von Betriebsangehörigen, die bei den Demonstrationen mitgemacht haben. Man kann aber nicht behaupten, dass die Betriebe der Ausgangspunkt der Umbrüche gewesen wären.

Von während der DDR-Zeit unter Druck gesetzten Intellektuellen wurde im Rahmen der Bürgerkomitees in Leipzig aber auch an die Betriebe gedacht. So wurde ein Bürgerkomitee für die Gewerkschaft gegründet. Die Tradition des Streiks war spätestens seit den Auseinandersetzungen am 17. Juni 1953 zum Beispiel in Halle unterdrückt und nicht mehr vorhanden. Die hohe Bedeutung des Betriebes für die eigene Identität verhinderte die spontane Beteiligung an Streiks. So hatten wir 1990 immer noch erhebliche Probleme, während der Tarifbewegung die Leute aus den Betrieben zu holen, damit sie mindestens mal genügend Geld verdienen, um sich nach Einführung der D-Mark die Waren in den Geschäften auch kaufen zu können.

8. Dazu mache ich als Wessi keine Aussage. Aber geärgert hat es mich schon.

9. Die offizielle Rolle des FDGB war die des Transmissionsriemens der Partei. Von daher war der FDGB nicht nur für die Organisation IGM, sondern auch für viele Beschäftigte diskreditiert. Nichtsdestotrotz gab es natürlich auch betriebliche Widersprüche, die im FDGB eine Rolle gespielt haben. Deswegen gab es 1990 in Leipzig zwei Fraktionen: zum einen die Reformkräfte, die eine Umgestaltung des FDGB betrieben haben, zum anderen die Betriebsräte als Gründung der Bürgerbewegung. Beide Seiten standen sich feindlich gegenüber. Die Aufgabe unserer Informationsbüros war es 1990 in Leipzig, die unterschiedlichen Kräfte zusammenzubringen und zum gemeinsamen Handeln zu veranlassen.

Zumindest in der IG Metall/BRD gab es keine Fusion mit der IG Metall/DDR. Dies war

anfänglich erwogen worden, wurde aber verworfen, nachdem man durch eigene Erfahrung bemerkt hatte, dass der FDGB bzw. die IG Metall/DDR bei den Beschäftigten weitgehend diskreditiert war. Eine nicht ganz unerhebliche Rolle spielte natürlich auch die Frage der ökonomischen Auswirkungen bei einer Übernahme sämtlicher FDGB-Einrichtungen, Ferienheime etc.

In Leipzig gab es ein eigenes Büro der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, das sich wie folgt organisierte: KollegInnen aus den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) bzw. den schon vorhandenen Betriebsräten der größten Betriebe wurden eingeladen, an einem so genannten Beraterkreis mitzuwirken. Dieser Beraterkreis hatte die Aufgabe, die Errichtung von Verwaltungsstellen von vornherein mit Beteiligung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu organisieren. Mit der IG Metall/DDR gab es ab und zu Kontakte, die durchaus nicht immer freundlich waren. Wir haben ganz bewusst auf die betrieblichen Kolleginnen und Kollegen gesetzt. Nur einzelne ehemalige Hauptamtliche der IG Metall/DDR hatten offensichtlich begriffen, warum ihre bisherige Organisation diskreditiert war. Mit diesen gab es Zusammenarbeit. Vornehmlich organisierten wir aber die personelle Unterstützung zum einen mit Helfern aus West-Verwaltungsstellen und zum anderen mit Leuten von den Bürgerkomitees für die Gewerkschaften. Diese Leute und die nach der Wende gewählten Reformkräfte im FDGB bildeten das personelle Rückgrat der IG Metall in Leipzig.

Gelder, vornehmlich Rücklaufgelder (das sind Anteile an den FDGB-Gewerkschaftsbeiträgen, die den Betrieben zur eigenverantwortlichen Verwendung zurückgegeben wurden) in den Betrieben, wurden auf Wunsch der betrieblichen Kollegen in Sachspenden an die zukünftige Verwaltungsstelle umgewandelt oder aber direkt an die Beitragszahler zur Auszahlung gebracht. Die Restbestände gingen dann ein in die Abwicklung der IG Metall-Ost (z.B. in Sozialpläne für die ehemaligen Beschäftigten).



In Halle an der Saale begann ich meine Tätigkeit im Mai 1991. Dort war eine völlig andere Strategie gefahren worden. Ich fand eine Vielzahl ehemaliger Hauptamtlicher der IG Metall/DDR vor, die ihren betrieblichen Kollegen weisgemacht hatten, sie wären aus lauter Idealismus weiterhin für die IG Metall tätig. Unterschlagen hatten sie die für DDR-Verhältnisse mehr als großzügigen Abfindungszahlungen aus dem Sozialplan der IG Metall/DDR. Nach meiner Wahl zum 1. Bevollmächtigten wurde die Personalstrategie komplett umgedreht und wie folgt ausgerichtet: Auch hier gab es die Aufforderung an die nach der Wende gewählten betrieblichen KollegInnen, sich bei der Verwaltungsstelle zu bewerben oder geeignete KollegInnen vorzuschlagen. Diesen KollegInnen wurde im Rahmen der »Kurzarbeit Null« Gelegenheit gegeben, ganz einfach eine Zeitlang mitzuarbeiten, um für sich selbst überprüfen zu können, ob das der richtige Job ist. Ferner hatten die KollegInnen die Gelegenheit, in West-Verwaltungsstellen 8 bis 14 Tage als PraktikantInnen zu arbeiten. Hier war der Hintergrund der Test darauf, ob wirklich eine entsprechende Berufswahl gewünscht war. Aus diesem Personenkreis wurde der Hauptamtlichen-Apparat rekrutiert.

Die Häuser-Frage war aus meiner Sicht ärgerlich, weil zu schnell zugunsten des Ankaufs der Häuser, in denen wir uns befanden, auf Rückübertragungsobjekte verzichtet wurde. Wir hatten aber als Sekretäre und Bevollmächtigte der Verwaltungsstellen keine Zeit, uns intensiver mit dieser Frage zu beschäftigen. Für mich besonders ärgerlich war die Tatsache, dass die erste Bildungsstätte des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bad Dürrenberg mehr oder weniger sang- und klanglos an die Treuhand abgetreten wurde.

Eine einheitliche Strategie der West-Gewerkschaften vor Ort hat es nicht gegeben. Auch nicht bei der IG Metall. Es spielte vielmehr eine große Rolle, welche Vorstellung der jeweilige Bevollmächtigte entwickelte. Meine Vorstellung war zum Beispiel, die Ost-Kollegen selbst in den Apparat der IG Metall zu integrieren und die Chance zu nutzen, einige Fehler aus dem Westen nach Möglichkeit zu vermeiden. Dazu gehörte auch das Verhältnis zwischen Bevollmächtigten und Sekretären und ehrenamtlichen KollegInnen. Die offizielle Strategie der IG Metall in Bezug auf die Tarifpolitik bestand nach Vereinbarung mit Gesamtmetall darin, die Tarifstrukturen aus dem Westen zu übertragen. Dies entsprach weitgehend dem Bewusstsein und den Wünschen der Ost-Kollegen. Bei der Zuordnung von Gebieten und der Bildung von Bezirken setzten sich aber – aus meiner Sicht bedauerlicherweise – vornehmlich die Interessen der West-Bezirke durch. So wurde eine Reihe von gemeinsamen Bezirken gebildet. Bei dieser Frage ging es vor allen Dingen um die Machtinteressen der jeweiligen Bezirksleiter. Andere Überlegungen wie zum Beispiel die Zuordnung zu wirtschaftlich zusammenhängenden Regionen und ähnliches spielten nur eine geringe Rolle. Überlegungen zu etwas Neuem gab es nur auf dem Felde der Tarifpolitik. So wollte man z.B. ein gemeinsames Entgeltsystem für Arbeiter und Angestellte einführen, das angesichts der existierenden Einkommensverhältnisse in der DDR durchaus realistisch erschien. Dies wurde al-

lerdings nach der Vereinbarung mit Gesamtmetall schnell zu den Akten gelegt.

10. Für einen Gewerkschafter ist es offensichtlich, dass in den neuen Bundesländern eine gnadenlose Deindustrialisierung stattgefunden hat. Dem steht vergleichsweise nur wenig Neues gegenüber. Im Übrigen sind die damit verbundene Verarmung und die Abwanderung der Bevölkerung natürlich bei einigermaßen offenen Augen sofort erkennbar. Es fallen die vielen Alkoholisierten in den Innenstadtbereichen, vor allen Dingen an den Kaufhallen, auf, die vielen leerstehenden Wohnhäuser und Wohnblocks etc.

Auf der anderen Seite steht dem ein ziemlicher Sprung bei der Entwicklung der Infrastruktur gegenüber. Bei der Verwendung der im Rahmen der Einheit zur Verfügung gestellten Mittel wurde aber viel zu wenig Wert auf die Entwicklung eigener Steuer- und Finanzkraft gelegt, um die Gebiete langfristig lebensfähig zu erhalten. Ein entscheidender Rückschritt in den neuen Bundesländern ist die Tatsache, dass es so gut wie keine Firma gegeben hat, die in die Hände von ostdeutschen Investoren gelegt worden ist. Es waren ganz eindeutig die Interessen der Westkonzerne, der Spekulanten und Kleinkriminellen, die bei der Vergabe von Betrieben im Vordergrund gestanden haben.

11. Als Wanderer zwischen den Welten erst von West nach Ost, dann von Ost nach West empfinde ich die Bundesrepublik nach wie vor als gespalten. Lebensumstände, kindliche Sozialisationsgeschichten, Wertvorstellungen etc. sind auch nach 20 Jahren ziemlich unterschiedlich. Natürlich gilt das auch für die Lebensverhältnisse, die im Durchschnitt erreicht werden können. Die reichen von ökonomischen Bedingungen bis zu Formen des Zusammenlebens. Ich habe jedenfalls jeweils einige Zeit gebraucht, um mich (wieder) zurecht zu finden.

12. Viele Einrichtungen sind nach der Wende in der Tat nach westlichem Standard geschliffen worden. Es gibt allerdings noch Berei-

che, wo zum Teil positive Dinge überlebt haben. Dies gilt in dem Bereich der Kinderbetreuung, wo seit mindestens 15 Jahren versucht wird, die schlechteren westlichen Standards – sowohl was die Qualifikation der dort Beschäftigten, als auch was die Ausbreitung dieser Einrichtung anbelangt – zu übertragen. An solchen Einrichtungen macht sich für den gelernten Ostbürger eine ganze Menge fest. Die überragende Bedeutung der Datschen zum Beispiel und des Zusammenwirkens der dort Versammelten ist ungebrochen.

13. Bereits der industrielle Kahlschlag hat natürlich in Halle an der Saale zur Abwanderung großer Bevölkerungsteile (ca. ein Drittel der ursprünglichen Wohnbevölkerung) und zu einer Altersstruktur geführt, die einen auf Dauer an der Zukunftsfähigkeit zweifeln lässt. Außerdem hat die Erfahrung des ständigen Arbeitsplatzwechsels und der Unsicherheit natürlich Auswirkungen auf die Organisationsbereitschaft in den Gewerkschaften. Insofern ist die Arbeiterklasse im Osten mit absoluter Sicherheit geschwächt.

14. Dämme gegen neofaschistische Strukturen können nur gebaut werden durch Entwicklung einer Perspektive für die arbeitende Bevölkerung und die Jugend in den entsprechenden Gebieten. Dies bedeutet, dass das Thema Neuaufbau von industriellen Strukturen einen Schlüssel darstellt, um den Neonazi-Parolen Widerstand entgegenzusetzen.

15. Die Frage kann ich schlecht beantworten, da ich die letzten zehn Jahre im Westen verbracht habe. Prinzipiell weiß ich aber aus meinen vorhandenen Kontakten, dass ein Kern des Widerstandes in den Gewerkschaften anzutreffen ist.

** Günter Lorenz ist Hauptamtlicher der IG Metall Darmstadt, war während der Aufbauphase 1990 ein halbes Jahr für die IGM in Leipzig tätig, dann neun Jahre lang bei der IGM Halle Bevollmächtigter.*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 11/09)

Mein kurzer Herbst der Utopie

Antworten von Silvia Müller*

1. 1953 wurde ich geboren und bin aufgewachsen mit Eltern, die sich als politisch »fortschrittlich« verstanden und, getragen von dem Vorsatz »nie wieder Krieg« zu wollen, SED-Mitglieder geworden waren. Aus einfachen Verhältnissen kommend, sahen meine Eltern in der DDR eine Alternative zum »Adenauerstaat«, in dem – wie sie uns drei Kindern stetig vermittelten – noch immer »alte Nazis« in Amt und Würden waren. Wie meine Eltern meinte auch ich zunächst, mich als »brave Schülerin« in der Pionierorganisation und der FDJ für »das bessere Deutschland« ehrlich engagieren zu können. Doch in der Pubertät stieß ich mit meinen kritischen Fragen auf den Zwiespalt zwischen dem formulierten Anspruch der »antifaschistischen sozialistischen Republik« und der realsozialistischen Wirklichkeit. Es war ein lange andauernder Prozess, bis ich in von Heuchelei, Dogmatismus und Karrierismus geprägten bürokratischen und undemokratischen Verhaltensweisen nicht die Fehler einzelner Menschen sah, sondern diese als Probleme begriff, die mit dem Anspruch einer »Diktatur des Proletariats« systemimmanent verbunden waren. Folgerichtig war mein Schritt Anfang der 80er Jahre in die linke Opposition und die unabhängige Friedensbewegung der DDR.

2. Die Fragen sind recht allgemein und abstrakt. Vielleicht darf ich mit Beispielen aus meinem Berufsleben antworten.

1972 begann ich an der Humboldt-Universität Berlin ein Studium »Kulturwissenschaften«.

Neben Vorlesungen in Philosophie und zur Geschichte der Ästhetik, von denen ich viel profitiert habe, wurde dort angelehnt an das Ideal der »allseits gebildeten sozialistischen Persönlichkeit« auch die »sozialistische Kulturtheorie« vermittelt. Ohne intellektuellen Hintergrund in der Familie spürte ich zunächst nur Unsicherheit und dann Unstimmigkeiten zwischen erhabener Theorie und schlichter Realität. Sollte – überzogen dargestellt – wirklich jeder Arbeiter den »Faust« gelesen haben oder auf dem »Bitterfelder Weg« selbst »zur Feder greifen«?¹

1975 unterbrach ich mein Studium und suchte ein Jahr lang als Verzinnerin von Kohlebürsten am Säurebad im VEB »Elektrokohle« Lichtenberg Antworten in der Produktion. Diese Praxiserfahrung hat mir mindestens so viel gebracht wie ein Jahr Studium und war ernüchternd, sowohl die vorsintflutlichen Produktionsbedingungen wie auch den politischen und geistigen Horizont der unterbezahlten Frauen und Männer in den Niedriglohngruppen betreffend. Nach der ersten Diskussion in der obligatorisch von der Gewerkschaft veranstalteten ideologischen »Schule der sozialistischen Arbeit« wurde ich als Nicht-SED-Mitglied zum Parteisekretär bestellt. Der sah in meinen kritischen Meinungen einen Angriff auf die Arbeiterklasse, die den »Stift, mit dem sie Geschichte schriebe«, doch führte, auch wenn die Arbeiter selbst nicht alle politischen Entwicklungen verstanden.

Ebenso ernüchternd war das anschließende Jahr als »Eingabebearbeiterin« beim Bürgermeister des Berliner Stadtbezirkes Weißensee.

1 Der Bitterfelder Weg sollte in der DDR in den 60er Jahren eine neue programmatische Entwicklung der sozialistischen Kulturpolitik einläuten und den Weg zu einer eigenständigen »sozialistischen Nationalkultur« weisen. Diese sollte den »wachsenden künstlerisch-ästhetischen Bedürfnissen der Werktätigen« entgegenkommen. Die Bitterfelder Konferenz am 24. und 25. April 1964 stellte den Kulturschaffenden die Aufgabe, insbesondere die »Bildung des sozialistischen Bewusstseins« und der »sozialistischen Persönlichkeit« zu fördern. Ein Slogan dieser Jahre hieß »Greif zur Feder Kumpel«. (Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Bitterfelder_Weg)

Die dort, im Staatsapparat, Tätigen hatten, wie es in der DDR üblich war, Marx nur in Auszügen gelesen, im Staatsbürgerkundeunterricht, im FDJ-Studienjahr, in Gewerkschaftskursen oder im »Parteilehrjahr« der SED. Sie waren entsetzt und hielten mich für ketzerisch, als ich ihnen in der monatlichen politischen »marxistisch-leninistischen« Schulung offenbarte, dass nach Marx im Kommunismus der Staat, und damit ihre Tätigkeit, abgeschafft würden.

3. Im Sommer 1989 steckte die DDR vor allem in einer tiefen politisch-moralischen Krise. Die staatliche Verlogenheit z.B. der in SED-Medien verkündeten offiziellen Bilanzen stand in krassem Gegensatz zur verheerenden Realität, die sich im Verfall des Landes, der Städte, Betriebe und der Umgangsformen unzufriedener Menschen zeigte. Desolate Zustände, Stagnation im Land und das Gefühl von Vergeblichkeit, Ohnmacht und des ewigen Eingesperrtseins hinter der Mauer führten sowohl zur Ausreisewelle im Sommer 1989 wie zu den Massendemonstrationen und neuen politischen Gruppenbildungen. Zugleich hatte die DDR auf internationalen Märkten bereits ihre Kreditwürdigkeit verloren und war pleite.

Wer kann schon für die »meisten DDR-Bürger« sprechen und noch dazu über deren »konkrete Utopie«? Für die meisten DDR-Oppositionellen galt jedenfalls über die Jahre »Bleib daheim und wehr dich täglich«, denn in der kapitalistischen BRD und einem individuellen Erfolgsanspruch sahen wir keine Alternative zur Veränderung des eigenen Landes. Ein Brief vom 1. Oktober 1989 belegt diese Einstellung auch für andere DDR-Bürger: »Wir engagieren uns im Neuen Forum, weil wir uns Sorgen um die DDR machen. Wir wollen hier bleiben und arbeiten. Wir bitten diejenigen, die sich anders entscheiden, unsere Bemühungen nicht mit dem Ziel einer schnellen Ausreise zu missbrauchen. Für uns ist die Wiedervereinigung kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben. Wir wollen Veränderungen in der DDR.« Auch der von

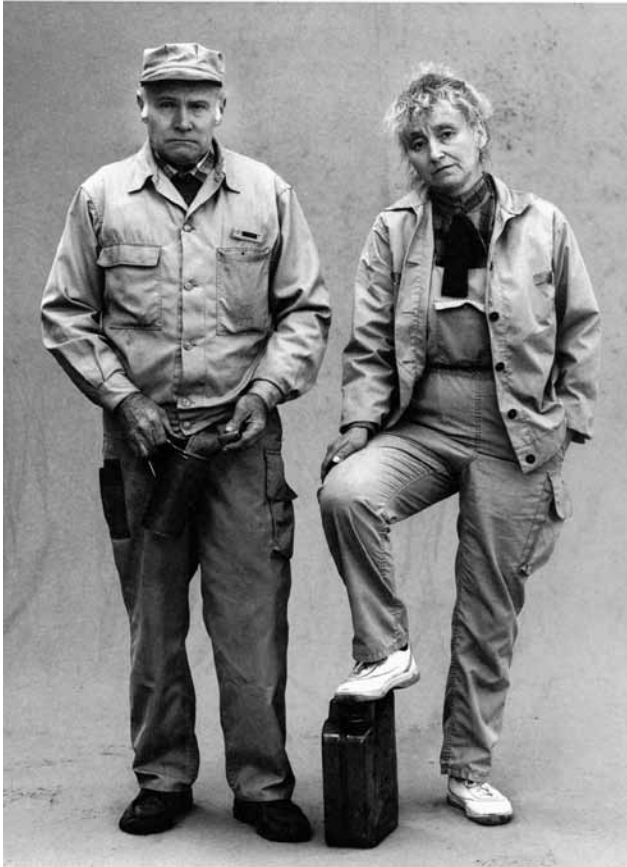
DDR-Schriftstellern initiierte Aufruf »Für unser Land« löste im November 1989 bei über einer Million DDR-Bürgerinnen und -Bürgern breite Zustimmung und ein Nachdenken über eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik aus.

4. Die revolutionierende Wirkung der Demonstrationen im Herbst 1989 war, die Alleinherrschaft der Politbürokratie der SED zu beenden und staatsbürgerliche Rechte zu erringen. Das System, in dem freie und öffentliche Kritik an der Staatspolitik über Jahre mit repressiven Mitteln unterdrückt worden war, erwies sich angesichts der erklärten und weitgehend praktizierten Gewaltlosigkeit bei den Protesten auf der Straße und unter den Rufen »Wir sind das Volk« immer weniger handlungsfähig.

5. Vor Aufruhr in den Betrieben, gar einem Generalstreik hatte die herrschende SED-Politbürokratie 1989 wohl die größte Sorge, denn die Arbeiter in den VEB hätten das ganze Land lahmlegen, viel mehr Druck als Straßendemonstrationen ausüben können. Das war spätestens seit den Kämpfen der polnischen Gewerkschaft »Solidarnosc« klar.

Beim so genannten Volkseigentum handelte es sich ja eigentlich um Staatseigentum. Ebenso wie viele den Staat DDR nicht oder nicht mehr als ihren ansahen, so wurde auch von den meisten das Volkseigentum nicht als Eigentum des Volkes verstanden und behandelt. Die wichtigste Forderung beim Aufbruch in den Betrieben der DDR hieß: Wir wollen nicht weiter von oben dirigiert und organisiert werden. Rücktrittsforderungen ergingen auch an Werkleiter – zumal diese ehemals eingesetzten Verwalter des »Volkseigentums« sich oft besonders schnell auf die neuen Verhältnisse umgestellt hatten und eilig Verhandlungen mit potentiellen Westpartnern für »Joint ventures« führten.

6. In der DDR gab es keine Arbeitslosigkeit und nahezu Vollbeschäftigung. Der Arbeitsplatz war nicht nur der Ort, an dem man seinen Lebensunterhalt verdiente, sondern der zumeist auch die Möglichkeit für Austausch



von Informationen und Erfahrungen, für Kommunikation bot und für viele, trotz aller Einschränkungen, auch mehr oder weniger Integration in ein Kollektiv und dessen Anerkennung bedeutete. Hochqualifizierte Arbeiter und Angestellte wollten eigentlich ihr Wissen und Können für ihre Betriebe einbringen, scheiterten und resignierten aber zunehmend an zentralistischen bürokratischen Strukturen, am ewigen Material- und Ersatzteilmangel, an schrottreifen Maschinen und den allgemeinen desolaten Zuständen. In einem solchen oft zermürbenden Arbeitsalltag, im täglichen Kampf um die Planerfüllung unter katastrophalen Bedingungen erlebten sich die Arbeiter wohl eher nicht als Teil der so propagierten »herrschenden Klasse«, sondern wie auch unzählige Angestellte wohl öfter in einer Kluft zwischen Oben und Unten.

Daran dürfte sich bis heute nicht sehr viel geändert haben, denn in der als Rechtsstaat charakterisierten Bundesrepublik ist das Recht auf Arbeit nicht als Menschenrecht anerkannt. Und 95 Prozent des Volkseigentums der DDR-Betriebe, Immobilien, Grundbesitz, Hotels, Schlösser usw. – sind an westliche Besitzer

übergegangen, was manch Betroffener als entschädigungslose Enteignung um den Preis der eigenen Arbeitslosigkeit interpretiert. Da fühlen sich Arbeitslose wieder »unten« gegenüber dem Geld, das nun »oben« registriert.

8. Wie alle neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989, entstand auch die »Initiative für eine Vereinigte Linke«, die ich mitbegründete, aus dem oppositionellen Milieu der 80er Jahre, in welchem die »sozialistische Idee« in Demokratisierungsvorstellungen einging. Nur war die VL die einzige Gruppe, die sich nicht nur gegen die SED-Politbürokratie stellte, sondern bereits in ihrer »Böhlener Plattform« vor der »Gefahr einer kapitalistischen Restauration« warnte. Wir sahen nicht nur die sozialistische Perspektive der DDR auf der Kippe, sondern fürchteten auch um soziale Errungenschaften (keine Arbeitslosigkeit, kostenlose medizinische Betreuung, soziale Sicherheit und gleiche Bildungschancen). Der »kurze Herbst der Utopie« war die intensivste Zeit meines Lebens. Neben uns Oppositionellen hatten endlich Millionen Menschen ihr Schicksal in die Hand genommen, demonstrierten, schrieben Plakate, Flugblätter, Resolutionen, schlossen sich den politischen Gruppen an oder gründeten Parteien und Verbände, wählten Studenten- und Betriebsräte.

Vor der Opposition und den Massenprotesten musste die Politbürokratie zurückweichen, kapitulierte mit der Maueröffnung schließlich vor dem Westen, wollte aber ihre Herrschaft im Land nicht aufgeben. Mit der offenen Grenze sank zwar die Teilnehmerzahl an den Massendemonstrationen, aber es kamen nicht direkt Wiedervereinigungsparolen auf. Zumindest nicht in Berlin, wo Kanzler Kohl für seine am 10. November vorgetragenen Wiedervereinigungsansprüche von 20 000 Menschen vor dem Schöneberger Rathaus noch ausgepiffen wurde. Am gleichen Tag forderten die sechs neuen politischen Vereinigungen »angesichts der krisenhaften Situation« zu Verhandlungen am Runden Tisch. Als dieser am 7. Dezember begann, war das SED-Politbüro bereits zurückge-

treten, und die Rufe »Deutschland einig Vaterland« waren zahlreicher geworden. Vergeblich versuchten wir von der »Vereinigten Linken« noch am 28. Dezember vom Runden Tisch aus zu mahnen, die Modrow-Regierung vollziehe »die Anpassung an ein System kapitalistischen Wirtschaftens«, bereite die »ökonomischen Fundamente einer Wiedervereinigung« vor, und »am 6. Mai könnten die Entscheidungen bereits gefallen sein – trotz freier Wahlen«.

9. Natürlich machten wir uns in unseren oppositionellen Zirkeln und Gruppen der 80er Jahre auch Gedanken zu Möglichkeiten des Einflusses über gewerkschaftliche und andere gesellschaftliche Kanäle. Ich war z.B. nach meinen Polenreisen 1980 und 1981 stark beeindruckt von der polnischen Gewerkschaftsbewegung »Solidarnosc«. In den vom Ministerium für Staatssicherheit über meine »feindlichen Aktivitäten« angelegten Akten finden sich solche Überlegungen sogar beschrieben. In einem Sachstandsbericht vom November 1981 ist im Stasijargon zu lesen: »Nach Auffassungen der Müller sollen in der DDR in ca. acht Jahren ähnliche Verhältnisse wie in Polen zum Durchbruch kommen. Die Zeit bis dahin soll genutzt werden, um die Menschen ideologisch aufzuklären und eine revolutionäre Situation zu schaffen. Die Müller schätzt ein, dass Ungarn als nächstes Land Polen folgen würde. Der Weg zur Erreichung der o.g. Zielstellung sollte nach Äußerungen der Müller nicht in kleinen Gruppen mit unterschiedlichen Konzeptionen zu suchen sein, sondern in der Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten auf legalem Wege durch Kritik an bestehenden Verhältnissen.«

Nun, es kam wie es kam, legale Möglichkeiten wurden immer wieder beschnitten, und meine »Vorhersage« hatte ich in den zähen acht Jahren wohl selbst vergessen.

Der FDGB war jedenfalls nach den »polnischen Ereignissen« in Hab-Acht-Stellung und in seiner Starrheit und Verkrustung sowieso nicht mit der »Solidarnosc« zu vergleichen. 1989 erwies sich der FDGB als untätig und unfähig zur »Wende«.

10. und 11. Ja, es ist schon erschreckend und bezeichnend, im dieses Jahr vorgestellten »Armutsatlas« der Bundesrepublik Deutschland die geografischen Umrisse der untergegangenen DDR wieder zu finden.

12. Da wurden nach der Wiedervereinigung die gut organisierten Polikliniken der DDR abgewickelt, und die Ärzte mussten Kredite aufnehmen, um sich selbständig zu machen. Inzwischen erweist sich, dass »Ärztelhäuser« doch ihren Sinn haben, aber sie dürfen keinesfalls als Poliklinik bezeichnet werden. Welch ein Irrwitz, Welch eine Verschleuderung von Ressourcen. In allen gesellschaftlichen Bereichen lassen sich solche Beispiele nennen.

13. Ganze Landstriche mit hoher Arbeitslosigkeit verarmen, veralten und verdummen. Die unerwartete Härte der sozialen Existenz belastet nicht nur Einzelne, sondern Familien, Dörfer, Kleinstädte und hat Vereinzelung zur Folge. Arbeit wird zum Job degradiert, und Menschen unterliegen einer systembedingten Orientierung an Geld, Besitz und Konsum bis zur Schnäppchensuche als Zeitvertreib. Demoralisierend ist diese gesellschaftliche Tendenz zum Egoismus und zur Totalität des Konsumdenkens.

** Silvia Müller, Jahrgang 1953, Kulturwissenschaftlerin, aufgewachsen in Ostberlin, seit den 80er Jahren in der unabhängigen Friedensbewegung und linken Opposition, folglich 1984 Berufsverbot als Journalistin, danach Erkrankung und Berentung, 1989 u.a. im Friedrichsfelder Friedenskreis und dessen Redaktion des »Friedrichsfelder Feuermelder«, in der Menschenrechtsgruppe »Gegenstimmen« und im Fortsetzungsausschuss des Netzwerkes »Frieden konkret«, war Mitbegründerin der »Vereinigten Linken« und deren Vertreterin am Zentralen Runden Tisch., Mitarbeit in der Mediengesetzgebungskommission, Medienkontrollrat und Rundfunkrat. Heute lebt sie als weiterhin politisch und künstlerisch engagierte Rentnerin teils in Schweden teils in Berlin.*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 11/09)

Klassen waren künstliche Gebilde

Antworten von Gert Sczepansky*

1. Ich war nie überzeugt, dass die praktische Umsetzung durch die SED erfolgreich sein würde. Unsere Vision war ein Sozialismus ohne Alleinanspruch einer Partei, freie Wahlen, Leistung, die sich lohnt, Meinungsfreiheit und freies Reisen. Den Glauben daran habe ich nach dem 9. November 1989 verloren, als ich die Bewegung der Menschen hin zum vereinten Deutschland erlebte.

2. Die regierungsoffizielle Selbsteinschätzung der DDR und die Wahrnehmung in der Bevölkerung gingen kontinuierlich auseinander. Die Mehrheit hat sich mit der DDR nicht identifiziert, aber man hat sich »eingrichtet«. Meine Einschätzung der DDR als totalitäres System hat sich nach 1989 nicht geändert. Im Gegenteil.

3. Die Gründe für den Zusammenbruch der DDR dürften sowohl ökonomisch als auch politisch/moralisch gewesen sein. Außerdem waren die Rahmenbedingungen wohl ganz günstig (Ungarn, Gorbatschow etc.). Den Satz aus dem express 4/90 kann ich unterstreichen, und meine Enttäuschung darüber spüre ich heute noch.

4. Ja.

5. »Joint ventures« wünschten sich jedenfalls Einige. Die bewusste Wahrnehmung von Volkseigentum war offensichtlich nicht sehr weit verbreitet. Der Versuch, die 17-Millions-tel-Aktie einzuführen, scheiterte jedenfalls. Oppositionelle Traditionen der Arbeiterbewegung habe ich eher nicht erkennen können.

6. Der Betrieb bedeutete für die Beschäftigten einen sicheren Arbeitsplatz, Kollegialität, keine Existenzangst – gleichzeitig herrschte aber allgemeine Unzufriedenheit und das ständige Gefühl, Deutscher zweiter Klasse zu sein.

Vieles war auf Selbstbetrug aufgebaut. In unserem Betrieb haben wir vor allem Maschinen aus dem Westen nachgebaut.

»Klassen« waren künstliche Gebilde, halt SED-Terminologie. In der Realität waren alle mehr oder weniger gleich (bis auf die höheren Parteikader oder andere Privilegierte).

7. In meinem Umfeld (Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz) spielten die Betriebe eine wichtige Rolle. In den Betrieben wurden Unterschriften für die Zulassung des »Neuen Forum« gesammelt. Viele hauptamtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre wurden abgesetzt. Es gab ein großes Interesse an betrieblicher Mitbestimmung. Ich war im Bezirkssprecherrat des »Neuen Forum« u.a. für die Betriebsrätebewegung verantwortlich und kann zur IUG wenig sagen.

Der Aufruf zum Generalstreik war die Einzelaktion eines Mitgliedes unseres Sprecherrates. Die anderen Mitglieder, also auch ich, fanden diese nicht abgesprochene Initiative überzogen, waren wohl auch etwas überfordert und haben uns gegen den Streik (nicht gegen die inhaltlichen Forderungen) ausgesprochen. Vielleicht hat es auch eine Rolle gespielt, dass zwei Mitglieder unseres Sprecherrates inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit waren und natürlich gegen den Streik argumentierten. Heute sehe ich das allerdings etwas anders, aber hinterher ist man eben manchmal klüger. Wenn wir das Ganze durchgezogen und sich die Mehrheit angeschlossen hätte, wäre manches, was die SED betraf, eventuell anders gelaufen. Das ist aber alles sehr hypothetisch.

8. Ich war, wie schon erwähnt, Mitglied des Bezirkssprecherrates des »Neuen Forum« Karl-Marx-Stadt und in dem sechsköpfigen Rat der so genannte »Vorzeigarbeiter«.

Außerdem war ich Mitglied des »Runden Tisches« und für sehr unterschiedliche Sachen zuständig. Nachdem die SED am 9. November 1989 das Ventil geöffnet hatte, gab es für eine große Mehrheit nur noch den Drang zur »Wieder«-Vereinigung. Das war zwar nicht gerade unser Hauptziel, aber irgendwie konnte ich es auch wieder nachvollziehen.

9. Der FDGB war der verlängerte Arm der SED. Für mich hat er keine Rolle gespielt. Außerdem war er ab Oktober '89 für eine gewisse Zeit nicht präsent. Die Beantwortung der Fragen nach Fusion, Strategien usw. würde den Rahmen dieses Interviews sprengen. Ich glaube, es ist darüber auch schon viel geschrieben worden. Wie einige der West-Gewerkschafter die ganze Geschichte angegangen sind, war für mich jedenfalls nicht immer erfreulich. Dies betraf vor allem den Umgang mit dem hauptamtlichen FDGB-Apparat. Eine richtige Strategie gab es meiner Meinung nach gar nicht. Wir (die so genannten Oppositionellen) waren ihnen wohl auch etwas suspekt. Da hat man doch lieber erst mal mit den abgetauchten FDGB-Funktionären Kontakt aufgenommen. Schließlich kannte man sich ja.

Im Großen und Ganzen ging es schon erst einmal um die Übernahme der Mitglieder und um den Aufbau von Strukturen, wie sie im Westen üblich waren. Deshalb hatte Neues wohl auch keine Chance.

Mit dem hauptamtlichen Personal wurde nach meiner Kenntnis sehr unterschiedlich umgegangen. Die ÖTV hat »Alte« übernommen und ein paar »Neue« eingestellt (ich habe im November 1990 bei der ÖTV angefangen), und der Rest waren Westleute. Die IG Metall hat erst mit den Alt-Funktionären zusammen gearbeitet, später aber dann doch neu wählen lassen, und die IG BCE hat, soweit ich weiß, den kompletten Altkaderstamm übernommen.

11. Ich empfinde die Bundesrepublik teilweise noch als gespalten. Im Osten ist man meiner Meinung nach weniger diskutierfreudig, wird der eigene Standpunkt weniger offensiv

vertreten, tritt man bescheidener auf. Es wird zwar nach wie vor die Zweitklassigkeit bedauert (viele fühlen sich als Verlierer der deutschen Einheit), aber man drängelt sich auch nicht in die erste Reihe.

12. Das Bild der Gesellschaft im Osten hat sich relativ schnell dem westdeutschen angepasst, meine ich. Das nachbarschaftliche Leben war ja eher durch die auf Grund der Mangelwirtschaft notwendigen Tauschgeschäfte entstanden. Neben der Individualisierung gibt es mittlerweile doch ein reges Vereinsleben und viele anlassbezogene Initiativen.

13. Ich sehe keine wesentlichen Unterschiede bei den Problemen für die Gewerkschaften in Ost und West. Sicher war die Enttäuschung, dass auch manche Gewerkschaften Versprechen nicht halten konnten, groß und hat zu vielen Austritten geführt, aber mittlerweile sind die Gründe für den Mitgliederschwund meiner Ansicht nach ziemlich gleich.

14. Ich sehe die Gefahren nicht in erster Linie bei den Neonazis. Viel mehr Sorgen macht mir die immer geringere Wahlbeteiligung, die verbreitete und latente Ausländerfeindlichkeit und der Ruf quer durch alle Bevölkerungsschichten nach der starken Hand.

15. Ich sehe und teilweise kenne ich emanzipatorische Kräfte – in Ost, West, Nord und Süd. Es gibt sie. Vielleicht noch zu wenig bzw. nicht gehört, aber vielleicht ändert die derzeitige Krise die Lage. Meine Hoffnung stirbt jedenfalls zuletzt, obwohl auch ich manchmal solche pessimistischen Anflüge habe wie jüngst Eric Hobsbawm.

** Gert Sczepansky, Jahrgang 1950, Dreher, aufgewachsen in Karl-Marx-Stadt, 1989 als Dreher in einem Rationalisierungsmittelbau tätig, Mitglied im Bezirkssprecherrat »Neues Forum«, z.Zt. ver.di-Gewerkschaftssekretär in der Freistellungsphase der Altersteilzeit*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 9-10/09)

Unglückliche Gleichheit

Antworten von Klaus Wolfram*

1. An einen Staat sollte man ja nicht »glauben«, an die Gesellschaft ohne Privateigentum an den großen Produktionsmitteln dagegen bis »zuletzt«. Mir erschien deren »Machbarkeit« nie ausgeschlossen, wohl aber, dass die stocksteife, basisferne und im Grunde unkommunikative Durchführung dieses Ansatzes in der DDR zum Erfolg führen könnte. Seitdem ich politisch denken konnte, war meine Befürchtung, die langfristigen Zerstörer des Sozialismus könnten bei uns die Oberen sein, nicht die Unteren, von denen es vermutet wurde.

2. Die DDR – als Staat und Gesellschaft – war unglückliche Gleichheit. Anfangs, in den 50ern und 60ern, glaubten die Akteure und Funktionäre an diese Gleichheit und die Gesellschaft fügte sich deshalb; dann, in den letzten zwanzig Jahren der DDR, nahm die Mehrheit der Gesellschaft diese Gleichheit beim Wort – und die Funktionäre fügten sich den Lebensansprüchen und Arbeitsformen des Durchschnittsbürgers, solange diese die politische Machtfrage nicht berührten. – Das ging sehr lange hin, bis das so entstandene unglückliche Gleichgewicht 1989 von einer in ihrem Ansatz durchaus emanzipatorischen Bewegung aufgesprengt wurde. Im Verlauf dieser bald wahrhaft gesamtgesellschaftlichen Bewegung kippte schließlich die soziale Grundstruktur unserer Gesellschaft ohne Privateigentum gänzlich um.

Seit Ende der 70er Jahre sah ich die DDR und den osteuropäischen Sozialismus an diesen schweren inneren Spannungen der »unglücklichen Gleichheit« kranken, ohne dass ein mehrheitlich anknüpfungsfähiger politischer Ausweg zu erkennen gewesen wäre. Nicht meine Einschätzung der DDR, sondern die der Opposition hat sich nach und durch 1989 verändert.

3. und 4. Für die mehr oder weniger Unpolitischen trifft der Satz aus dem *express* zu,

für die andere Hälfte der Bevölkerung nicht. Aber auf beiden Seiten gab es keine »konkrete Utopie«.

Die unpolitische Hälfte der DDR-Bevölkerung hat vorher nichts zur Demokratisierung beigetragen und ergriff mit dem Projekt BRD nicht so sehr die Demokratie, als vielmehr die Hoffnung, nun unverändert passiv in die ökonomische und vielleicht auch historische Vorhand zu gelangen – eine naive und insofern reaktionäre Utopie.

Die linke Hälfte der Bevölkerung hatte den Herbst 1989 eröffnet und im internen Ringen der gesellschaftlichen Kräfte ihn auch seit mindestens zwanzig Jahren vorbereitet. Doch als der große Durchbruch kam, war für sie nur noch eine »verzweifelte Euphorie« möglich. Sie hatte so lange mit unzureichenden Mitteln den ökonomischen Niedergang aufzuhalten und die alltägliche Stagnation in Gang zu halten versucht, dass sie nun wie mitschuldig daran aussah und sich auch selbst so fühlte – ihre Utopie war jetzt unkonkret.

Eine Revolution war es dennoch, gleichzeitig aus politischen, moralischen und ökonomischen Gründen, doch ohne Vorblick und ohne Rückhalt, zugleich zögerlich tastend und zwingend vorangehend, wie in einem dunklen Tunnel der Geschichte.

5. Es war leider auch die durchschnittliche Erfahrung der Arbeiter, dass »Unsere« die Betriebe nicht grundlegend zu modernisieren bzw. sie auf einem solchen Niveau zu halten vermochten. Diese Erfahrung nahm ab Dezember 1989 einen politischen Ausdruck an, sei es als passive Zuschauerhaltung oder als aktives Eintreten für die Rekapitalisierung der Betriebe.

Erst in der Stagnation der 80er Jahre, sogar erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre trifft es zu, dass »das erklärte Volkseigentum den Produzenten wenig galt«. Die Betriebe erschienen den Arbeitern und Angestellten immer wieder

nur wie vorgegebene Gegenstände, als Dinge, nicht als Orte ihrer eigenen Lebensgestaltung, nicht als Basis ihrer Gesellschaft. Das hätte der Eigentumsordnung nach und später auch der betrieblichen Praxis nach durchaus entstehen können und ist in einem persönlichen, vereinzelt Sinn auch entstanden. Doch in einem gesellschaftlichen, ein- und durchgreifenden Sinn hätte es dazu einer realen Öffentlichkeit im Lande bedurft. Technische, konsumtive, rechtliche, organisatorische Alternativen waren ja weder erkennbar noch beeinflussbar, sondern hinter dem immer gleichen inhaltsleeren Schema der gesteuerten Medien verborgen. So blieb dem mehrheitlichen Bewusstsein auch das wirkliche Eigentum des werktätigen Alltags verborgen.

Allein im Rahmen des Sozialgefüges DDR betrachtet, hat es diese Option gegeben. Sie ist allerdings in den 70er und 80er Jahren langsam zerstört worden – durch eine merkwürdige irrationale Verwirklichung in einem gesellschaftlichem Raum, der nur eine passive, weitgehend unverantwortliche, unpolitische Individualisierung zuließ. Die soziale Gleichheit blieb – in einem demokratischen Sinn – »unglücklich«, auch als sie im Alltag ergriffen und gegen die staatliche Konstruktion vorangetrieben wurde.

6. Seit den 70er Jahren begann die Klasse, sich in dieser, ihrer Gesellschaft zu langweilen – und die Gesellschaft erstickte an der verstümmelten Klasse. Die Betriebe waren sowohl der Ort der Konzentration, der Emanzipation, der Stagnation und der Depravierung der »Arbeiterklasse«, die bei uns je länger desto eher Arbeiter und Angestellte umfasste. Das Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln erzeugte ein »soziales Kontinuum«, in dem die Betriebe die entscheidenden Knotenpunkte bildeten. Die »Diktatur« kontrollierte und dirigierte diese zwar, war aber selbst den Entwicklungen und Verschiebungen der sozialen Kräfteverhältnisse ausgesetzt, die sich in den Betrieben formierten und durchsetzten.

In gewisser Weise gilt für alle 40 Jahre DDR, dass der »politischen Diktatur« im Staat eine »soziale Demokratie« im Betrieb gegenüber

stand. Seit den 70er Jahren drang die letztere mehr und mehr in den gesellschaftlichen Konsens vor. Diese Erfahrung vor allem beherrscht die heutige Erinnerung.

Man muss aber sehen: Die Gleichheitserfahrung und die Diktaturerfahrung konnten erst nach und durch 1989 deutlich auseinander treten. Bis 1989 waren sie unentwerrbar miteinander verknüpft.

7. Es gab zahlreiche betriebliche Oppositionen, aber ohne Kraft, ohne übergreifende Idee, oft in der Minderheitenposition, sei es, dass diese nun innerbetrieblich oder im wirtschaftlichen bzw. sozialen Umfeld sich artikulierten. Man kann nicht betrieblich für eine ganze Gesellschaftsform streiken, und ein Generalstreik löst kein einziges betriebliches Problem. Hier war, verborgen in der weitgehenden sozialen Gleichstellung der Bevölkerung, das Einzelne und das Allgemeine einer modernen Gesellschaft zu weit auseinander getreten.

Die Bewegung von 1989 setzte von vorn herein als gesamtgesellschaftliche ein, ging also weit über betriebliche Perspektiven hinaus; sie war insofern keine Arbeiterbewegung, sondern Bürgerbewegung.

8. Die erste Haltung drückt genau den – einzig möglichen – Anfang der Bewegung von links aus; das spätere Wort kündigt die nachrückende Bewegung der unpolitischen »anderen Hälfte« der DDR-Bevölkerung an. Als nunmehr gesamtgesellschaftliche Mobilisierung hat sie selbst so noch eine emanzipatorische Dimension: Selbstbestimmung zumindest als Selbstbewegung. Nicht die Orientierung, sondern die Bewegung war hier folgerichtig.

9. Der FDGB war in seiner passivischen, angepassten und durchschaubaren Weise dennoch eine Lebensrealität in der DDR, auch im Betrieb. Für die Opposition hat er meines Erachtens nie eine Rolle gespielt, wie der Betriebsalltag überhaupt seitens der Opposition ausgeblendet wurde. Von einem aktiven gewerkschaftlichen Bewusstsein war 1989 nur noch die

allgemeine Einsicht und Überzeugung übrig, dass der Werktätige im Kapitalismus unbedingt Gewerkschaften braucht. Daraus folgte dann die schnelle Anlehnung an den DGB.

10. Was als Fortschritt gegenüber der DDR erscheint, nennt man heute wohl das »zivilisatorische Niveau«. Die Einbeziehung der DDR-Bürger in die äußeren Lebensbedingungen Westeuropas wäre auch ein Ziel für jedes gemeineigentümliche Deutschland gewesen.

Auf diesem sachlich neuen und höheren Niveau artikuliert sich nun die Erfahrung von weitgehender Enteignung der Lebensformen und Produktionsgrundlagen in Ostdeutschland. Das ist schon für sich genommen ein langwieriger Prozess der vollständigen Umschichtung des sozialen und politischen Sehens, Handelns und Denkens, der obendrein nunmehr im gesamtdeutschen Rahmen stattfinden und in allein altbundesdeutschen Institutionen (politischen, rechtlichen, medialen Verkehrsformen) sich ausdrücken muss.

Das durchschnittliche Selbstbewusstsein der arbeitenden Klassen in der DDR stand (spätestens in den 70er und 80er Jahren) weit höher als seit den 90ern; es war auch größer als jemals in Westdeutschland. Innerhalb der kleinen DDR und vor dem großen Sprung in die Welt »waren wir schon mal weiter« – wir wollten aber alle springen!

11. Es ist ein Staat mit zwei Gesellschaften, zweifellos. Der personale Habitus, den die soziale Gleichheit der DDR im Grundverhalten und Alltag der großen Bevölkerungsmehrheit (auch der DDR-Gegner) verankert hat, ist in der Bundesrepublik nur in einem Konglomerat politischer, ideologischer, ökologischer, mentaler etc. Minderheitspositionen entstanden.

Man kann heute, nachdem zwei Jahrzehnte Lebensgeschichte in und mit gemeinsamen Institutionen daran kaum etwas zu ändern vermochten, wohl auch sagen: Tatsächlich zeigt die ostdeutsche Mentalität in dieser Hinsicht der westdeutschen das Bild ihrer Zukunft...

Es scheint sich nicht darum zu handeln, dass »wir« uns bruchlos ins Gehäuse der alten BRD einfügen, sondern dass wir mit unserem Eintritt

vielmehr dessen Auflösungserscheinungen verstärken.

12. Was es auch sei, wie sehr mit der Zwingburg der Repression auch die Werkstätten der Produktion geschleift wurden, es bleibt eine »andere Gesellschaft«. Ob die Ostdeutschen schneller dazulernen oder die Westdeutschen schneller umlernen werden, wüsste ich heute nicht vorauszusagen. Bisher waren wir jedenfalls schneller.

Nur wer glaubt, es ginge alles so weiter wie bisher, kann meinen, er hätte nichts wesentlich Neues mehr zu lernen. Aber dazu ist das Rad zu groß, das 1989 in Bewegung gesetzt wurde. Wir haben schon mal angefangen.

13. Die Deklassierung, die durch die Deindustrialisierung eingetreten ist, kann – heute – einem Klassenbewusstsein (im weitesten und weiterführenden Sinne) eigentlich nur förderlich sein. Bei uns hat sich die herrschende Klasse noch einmal konkret betätigt, ihren Horizont angezeigt und ihre Handschrift in jedes Leben eingeschrieben. Das vergisst sich nicht.

Die westdeutsche herrschende Klasse hat sich durch diese »Kaufmannsart« der deutschen Einigung allerdings auch unlöslich mit dem sozialen Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung verknüpft. Das könnte noch einmal hilfreich beim gemeinsamen Handeln von unten werden.

14. Es ist eine westdeutsche Dummheit, die ostdeutsche Sozialität (ein sozialgeschichtlich singuläres, neues, weitgehend unbekanntes Laboratorium) anhand dieser ethnologischen Restgrößen zu beurteilen.

15. In den Mehrheiten, wie sie wirklich sind und nachdenken. In keiner bekannten Partei oder Gruppierung.

** Klaus Wolfram, Jahrgang 1950, studierte Philosophie in Ost-Berlin, ab 1977 Berufsverbot, dann Fabrikarbeit, seit 1982 Arbeit als Redakteur, 1989-1993 Arbeit im Neuen Forum, heute Arbeit beim Basisdruckverlag Berlin*

(Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 11/09)

Ganz und gar bei Sinnen

Von Arnold Schölzel

60 Jahre nach ihrer Gründung und 19 Jahre nach ihrem Anschluss an die Bundesrepublik beweist das Geschrei über die DDR: Dort gab es Vernunft. – Beilage in *junge welt*, 7. Oktober 2009

Am 3. Oktober 2009, dem »Tag der Deutschen Einheit«, bauten sich auf dem Berliner Alexanderplatz einige junge Männer vor einem großen Bild des Brandenburger Tores auf, das zu der Ausstellung »Wir sind das Volk« gehört. Sie reckten die rechten Arme zum Hitlergruß hoch, ließen sich so fotografieren und verschwanden nach geraumer Zeit unbehelligt in der Menge.

Zwei Tage später berichtete der Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier in der *tageszeitung* über eine Kontroverse in Jena. Dort wurde 1991 der Karl-Marx-Platz in Peter-Petersen-Platz umbenannt. Peter Petersen galt als »Vater der Reformpädagogik in Deutschland«. Dass er Autor zahlreicher Nazischriften war, wurde »als Bagatelle abgetan« (Ortmeier). Immerhin hielt der Herr z.B. 1944 im KZ Buchenwald Vorträge vor inhaftierten norwegischen Studenten. Sie sollten zum Eintritt in die Waffen-SS bewogen werden. Die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Kindergärten, Schulen und Kasernen oder das öffentliche Auftreten von Neonazis sind nicht entscheidende Aspekte des DDR-Anschlusses von 1990. Die Herbeiführung eines Zustandes, in dem von deutschem Boden kein Frieden mehr ausgeht, sondern mehr und mehr Krieg, oder die Einführung von Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und Straffrenten waren bewusst herbeigeführte, wesentliche Ziele der Einverleibung des kleineren deutschen Staates. Was die Absicht zu Krieg angeht, geben die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 deutliche Auskunft; was die Ökonomie betrifft, genügt es, auf jüngst veröffentlichte Resultate des »Aufschwung Ost«, der offiziell kaum noch so heißt, zu ver-

weisen: In Mecklenburg-Vorpommern wächst jedes dritte Kind in Armut auf, der Abwanderungssaldo ist wieder gestiegen, der Anteil der Hartz-IV-Betroffenen und Niedriglöhner liegt weit über dem Westdeutschlands. Zwischen Deuschtümelei und Anti-DDR-Kampagnen schwankt der verordnete Emotionalismus, der im Osten nur wenig bewirkt außer Langeweile und im Westen seine besten Tage auch hinter sich zu haben scheint. Krise des Kapitals und antisozialistische Propaganda wirken zusammen nicht besonders überzeugend. Die Leier von den »Hinrichtungskellern« (*Die Welt*) des Regimes, das Geschwätz vom »historischen Verbrechen« (*FAZ*), das die DDR dargestellt habe, prägt allerdings den Unterricht in Schulen und Hochschulen.

Eine Begleiterscheinung und Folge dieser nun 20 Jahre andauernden Hysterisierung der DDR-Geschichte sind auch die Benennung von öffentlichen Orten nach verdienten Nazis, Wehrmachtsgenerälen oder wenigstens deutschen Fürstenhäusern und das offene Auftreten von Neonazis. Sie können sich wohlfühlen. Wer nach Alexander Puschkin benannte Schulen wegen »Unbekanntheit« des Namensgebers umtauft oder z.B. die Ostberliner Heinrich-Heine-Schule in ein Devotionalienkabinett für die preußische Königin Luise verwandelt, schafft jenes Milieu, in dem sich der braune Mob willkommen fühlt. Wer gemeinsam mit *Bild* und BND auf »Stasi«-Jagd geht und das als Eintreten für Bürgerrechte und Demokratie verkauft, dem ist – wie die Erfahrung beweist – jedes Mittel recht, das der vermeintlichen Ausmerzungen der DDR dient.

Geistige Verwirrung, politische Resignation und Irrationalismus sind Programm dieser Gesellschaft. Mit einem Land, das »ganz und gar bei Sinnen« war, wie Peter Hacks es ausdrückte, kann sie nichts anfangen. Argumente hat sie nicht, hören und sehen will sie nicht. Dass Vernunft in der DDR war, beweist das Geschrei täglich neu.

Rückblick auf verborgenes Terrain

Diskussion über die DDR und 20 Jahre 1989

Die Vorgeschichte

Wir, Nadja Rakowitz und Edgar Weick von der Redaktion des *express*, trafen uns im Herbst 2009 in Berlin mit Bernd Gehrke, Ursula Schröder und Klaus Wolfram, um über die DDR, 1989 und die Folgen zu diskutieren. Der *express* hatte wie auch die SoZ und der AK überlegt, dass man im Jahr 2009 die Ereignisse des Jahres 1989 thematisieren müsse – anders als die Aufarbeitungsindustrie und der Aufarbeitungsrummel in den Medien und auch anders als z.B. die *junge welt*, für die – wie für ihren Chefredakteur, den Stasispitzel Arnold Schölzel – die Opposition Verrat an der DDR begangen hat. Daraus war ein Interviewprojekt entstanden, das konzentriert war auf Fragen nach dem Betrieb und Gewerkschaft (siehe hier Seite 15-62).

Der Aufhänger für das Gespräch mit den Dreien am 7. Oktober in Berlin war eine harmlose, aber doch so provozierende Frage von Wolfgang Engler:

»Sichtet man heute noch einmal die anschaulichen Dokumente des 89er Herbstes – Fernsichtaufzeichnungen, Dokumentarfilme, Reportagen – begegnet man durchgehend Menschen, die ihre Wünsche und Absichten klar und selbstbewusst zum Ausdruck bringen, die die allgemeinsten Angelegenheiten debattieren und sich dabei einer Sprache bedienen, die ebenso echt wirkt wie die Gefühle und Ansichten, die sie artikuliert. Wo hatten sie das nur gelernt?«

Diese ganz zentrale Frage, die bei all den Jubiläumsveranstaltungen offenbar niemanden interessierte, ist unseres Erachtens die Frage nach den Lernprozessen, nach der Selbstaufklärung, nach den Motiven und Haltungen, die zu Widerständigkeit und zu selbständigem Denken und Handeln geführt haben.

Der Gesprächshorizont

Wir hatten geplant, das Gespräch in vier Schwerpunkte zu unterteilen:

- *Durch welches Ereignis, durch welche Erfahrung seid Ihr aus der gesellschaftlichen Verfassung, in der Ihr gelebt habt und aufgewachsen seid, herausgetreten? Wie weit nebensächlich habt Ihr Euch bewegt? Habt Ihr Euch noch immer innerhalb der Parteiräson bewegt oder das gleich gar nicht erst probiert?*
- *Was waren Eure Lern-Orte: In welchen sozialen Räumen habt Ihr Menschen getroffen, mit denen Ihr Eigenständigkeit, aufrechten Gang unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR gelernt und praktiziert habt?*
- *Was in der DDR oppositionell war, scheint in hohem Maße intellektuell gewesen zu sein: Wie war das Verhältnis dieser intellektuell geprägten Opposition zu der Gesamtbevölkerung? Welche Menschen sind denn eigentlich erreicht worden durch die spezifisch widerständig denkende Intellektualität?*
- *In Euren Texten hat der Gedanke der Gleichheit einen hohen Stellenwert. Bei uns im Westen ist er dagegen aufgerieben, kaum ein Mensch verwendet ihn mehr; allenfalls redet man von Chancengleichheit – und das ist etwas gänzlich anderes als Gleichheit. Gab es so etwas wie eine gelebte soziale Gleichheit in der DDR und – wenn es sie gab – war sie das Fundament für die Lernprozesse, die uns hier beschäftigen? Gab es gelebte Gleichheit als Fundament für selbstbewusstes politisches Handeln und ist das ernst genommen worden? Und wie wirkt dies noch heute nach?*

Schlüsselerlebnisse

Ursula Schröder: Ich habe in einem Modeinstitut als Farb- und Textildesignerin gearbeitet und war eine »normale DDR-Bürgerin«. Bei allen Leuten, die ich kannte, war eine kritische Haltung sowieso vorhanden, denn sie waren unzufrieden damit, dass sie eingesperrt waren und nicht jeder sagen durfte, was er wollte. Öffentlich gezeigt habe ich das zum ersten mal nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, als meine Freunde, Arbeitskolleginnen und ich zur tschechischen Botschaft gegangen sind und wir uns solidarisch erklärt haben mit den Leuten in Prag. Ich vermute, dass mir und meinen Freunden nichts passiert ist, weil wir nicht in der Partei waren. Nachdem mein Sohn 1983 in den Knast kam, weil er Friedensparolen gesprüht hatte, hat mich das weiter bestärkt, die DDR kritischer zu sehen. 1989 wurde ich von Jutta Seidel mit dem *Neuen Forum* (NF) bekannt gemacht; Klaus Stützner und ich gehörten zu den Ersten, die den Aufruf des NF unterschrieben.

Bei mir waren es weniger Orte als Menschen, die zwar nicht sofort Aktivitäten ausgelöst, aber einen Prozess in Gang gesetzt haben. Dass ich keine Scheuklappen hatte und über das *Neue Deutschland* (ND) hinaus schauen konnte, hat damit zu tun, dass ich Freunde und Kontakte in den Westen hatte. Z.B. hat mich Götz Hillig mit Literatur und Kunst aus dem Westen versorgt: mit Max Frisch, Dürrenmatt etc., bis zu Wolfgang Leonhard, Klee und Kandinsky usw. Mit diesen Freunden, zu denen Edgar gehörte, habe ich mich (oft verbotenerweise) getroffen, und von ihnen andere politische Gesinnungen kennen gelernt. In der DDR hat mich z.B. Götz Berger, der Rechtsanwalt von Havemann, immer unwahrscheinlich beeindruckt. Er hatte Berufsverbot in der DDR, war immer ein geradliniger Kommunist und hatte immer – in jedem Gesellschaftssystem, also auch nach der »Wende« – zu leiden. In der Wendezeit waren es Jutta Seidel, Sonja Schröder und Kerstin Schön und das Neue Forum usw., bei denen ich gemerkt habe, dass man auch mal nicht so brav

dahin leben, sondern auch was mittun könnte. Alle, die ich kenne und die 1989 maßgeblich beteiligt waren, wollten die DDR reformieren, nicht den Anschluss an die BRD. Sie wollten es besser machen und vielleicht den wirklichen Sozialismus.

Klaus Wolfram: Meine Eltern waren Theaterleute und auf die eine oder andere Weise Sozialisten. Meine Familie hat zur DDR gestanden, aber die Auseinandersetzungen über den »Osten« waren immer präsent. In meiner Umgebung hatte man nichts gegen die DDR, sondern im Gegenteil etwas dafür.

Mir wurde die DDR beim Studium ab 1970 schon etwas rätselhafter. Ich merkte dass der Marx und der Marxismus, den man uns dort verkaufen wollte, nicht zur DDR passte und versuchte während des Studiums, alle bekannten Dissidenten und Sozialismuskritiker zu lesen. 1973 fand ich dann beim Genossen Trotzki Klartext. Damit konnte man die Russische Revolution verstehen und auch, wie sie aus dem Ruder gelaufen ist. Mit der Lektüre Trotzki's hatte ich den Boden der Wirklichkeit berührt, was zugleich den gesellschaftlichen Ausstieg bedeutete. Ich habe dann Kampfgefährten gesucht und ein Jahr nach dem Studium eine Gruppe gegründet. Anfangs meinte ich, dass wir noch im Hochstalinismus lebten. Erst durch die Arbeit der Gruppe und später durch die Arbeit in der Fabrik habe ich begriffen, dass das längst nicht mehr der Fall war. Dennoch war der Ausstieg aus der Normalität oder aus dem gesellschaftlichen Grundkonsens radikal und hart.

Bernd Gehrke: Ich bin dagegen nicht in der Welt der Funktionäre aufgewachsen, sondern in einer Welt, in der man dem politischen Regime in der DDR mit Selbstverständlichkeit distanziert bis feindlich gegenüberstand: der Arbeiterschaft in Ostberlin. Die tickte sozialdemokratisch und gesamtdeutsch. Unser Bürgermeister hieß Willy Brand, den in Ostberlin kannte man gar nicht – so war das bei allen in meiner Schulklasse an der Grundschule. Meine Politisierung erfolgte in mehreren Schüben. Ein Grunderlebnis war



das Verbot der Beat-Musik und Beat-Gruppen durch das 11. ZK-Plenum im Jahr 1965. Am 7. Oktober habe ich deshalb zum ersten Mal an einer Spontan-Demo von Jugendlichen in Berlin gegen diesen Beschluss teilgenommen. Im Jahr darauf sind mein Kumpel und ich verhaftet worden, weil ich eine so genannte Beatles-Jacke anhatte, und wir haben dann die Polizei von innen kennen gelernt. Das Resultat war meine erste oppositionelle Politisierung, emotional war dieses Erlebnis mit der Polizei sehr prägend. Zugleich sind mir durch das 11. Plenum aber auch Namen verbotener Intellektueller bekannt geworden, die ich vorher nie gehört hatte und die für mich wichtig wurden, wie z.B. Robert Havemann und Wolf Biermann. Die Prägung nach Links erfolgte durch die Jugendbewegung im Westen, die mich als 17-jähriger beeinflusste und wo in meinem Umfeld die APO-Literatur des Westens unter der Hand zirkulierte. Deshalb hatte ich schon als 17-Jähriger Trotzki in der Hand – egal, was ich davon verstand –, Isaac Deutscher mit der »Unvollendeten Revolution«, Wolfgang Leonhard, Buber-Neumann usw. Das

alles waren später bis in die 80er Jahre hinein Eintrittskarten in die Opposition.

Als am 2. Juni Benno Ohnesorg erschossen wurde und ich die prügelnden Bullen im Westen sah, wusste ich: Bulle bleibt Bulle – ob Ost oder West. Von diesem Tag an war die »Äquidistanz« zu beiden Systemen völlig klar. Dass ich mich zur Opposition zugehörig fühlte, stand für mich seitdem fest, aber ich hatte zunächst den klassisch reformistischen Blick: in die SED eintreten, die richtigen Positionen besetzen, immer ein bisschen kritisch diskutieren und dann würde man eines Tages auch in der DDR so etwas Ähnliches erleben wie den Prager Frühling. Allerdings haben wir aus dem auch gelernt, dass es das nächste Mal ein internationaler Prozess sein müsste, nicht nur einer in einem Land, in das dann die Panzer reingehen können. Doch an der Uni in Leipzig, wo ich politische Ökonomie studiert habe, hat man nichts gelernt, wenn man nicht selbst schon irgendwo in anderen Zusammenhängen kritisch zu denken gelernt hätte. Und nach dem Studium kam eine weitere Grunderfahrung hinzu, die ich als Haupt-

amtlicher bei der FDJ machte, als ich sah, dass dieses System intern militärisch organisiert war. Deshalb wurde für mich eine selbständige Organisation der Linken immer wichtiger.

Menschen und Orte

Edgar Weick: Kannst Du, Klaus, das näher differenzieren, nach Menschen und Orten in Eurer Gruppe? Es gibt einen großen Gedanken eines Bildungstheoretikers, mit dem ich mich viele Jahre beschäftigt habe: »Bildung ereignet sich im menschlichen Gegenüber.« Die Aneignung von theoretischem Wissen alleine bestärkt einen Menschen noch nicht in dem, was er als Mensch menschenwärts gedacht und auf eine menschliche Zukunft hin gerichtet sein könnte; er kann im Kopf noch so gescheit sein, noch so viel gelernt haben, Bildung entsteht erst in der Begegnung, in diesem menschlichen Gegenüber. Vor diesem Hintergrund beschreib doch bitte noch einmal, was Ihr in der Gruppe gemacht habt, die bei Dir immer nur als Gruppe erscheint, aber für mich noch kein Profil und kein Gesicht und keine menschliche Wärme hat. Was waren das denn für Leute?

Klaus Wolfram: Die Mitglieder unserer Gruppe kannten sich zwar schon aus dem Studium, konspirativ wurden wir aber erst danach, als wir das, was wir selbst ahnten oder selbst suchten und selbst fanden, nicht mehr jeden Tag und jede Nacht diskutieren konnten. Dann hatte das aber gleich diese prinzipielle oder – polizeilich gesprochen – staatsfeindliche Dimension. Wir wollten alles herausfinden, was diese Gesellschaft zusammenhielt bzw. in den Abgrund führte. Dabei musste man aufs Spiel setzen: die Karriere sowieso, evtl. die Familie, man konnte im Knast landen oder vielleicht hätte es sogar noch schlimmer kommen können.

1977 wurden wir dann von der Stasi hochgezogen. Es kamen die Verhöre und dann wurde zu unserer großen Überraschung klar, dass die Stasi alles wusste – alles. Einer aus unserer Gruppe hatte uns verraten. Das hatte keiner er-

wartet, aber wir hatten Glück: Es gab ein paar Berufsverbote für die Mitglieder der Gruppe. Man wollte uns offensichtlich keinen Prozess machen, denn dann hätten sie auch den Spitzel auffliegen lassen müssen. Und das wollten sie nicht, weil sie ihn noch brauchten. Das war der eine Grund, und der andere Grund war, dass es die Zeit nach Biermanns Ausbürgerung und vor Bahro war. Sie wussten, dass Bahros Buch schon drüben gelandet war und in ein paar Monaten ziemlich Bambule machen würde. Da wollten sie sich nicht noch einen Prozess mit mehreren Jugendgruppen leisten. Also haben sie uns einen Kompromiss angeboten: Sie sperrten die Gruppe nicht ein und wir sollten damit aufhören. Und das war für uns dann die Frage: Hörte man damit auf oder nicht? Bei dreien oder vieren ging es in anderen Gruppen weiter.

Mir war am wichtigsten die Lehre über den Staat und die Gesellschaft, die nach meiner Ansicht darin steckte. Ich hatte vorher immer abgestritten, dass die Stasi uns so aufmerksam bespitzelte; mein Argument war, dass es viel zu teuer sei, für jede Gruppe junger Leute so ein Theater zu machen. Wenn also tatsächlich so gut aufgepasst wurde, wie in unserem Fall, dann hatten die Arbeiter oder die so genannten einfachen Leute völlig recht, dass sie keine Oppositionsgruppen gründeten. Dann mussten wir, die die Opposition so ernst meinten, es anders machen. Es konnte dann nur irgendwie halblegal in Zwischenformen gehen. 1979 lernte ich dann diese Bürgerrechtsopposition kennen, die es heute noch gibt. Die arbeiteten in dieser Halblegalität: Entweder waren sie im Kirchenraum oder sie nahmen ganz andere Themen auf wie Ökologie, Frieden, AKW, Stadtteilarbeit usw. Das schien mir die Antwort der Realität auf unser Problem zu sein.

Für alle aus unserer Gruppe – wahrscheinlich auch für den Spitzel, nur mit einem anderen Vorzeichen – war die Gruppe selbst eine Befreiung und ein prägendes Erlebnis, das bis heute die Grundlage für das politisch-moralische Leben oder Selbstgefühl ist. Wir haben damals schon sehr viel Solidarität, viel stilles Einverständnis, Mitmachen, Versteck überneh-

men usw. erfahren, so dass man sich völlig aufgehoben fühlte.

Die nächste entscheidende Erfahrung machte ich dann in der Fabrik, die ich als einen Freiraum erlebt habe. Die Kollegen wollten wissen, wie ich dort gelandet bin. Dass ich dahin aus politischen Gründen »verbannt« worden war, war ihnen klar, und dass ich ein Roter war, haben sie auch gemerkt und hatten nichts dagegen, da ich nicht als Doktrinär dahin kam, sondern als Ausgeklinkter. Und dann gab es dort Diskussionen während der ganzen vier Jahre, die ich dort war. In der Montage fragte mich z.B. ein Kollege: »Was bist Du?« »Philosoph.« »Was biste, Psychologe?« Ich: »Nein, Philosoph.« »Was ist das denn?« »Na ja, Marx und Politik und so.« »Ach so«, sagte er, »dann haste immer feste mitgelogen!« Das war Klartext, von Anfang an.

Nadja Rakowitz: Wenn Du sagst, Du bist in der Fabrik in einen Freiraum getreten, dann scheint also die Fabrik so ein Ort gewesen zu sein, nach dem wir gefragt haben.

Klaus Wolfram: Was von heute aus oft voreilig als DDR-feindlich geschildert wird, würde ich eher so übersetzen, dass der Abstand, die Kritik an der offiziellen DDR in der Fabrik immer da war. Die Kollegen waren alle der Meinung, dass das nicht funktionierte und dass das nie auf diese Weise funktionieren würde. Und sie wollten gerne richtig arbeiten und dachten: »Wir verschwenden so sowohl etwas vom Volkseigentum als auch von unserer Lebenszeit. Was soll denn das alles? Wieso kriegen die das nicht hin?« Und politisch dachten sie genauso. Wenn man sich für rationelles Wirtschaften, für tatsächliche Pressefreiheit und eine reale Einmischung der Bevölkerung in die politischen Grundsatzentscheidungen aussprach, konnte man das einfach in einem ganz normalen Gespräch mit den Kollegen tun.

Und der Parteisekretär im Betrieb war natürlich auch ein ganz anderer Typ als der, den ich in der Uni kennen gelernt hatte; der wusste, was hier geht und was hier nicht geht. Und Arbeiter hatten sozusagen die innerbetriebliche

Macht; die langjährigen Facharbeiter wussten z.B., dass man auf sie nicht verzichten kann. Das war überhaupt kein Vergleich zu dem, was ich vorher kennen gelernt hatte. In so einem verdeckten Parteistitut wurde bestenfalls mal auf dem Gang getuschelt oder man konnte sich mit der Sekretärin halbwegs offen unterhalten.

Nach meiner Ansicht waren das alles – ich weiß nicht, ob das so falsch benannt ist – basisdemokratische oder vopolitische demokratische Verhaltensweisen, die am Arbeitsplatz stattfanden, die im Gerangel mit den jeweiligen Leitungen stattfanden, die in der Familie und mit anderen Familien stattfanden.

Bernd Gehrke: Ich würde das gerne korrigieren. Alles, was Klaus vorher gesagt hat, vor dem Betrieb, sehe ich ziemlich ähnlich. Wenn Ihr uns befragt, habt Ihr die Marginalien der Marginalien vor Euch, von dem, was dann Opposition wurde und was dann viel typischer war für '89. Wir sind nämlich von der Ausnahme der Bürgerrechtsbewegung, Friedensbewegung usw. noch mal die Ausnahme. Die gesamte Opposition war aber eine Marginalie der DDR-Gesellschaft. Das darf man nicht vergessen. 1989 war ein wirklicher gesellschaftlicher Aufbruch.

Ich würde der Erzählung von Klaus widersprechen, weil 1989 vor allen Dingen darin bestand, dass das für die Mehrheit dieser Menschen auf den Straßen der *erste* Schritt war, dass sie *das erste Mal* politisch gehandelt haben. Sie hatten das meines Erachtens eben nicht schon im Betrieb erprobt. Der erste Schritt zur Revolution war das Verlieren der Angst. Edgar hat ja nach dieser Erzählung nicht zufällig die Frage in den Raum gestellt, ob man im Betrieb als Freiraum gelernt hat, sich als Bürger zu verhalten. Und das eben würde ich bestreiten: Erstens hatte ich persönlich ganz andere Erlebnisse. Ich kenne den Typus, den Klaus schildert sehr wohl, mein Vater war so einer, aber das ist meines Erachtens schon ein sehr günstiges Ausnahmeerlebnis gewesen. Ich war jahrelang Heizer, habe aber auch vorher schon gearbeitet. Beim Studentensommer in Leipzig waren wir immer in der Braunkohle, ich habe auf dem Bau

gearbeitet, weil ich Elektromonteur gelernt habe. Ich denke, das typische war, dass man über alles rasonieren konnte, meckern insbesondere, aber das überschritt nie eine Grenze. Die Gesellschaft hatte gelernt, dass bestimmte Grenzen nicht zu überschreiten sind. Das sind genau die Grenzen, wo es praktisch wurde oder wo es kollektiv wurde.

Wenn z.B. mehrere Leute etwas vortrugen, dann gab es in der Regel gleich Ärger. Selbst bei relativ harmlosen Sachen: Wenn z.B. vier Leute ihre FDGB-Bücher auf den Tisch schmissen, wurden die dann – das wissen wir jetzt im Nachhinein auch aus den Akten – jahrelang von der Stasi unter Kontrolle gehalten. Darum würde ich dem Eindruck des Freiraums, als Bürger zu handeln, völlig widersprechen. Den Akt der offenen Debatte, des offenen Widerspruchs, das ist schon die Rebellion. Das ist dann etwas anderes.

Klaus Wolfram: Das sind doch zwei verschiedene Dinge: die offene Debatte und der offene Widerspruch. Die Debatte wurde aber geführt. Wenn Du Dich im Betriebsalltag, also gegenüber der dort vorhandenen Hierarchie, gegenüber Deinen Kollegen, gegenüber den reichhaltigen Missständen und gegenüber dem, was mit der großen Landespolitik da so an Themen reinschwappte, wenn Du Dich also in diesem Betriebsalltag offen und klar und relativ sicher gegenüber Deinen Kollegen links und rechts und vorne und hinten verhalten kannst, dann ist das zwar deshalb noch keine demokratische Gesellschaft, aber ein demokratisches Betriebsklima.

Bernd Gehrke: Nein, nicht demokratisch. Da würde ich gerade widersprechen.

Klaus Wolfram: Mit dieser Rede vom Bürger kommt da irgendetwas durcheinander.

Bernd Gehrke: Das ist ein wichtiger Punkt, denn demokratisch heißt ja vor allem kollektiv. Was die Atmosphäre in solchen Räumen gekennzeichnet hat, war aber das Individuelle. Die einzige soziale Macht, die sie hatten, war, Überstunden zu verweigern. Klar, sie konnten nicht entlassen werden und – gerade die Facharbeiter

– sie wussten, was sie wert sind usw. Das ist ein wichtiger Punkt. Aber das Gegenbild, das Klaus angelegt hat, war die Erfahrung der Akademie. An dem gemessen stimmt es, aber das kann man in jeder Gesellschaft machen. Und Du müsstest ja den Maßstab einer produzierenden Gesellschaft anlegen.

Klaus Wolfram: ... du konntest bremsen, du konntest den Plan auch so erfüllen, wie du wolltest – leicht übertrieben gesagt.

Bernd Gehrke: Ja, vielleicht bei Euch, aber wenn Du am Band gesessen hast und z.B. genäht hast, dann konntest Du das nicht. Das ist aber ein großer Teil der DDR-Arbeiter insbesondere, die am Band gesessen haben. Du müsstest schon genau hinschauen: Geht es um einen Handwerker, der sozusagen die individuelle Gestaltungsmacht hatte oder haben die Arbeiter »in Leistung«, also Akkord gearbeitet etc. Es gab natürlich solche Residuen, in denen so etwas möglich war, aber das war nicht das typische.

Nadja Rakowitz: Ist Klaus' Erfahrung ein zufälliger Sonderfall oder ist das für die DDR verallgemeinerbar. Unsere Frage war ja: Wo sind diese Orte, wo man Rückgrat hatte, selbstbewusst aufgetreten ist und solche Debatten führen konnte? Dass man dann 1989 in einer bestimmten historischen Konstellation politisch agierte, ist ein neuer Aspekt, das ist unstrittig. Aber vorher muss man ja dieses Rückgrat gehabt haben. Und die Frage ist: Wo haben sie das her? Wo haben sie das gelernt?

Lass uns noch mal bei Deinem Beispiel mit den Näherinnen bleiben. Es gibt diesen schönen Dokumentarfilm von Volker Koepp über die Näherinnen in Wittstock¹ und ich finde, der zeigt genau diese selbstbewussten Menschen, von denen Klaus spricht – obwohl die am Band gesessen haben. Du bekommst in diesem Film, der zu DDR-Zeiten gemacht worden ist, genau diese selbstbewussten jungen Frauen förmlich »vorgeführt«. So ganz haut Deine Beschreibung, Bernd, deshalb nicht hin. Ich würde aber



gerne auch noch Ursula fragen, die Klaus vorhin zugestimmt hatte bei seiner Schilderung des Betriebsalltags, so schien es mir.

Ursula Schröder: Ich sehe diesen Widerspruch überhaupt nicht so, auf den Ihr hier gekommen seid. Ich habe nie richtig in der Produktion gearbeitet, nur wochenlange Praktika gemacht. Und ich war auch keine Widerständlerin, sondern brave DDR-Bürgerin. Aber kritische Dialoge oder Gespräche mit mehreren hat man geführt – natürlich unter relativ gleich Gesinnten. Das konnte Familie sein, das konnten Kollegen sein, das konnten Freunde sein, das konnte auch in der Fabrik sein. Und da hat man, wenn Ihr so wollt, das Rückgrat gestärkt bekommen in dem, was man an kritischer Haltung entwickelt hatte.

Edgar Weick: *Vorhin ist die Bemerkung gefallen: '89 haben die Menschen die Angst verloren. Was ist dem voraus gegangen? Ich bleibe noch mal bei dem Begriff der Orte oder sozialen Beziehungen der Menschen, mit denen man verkehrt ist: Wo hat man vor 1989 schon Angst verlieren können? Dein Beispiel, Klaus, macht für mich deutlich, dass es auch in den Betrieben*

Möglichkeiten gegeben hat, mehr oder weniger ohne Angst mit den Anderen zu reden, Kritik zu äußern, teilzuhaben an dem, was Gesellschaft ist. Und wenn der Betrieb ein Ort war, an dem Angst, die an anderen Orten eine größere Rolle hätte spielen können, so nicht präsent war, dann ist einiges von der Angstfreiheit, die Du vorhin an Deinem Beispiel geschildert hast – das würde ich jetzt als Beobachter von Draußen sagen – im Sommer 1989 auf der Straße zu sehen gewesen. Gibt es da eine Beziehung? Das ist unerhört wichtig. Gibt es eine Beziehung zwischen der Erfahrung von Angstfreiheit im Betrieb zu der Angstfreiheit, die man dann praktiziert hat in Leipzig auf der Straße?

Klaus Wolfram: Nach meiner Ansicht: Ja.

Bernd Gehrke: Das ist genau der Punkt. Das hat sich erst im Herbst 1989 entwickelt. Das ist nicht etwas, was man voraussetzen kann, sondern das ist genau das, was den Aufbruch ausmacht. Leute rannten los durch den Betrieb und sammelten plötzlich Unterschriften fürs Neue Forum. Ich würde gerne noch mal bei den gleich Gesinnten einhaken: Die trafen sich dann in der Kirche, wo sich die Opposition traf. Dort lernten sie sich überhaupt erst mal riechen und kennen: Wem kann man vertrauen? Das ist für mich der entscheidende Punkt. Genau da kippt die Situation. Wenn man sich mit gleich Gesinnten unterhalten kann, dann ist das noch etwas anderes als Demokratie. Das haben wir unter vier Augen gemacht, vielleicht in einer Brigade, wo man sich wirklich gut verstand, aber man konnte es nicht in der Öffentlichkeit machen, sondern eben nur unter gleich Gesinnten. Und was das ist, ist ja individuell auch unterschiedlich. Aber je politischer es wurde, umso komplizierter wurde es. Und das ist der Punkt, um den es mir geht.

Vor 1989 gab es keinerlei Tradition kollektiven Widerstands in der DDR mehr – und zwar seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Individua-

1 Vgl. die Dokumentar-Filme über Wittstock von Volker Koepp

lisiertes, politisch atomisiertes Verhalten war meines Erachtens genau das Prägende, was sich z.B. daran abzeichnen abmessen lässt, dass es in den 50er Jahren pro Jahr noch 160 Streiks gegeben hat, wo man auch noch vors Betriebsrat rannte, selbst wenn der Streik defensiv war. Aber in den 80er Jahren hat niemals auch nur ein DDR-Arbeiter irgendwo einen Streik erlebt, denn es gab vielleicht pro Jahr noch zwei und daran waren dann vielleicht drei Leute beteiligt. Aber das typische des DDR-Konfliktregels war das individualisierte Konfliktmanagement: Entweder hat man den Betrieb verlassen, hat sich hochgekündigt wegen Lohn- oder Arbeitszeitfragen wie Schichtarbeit usw. Oder man hat eine Eingabe geschrieben. Die Eingaben wurden anfangs noch kollektiv geschrieben und dann nur noch individuell am Küchentisch. Das ist das prägende am DDR-Betrieb, dass diese Tendenz über Jahrzehnte hinweg ins Atomisierte geht und nicht in die Richtung des Kollektiven-Demokratischen im Betrieb.

Ursula Schröder: In Bezug auf Widerstand...

Bernd Gehrke: Ja, jetzt müssten wir darüber reden, was Demokratie im Betrieb ist: nämlich Widerstand – der Logik nach sozusagen. Was würdest Du denn darunter fassen in Bezug auf Deine Arbeitsstelle?

Klaus Wolfram: Nach meiner Ansicht siedelt Bernd das immer zu hoch oder zu tief an. Diese – wie Du es jetzt genannt hast – Individualisierung, ist richtig beschrieben. Aber was entsteht denn, wenn Jeder in der gleichen Situation, mit dem fast gleichen Einkommen, mit denselben Sorgen, mit derselben Distanz oder Kritik zur offiziellen Gesellschaft, mit denselben Problemen, die seine Kinder in der Schule mit der doppelten Sprache haben, wenn das jeder Einzelne hat? Dann entsteht in Wahrheit eine unwahrscheinliche Gleichheit in Haltungen, in Anliegen, in Themen – und das ist die Vorbereitung für den Schritt von '89. Und das setzt Du, Bernd, dann wieder herab und sagst: »Da haben sie ja nicht richtig gestreikt«. Ja, aber sie haben

das Betriebsklima bestimmt und der Werkleiter hatte mehr Sorgen wegen der Belegschaft als wegen der Plankommission, wo er schon wusste, wie er die unterläuft. Aber er wusste nicht, wie er die Leute dazu kriegen konnte, wenigstens den halben Plan zu erfüllen. Nach meiner Ansicht legst Du da ein zu einfaches Raster an. Das ist Englers Frage: Wieso konnten die das **plötzlich**? Das heißt nicht, dass sie es gestern konnten, aber sie **konnten** es plötzlich. Und sie haben es vorher im individuellen – wie Du sagst – Gespräch, durch das ganze Land, jeder fast mit jedem haben sie es geübt und gelernt – und gekonnt. Dem politischen System nach ist das zwar Spätstalinismus, aber eben schon völlig marode. Unsere Oberen konnten ja auch nicht mehr durchgreifen.

Bernd Gehrke: Ich habe atomisiert gemeint

Klaus Wolfram: Das ist ja noch schlimmer. Die Leute wussten alles, verstanden alles, sagten einander alles, und Du nennst sie atomisiert, nur weil sie erst gemeinsam und gleichzeitig loslaufen wollten.

Bernd Gehrke: Politisch atomisiert, in der Tat; und mit individualisiert meine ich die persönliche Ebene, auf der noch kein öffentliches kollektives Gespräch stattfindet. Das war meines Erachtens die prägende Atmosphäre.

Nadja Rakowitz: Halten wir das fest als gegensätzliche Einschätzung zwischen Klaus und Bernd über die allgemeine Stimmung in der DDR.

Bernd Gehrke: Ich habe auch ein anderes Interesse, auf die Sache zu gucken: Wieso hat die Entwicklung, die so freudig und selbstbewusst begann, einen solchen Ausgang genommen? Ich glaube, dass eine der wichtigen Voraussetzungen des Ganzen ist, dass wir 1989 historisch vor etwas völlig Neuem für Selbstorganisationsprozesse standen, was immer heißt kollektive Selbstorganisation gerade der Arbeiterschaft, der man ja jede Tradition sozialdemokra-

tischer, sozialistischer, anarchistischer, kommunistischer Selbstorganisation systematisch ausgetrieben hatte. Und inzwischen hatte man es mit einer neuen Generation zu tun, die sich nicht einmal an den 17. Juni 1953 erinnerte. Erst ab 1987 gab es wieder erste kleine Ansätze betrieblicher Opposition. Da möchte ich Klaus sehr widersprechen: Ich will anschauen, wie klein die Anfänge waren. Da haben sich drei, vier im Betrieb – so wie wir in den 70er Jahren – mit politisch hohen Dingen beschäftigt und haben z.B. angefangen, mit dem Parteisekretär um die Wandzeitung zu kämpfen. Auf dem Niveau begann das zunächst. Und keineswegs: Weil schon immer eine Brigade da war usw., hat sich das spontan in die Breite entwickelt.

Nadja Rakowitz: Können wir noch mal zur Gleichheit zurückkommen?

Klaus Wolfram: Da muss jetzt noch Frage 3 dazukommen. Diese Opposition war und blieb isoliert. Es waren nicht viele, vielleicht 3 000 Leute, mit Umfeld vielleicht 15 000. 99 von hundert Oppositionellen waren der Meinung: »Die Anderen sind Spießer und da bewegt sich nie 'was, und das bleibt hier ewig so.« Dieser Meinung war ich nie. Und ich bilde mir heute noch ein, dass sich das durch '89 auch bestätigt hat. Diese Erfahrung habe ich aus der Fabrik mitgenommen, woanders hätte ich die auch gar nicht machen können. Das heißt also: Die politische Opposition blieb isoliert bis zu dem Funkenübersprung vom Herbst '89. Aber in der Mehrheitsbevölkerung fand eben das statt, wonach Engler fragt.

Und dann müsste die Frage so weitergehen: Warum ging denn das? Nach meiner Ansicht waren das alles, wie schon gesagt, basisdemokratische oder vopolitische demokratische Verhaltensweisen, am Arbeitsplatz stattfanden.

Edgar Weick: Was Du jetzt noch mal zusammenfasst, hat ja eine Schwelle überschritten: Diese sich entwickelnden – und man sollte es nicht auf die Goldwaage legen, sondern so verstehen, wie Du es auch verwendest – demokratischen

Formen, die sich alltagskulturell entwickelten, haben im Frühjahr/Sommer '89 einen Schritt in die Öffentlichkeit getan. So lange es eine demokratische Kultur, eine aufgeklärte und kritische Kultur, eine Kultur der Angstfreiheit in den Nachbarschaften und in den Betrieben und wo immer auch war, aber nicht an die Öffentlichkeit getreten ist, musste die herrschende Partei keine große Angst davor haben. Sie konnte das mit Unbehagen registrieren, aber musste keine Angst haben. Zum politischen Machtkampf ist diese Entwicklung in dem Augenblick geworden, in dem die Straße der Ort dafür war, wo auf der Straße, in Demonstrationen, in vielfältigen Formen der Manifestation das, was eine nichtöffentliche Kultur produziert hat, zu einer öffentlichen geworden ist. Und das ist ein unerhört wichtiger Schritt, der wichtig ist für die Frage: Wo haben die das gelernt? Das, was sie gelernt haben, wird öffentlich demonstriert.

Klaus Wolfram: Irgendwer musste den Anfang machen, das war damals Leipzig. Aber warum sind die damit durchgekommen? Weil derselbe Druck im ganzen Land war und weil er nicht nur im ganzen Land war, sondern weil er auch in der Partei war. Und dann ist es ein großer Unterschied zu allen osteuropäischen Ländern, dass in dieser kleinen DDR die Leute überall auf die Straße gegangen sind, bis in Dörfer hinein. Das war flächendeckend. Und da haben wir sie wieder, die gleiche Situation und die lange Vorbereitung usw. Und woher wussten die denn alle, wie man sich selbst organisiert? Sie wussten es nicht, sondern sie spürten es, weil sie in einer unpolitischen Form vorher schon so gelebt hatten.

Bernd Gehrke: Na ja. Das ist jetzt ein Problem von Form und Substanz. Natürlich muss eine Substanz vorhanden sein, und vielleicht erinnerst Du, Klaus, Dich ja auch, dass wir noch 1989 zu dem Thema eine eher umgekehrte Debatte hatten. Es war für mich immer klar: Sobald die Bevölkerung nur merkt, dass die da oben einknicken, steht sie innerhalb von wenigen Tagen auf der Straße. Das war immer gegen

alle anderen meine Überzeugung. Es ist dieser Gedanke, an den Klaus anknüpfen will. Diese Ansprüche waren immer da, aber ich glaube eben, genau das ist nicht Demokratie. Das ist demokratischer Anspruch. Demokratie ist eben, wenn die Leute selbst aktiv werden und wie das funktioniert haben sie im Herbst '89 gelernt.

Klaus Wolfram: ... aber innerhalb von Tagen!

Bernd Gehrke: Ja, selbstverständlich. Das ist ja kein Widerspruch.

Klaus Wolfram: Wieso ist das kein Widerspruch?

Bernd Gehrke: Kommen wir noch mal zur Öffentlichkeit. Frag doch mal nach der Betriebsöffentlichkeit, wie lange das gedauert hat, bis die sich entwickelt hat. Da siehst Du sofort, dass sich die spontane Massendemonstration an das angelehnt hat, was in der Gesellschaft schon da war – nämlich an die Opposition, die im Umfeld der Kirchen agierte, Montagsdemos in Leipzig, Friedensgebete etc. Das war der Fokus, um den herum alles kreiste. Und ab November – einzelne Ausnahmen gab es vorher – entwickelte sich auch etwas in den Betrieben. Und daran siehst Du, dass es eine Suchbewegung war, die ganz am Anfang stand. Es waren kleine Minigruppen, jeder Betrieb machte etwas anderes, es gab keinerlei Tradition. Alles war nur individualisiert. Wenn später eine überbetriebliche Koordination zustande kam, dann auf der regionalen Ebene – und überall in anderer Form. Weil eben das, was Demokratie dann ausmacht, dieses kollektive Moment, erst gelernt werden musste. Das ist der Unterschied, warum ich von individuellem und atomisiertem Verhalten spreche, weil es eben keine politischen Kulturen von Arbeiterbewegungen mehr gab, die man im West-Fernsehen sehen konnte und die als SPD registriert wurde.

Das ist aber ganz etwas anderes, ob man etwas im Fernsehen sieht oder selbst machen soll. Das ist der Punkt, auf den ich hinaus will.

Edgar Weick: Ich sehe den Unterschied zwischen Euch beiden darin, dass Du, Klaus, in den Blick nimmst einen länger zurückreichenden lang anhaltenden Lernprozess in verschiedenen Kulturen, betrieblichen Kulturen, Nachbarschaftskulturen, wo auch immer, jedenfalls einen längeren Lernprozess, der einen Höhepunkt und eine Explosion erreicht im Jahr '89. Während für mich bei Dir, Bernd, der Eindruck entsteht, dass da plötzlich etwas passiert ist.

Bernd Gehrke: Nein, nein. Ich habe extra gesagt, dass es ab '87 eine Trendwende gibt. Das ist eindeutig durch viele Beispiele belegt. Wenn Du aber auf die betriebliche Ebene schaust, ist die Entwicklung dort eben nicht aus dem Ruder gelaufen – wie die Herrschenden befürchtet haben. Wir hatten im Mai die ersten Gewerkschaftswahlen auf der Abteilungs-Gewerkschaftsebene, also auf der unteren Ebene, noch nicht auf der BGL²-Ebene. Das war erst danach. Da sieht man schon, dass kritische Kollegen anfangen, sich wählen zu lassen und dass sich etwas verändert hat. Dann kam das Sputnikverbot 1988³ und dann wurde die Kommunalwahlgeschichte 1989 breit diskutiert usw. Da gibt es schon Entwicklungen. Aber das ändert nichts daran, dass das Grundproblem bestand, dass DDR-Bürger (die in den 80er Jahren aufgewachsen sind) niemals gelernt hatten, sich kollektiv zu wehren.

Gleichheitsanspruch oder gelebte Gleichheit?

Edgar Weick: Wollen wir die letzte Frage noch einmal aufgreifen? In welcher Weise hat die-

2 BGL: BetriebsGewerkschaftsLeitung

3 »Sputnik« war eine kleinformatige Zeitschrift, die die Sowjetunion im Spiegel ihrer Presse darstellte. Nach dem Machtantritt Gorbatschows wurde sie in der DDR zur Informationsquelle über Glasnost und Perestroika in der SU und entsprechend nachgefragt. Das Politbüro beschloss 1987, den Vertrieb in der DDR einzustellen.

ser Topos der Gleichheit, der für das Selbstverständnis der DDR einen hohen Stellenwert hatte – wie immer er auch eingelöst war – eine Bedeutung für diese Prozesse? Er gehörte sozusagen zur ideologischen Grundausstattung. In welcher Weise hatte soziale Gleichheit in der Realität eine Entsprechung oder ist sie bloße Ideologie geblieben?

Und warum messen bis auf den heutigen Tag politisch-mental Menschen aus dem Osten dieser Kategorie der Gleichheit eine viel höhere Bedeutung bei als Menschen im Westen? Etwas ist hier offenbar gelebt worden, für das es keine West-Erfahrung gibt. Dadurch ist der Begriff der Gleichheit auch nach wie vor eine Scheidelinie – zwischen Ost und West. Und wenn jetzt also soziale Differenzen aufbrechen zwischen Ost und West, ist der Gedanke der Gleichheit sozusagen der Maßstab. An verlorener Gleichheit wird die gegenwärtige Realität gemessen.

Klaus Wolfram: Richtig.

Nadja Rakowitz: ... und Demokratie. Der Begriff Demokratie wird im Westen inhaltlich eher mit Freiheit und Rechtsstaat gefüllt, und im Osten mehr mit Gleichheit. Das zeigen heute noch Studien selbst bei Jugendlichen, die gar nicht mehr in der DDR aufgewachsen sind. Ich glaube, dass das man das auch im Gespräch mit den Leuten oft noch heraushören kann.

Edgar Weick: Wenn man jetzt noch einmal zu der Ausgangsfrage nach dem Lernen zurückkehrt, dann hat man offenbar hier mit diesem Topos der Gleichheit auch etwas politisch Bedeutsames gelernt, was bis auf den heutigen Tag nachwirkt.

Klaus Wolfram: Ich würde sagen, damals wurde viel davon geredet, da wollten wir es aber nicht sein – gleich. Aber nach '89 haben wir gemerkt: Wir waren es. Oder: Wir merken es noch. So ist der Zusammenhang. Und vor '89 war – mit Abstand betrachtet – das Grundproblem, dass die Erfahrung immer gemischt war. Die Erfahrung sozialer Gleichheit gab es schon

ansatzweise, auch Gespräche darüber. Damit meine ich nicht »die da Oben«, die bloß was erzählten, sondern die wirkliche Erfahrung. Die war aber immer untrennbar und deshalb in gewisser Weise auch undurchschaubar mit der Diktaturerfahrung vermischt. Und die Trennung tritt erst im Nachhinein ein. Man konnte es nur mit einiger Theorie auseinander halten – damals. Was sinnvoll ist an dem System und ob das nun zwingend mit dem anderen Quatsch und der ganzen Verschwendung, der Irrationalität, der Stagnation und der Lüge zusammenhängt oder nicht, das war schwer auseinander zu halten. Deshalb hätte man damals auf Deine Frage geantwortet: Davon reden *die* doch bloß. Wir sind nicht gleich und wir wollen es auch gar nicht sein. Wir wollen endlich mal richtig bezahlt werden für unsere Arbeit und das kann ruhig auseinander gehen. Aber im Nachhinein merkt man nun: Wir waren aber gleich. Wir sind als Personen miteinander umgegangen und nicht als Wertträger und nicht als Vermögensleute. Wir waren nicht so berechnend wie der normale Westler usw. Da ist der Unterschied. Jetzt, im Rückblick und auch in der täglichen Erfahrung, im gesellschaftlichen Umgang – wenn man mit den Landsleuten aus dem Westen zu tun hat, spürt man das ziemlich bald, und wenn man es mit unseren zu tun hat, spürt man es auch – kann man es unterscheiden: die Diktaturerfahrung, die ewige Stasi-Debatte, und die Lebenserfahrung, die man wirklich gemacht hat. Der würde ich schon das Gütesiegel geben, dass es eine weitaus höhere, weit intensivere Form sozialer Gleichheit war, als man sie in einer westlichen Gesellschaft kennen lernen kann.

Ursula Schröder: Nichts dagegen zu sagen. Dem kann ich nur voll zustimmen.

Bernd Gehrke: Ich würde gerne noch einen anderen Aspekt hinzufügen. Dieser Unterschied von Ost und West gründet auch darauf, dass es eine völlig andere Sozialstruktur gab. Zwei Aspekte fallen unter den Tisch. Wenn man Ost- und West-Deutschland vergleicht, dann halte ich das Vergleichen der Durchschnitte – um dem wirk-

lichen Funktionieren in der DDR auf die Spur zu kommen – für ungenügend. Aus zwei Gründen: Auf der Basis der relativen Gleichheit in der DDR werden andere Unterschiede relevant. Wenn wir die DDR diskutieren wollen, dann gibt es eben intern andere Ungleichheiten, die nur nicht die sind, die mit dem westlichen Maßstab gemessen werden. Und was man dabei wieder vergisst: Wenn wir die DDR ernsthaft mit dem Westen vergleichen wollen, dann können wir nicht die Bundesrepublik als Ganzes nehmen, sondern müssen uns eine Sozialstruktur aussuchen, die ähnlich jener der DDR ist. Bei uns waren bis 1989 immerhin 56 Prozent der Beschäftigten Arbeiter und kleine Angestellte. Das hatte West-Deutschland in der Sozialstruktur schon ein Stück weiter gekurbelt. Und wenn man jetzt einen wirklichen Vergleich machen will, dann müsste man auch die analogen Sozialstrukturen anschauen. Ansonsten ist es klar, dass die Bourgeoisie und das massenhafte Kleinbürgertum, das in dieser Form in der DDR gar nicht mehr existierte, natürlich ein relevantes Gewicht in der westdeutschen Gesellschaft haben. Wenn Du den DDR-internen oder Arbeiter-internen Problemen auf die Spur kommen willst, dann musst Du darauf achten. Das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein, weil sonst immer die Durchschnittswerte gegeneinander gesetzt werden ohne Gewichtung.

Edgar Weick: *Das heißt, was jetzt in der Erinnerung an DDR-spezifischer Gleichheit noch fortwirkt und fortlebt, bezieht sich auf eine Realität, die es gar nicht gegeben hat. Oder? Das heißt, die Erinnerung ist ein Konstrukt. Die geschichtliche Erfahrung schnurrt zusammen auf etwas, was einem viel wert war und blendet aus, was es daneben auch an Ungleichheit gegeben hat und dadurch bekommt das Zusammenschnurrt eine Dimension, die es in der historischen Realität nicht hatte, aber bedeutsam ist für die Erinnerung an diese Realität.*

Klaus Wolfram: Ja, aber warum sagst Du dann dazu, dass es nicht so war? Das war eben das wesentliche. Das ist, was Ihr vorhin immer et-

was theoretisch – wie ich finde – als Lernprozess beschrieben habt. Der fand an *der* Stelle statt. Nicht die Diktaturerfahrung war in den 70er und 80er Jahren das Entscheidende für die Mehrheitsbevölkerung – obwohl die immer da war. Sie war insofern da, als sie das Widerständige immer unter der Grenze des Öffentlichen gehalten hat. Aber sie war nicht das Entscheidende. Der Wachstums- oder Findungsprozess, der eigentliche Lebensprozess oder von mir aus auch der »Lernprozess« fand anhand dieser Gleichheit statt. Dass der Eine zu dem Anderen fand, dass die Meinungen dann immer freier ausgesprochen wurden, dass man sich verbündete im Betrieb usw. Und jetzt, wo die ganzen Nebensächlichkeiten abgefallen sind, da nimmt man das wahr, an welchem Stab man sich eigentlich aufgerichtet hat. Der Ausdruck, dass man sich an etwas erinnere, was gar nicht so war, gefällt mir nicht.

Bernd Gehrke: Die Frage ist, was an Substanz vorher da ist und was dann gelernt werden muss für das praktische Verhalten.

Nadja Rakowitz: *Ja, die Frage ist, von welcher Substanz man da zehren kann. Aber da seid Ihr, Bernd und Klaus, Euch eben nicht einig. Diese Differenz sollte man festhalten*

Bernd Gehrke: Ich glaube, der Dissens ist ein anderer. Es muss ja etwas da sein, was abrufbar ist. Das ist ja nicht die Frage. Z.B. ein Gleichheitsanspruch, ein demokratischer Anspruch.

Nadja Rakowitz: *Bernd, Du sprichst von Anspruch und Klaus davon, dass das gelebt und praktiziert worden ist.*

Bernd Gehrke: Ja, das ist der Unterscheid. Das betrifft aber nur die Form, nicht die Substanz.

Edgar Weick: *Das ist doch substanziell, in hohem Maße substanziell.*

Volker Braun

Das Verschwinden des Volkseigentums

*Achtlos saßen wir darauf
In Häusern, arglos verstreut
Auf dem billigen Boden. Vorgärten
Die eine Landschaft faßten! Ungeliebt
Aber vorhanden waren die Klitschen;
Und die geräumigen Ämter
Durchstreiften wir mit unbeteiligten Mienen
Eine vornehme Klasse
Die nichts von sich hermachte.*

*Ahnungslos
Hielten wir es in den Händen
Eine Gegebenheit, über die man nicht spricht
Beinah zur Natur geworden.
Wir machten uns nichts daraus.*

*Jetzt ist das alles auf eine dunkle Weise verschwunden.
Die festen Gebäude zuerst, dann die leeren Flächen
Schließlich die Ackerkrume bis hinab
In die undeutlichen Bodenschätze. Eine Hand
Heißt es, reißt das an sich und läßt nichts zurück
Das zu verwerten wäre, das Grund-
Und das Regenwasser, buchstäblich nichts
Bleibt uns von unserem Eigentum.*

*Sondern wir müssen dasselbe
Teuer bezahlen, Wasser und Mehl
Das unermessliche von großen Feldern
Und den Platz, es zu verzehren
Und jeden Meter Lebensraum
Müssen wir abstottern an grimmige Besitzer
Und die Arbeit, die es macht, das Unsere noch zu erhaschen
Müssen wir uns erkämpfen wie eine Beute
Und da ist einer, der kann
Nicht das Scherflein hinterlegen
Für einen Schlafplatz.*

*Wer erklärt uns das? Was ist hier eingerissen?
Wer gibt uns Nachricht
Von dem Unseren? Die Zeitungen
Die wir aufschlagen, sind stumm vor Schreck
Denn sie haben auch den Besitzer gewechselt
Und die abgesägten Sender
Verhalten sich ganz stille. Es ist, als wäre ein Mantel
Des Schweigens darüber gebreitet
Und es ist unser Schweigen: heißt es höhnisch
Das wir bewahren.*

*Wo ist alles hingekommen? Es hat sich verflüchtigt.
 Hier und da wurde eine Mark gezahlt, aber auch größere Beträge
 Verdampften auf unseren Konten
 Und wer da meint, Rechte zu haben
 Am Ertrag seines Lebens, findet ihn plattgemacht
 Von einem Bulldozer. Wo aber die stabilen
 Reste stehn, ging die Belegschaft
 In all der Aufregung
 Verloren.*

*Hatten wir denn gar nichts damit zu tun?
 Daß man uns aus den Hallen fegen kann wie Gesindel
 Das irgendwem auf der Tasche liegt.
 Ist denn das Unannehmbare
 Am Eigentum das Volk
 Von dem es befreit werden muß wie von einem Aussatz
 Der sich festfrißt. Man muß uns herausstochern
 Aus unserem Unterschlupf. Und auch die Gedanken daran
 Die in den Instituten nisten, müssen vernichtet werden
 Wie die abgewickelte Wissenschaft
 Und die Köpfe, in denen sie haften
 Müssen aussortiert und bearbeitet werden
 Und noch die Erinnerung muß eingeschwärzt werden mit Druckerschwärze
 Und die etwaigen Fragen
 Der Jungen, die einfach zu jung sind
 Um das ganze Elend zu empfinden, das sie überstanden haben
 Gehören mit dem Holzhammer beantwortet
 Den sie gewohnt sind.*

*Es war da nichts! muß man ihnen sagen
 Alles versunken und zerstoben.
 Wir hatten nichts in der Hand als, was wir sofort fallenließen
 Eine Last ist uns von den Schultern genommen
 Es gibt keinen Grund zur Traurigkeit, als den wir längst
 Unter den Füßen verloren haben.*

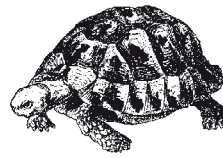
*So muß man jetzt reden hundert Jahre lang
 Wie gehetzt, um bei den Tatsachen zu bleiben
 Die sich überstürzen, und keiner weiß wohin wir über kurz oder lang geraten
 Gehetzt von den allbekanntnen
 Furien des Verschwindens.*

*Aber an der leeren Stelle
 Dort wo nichts bleibt
 Nagt eine Ahnung, die nur blaß zu nennen ist
 Von etwas Einfachem, Zugänglichem
 Nur nicht Begangenenem
 Das man nicht achtete, das man nicht nutzte
 Und wegwarf wie eine abgetragene Hoffnung
 Etwas Unwiederbringlichem und darum Unvergeßlichem
 Dem unauffälligen
 Eigentum des Volkes.*

31.12.1991

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



express-Redaktion
Niddastraße 64
60329 Frankfurt a.M.

Herausgeber:
AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung
der politischen Bildung« e.V.

Redaktionsanschrift:
express-Redaktion
Niddastraße 64
60329 Frankfurt a.M.
Tel.: (069) 67 99 84
Email: express-afp@online.de
Internet: www.express-afp.info

Ich abonniere den **express***

- zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- als reguläres Jahresabonnement zu 35 Euro
- zum ermäßigten Studierenden-/Auszubildenden-Tarif für 18 Euro/Jahr (Beleg beifügen)
- Ich werde Fördermitglied der AFP e.V. (Förderbeitrag: 5 Euro/Monat bzw. 60 Euro Jahresbeitrag) und beziehe den express

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von 21 Tagen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Ich bin **express**-AbonentIn und habe obenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Vor- und Zuname, Straße, PLZ Wohnort

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- Wolfgang Schaumberg: »**Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...**«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006
- Jens Huhn: »**Anders arbeiten – bei vollem Gehalt**«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001
- Yvette Bödecker / Heinz-Günter Lang: »**Der längste und letzte Tanz bei Nanz**«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 1999

* **Erscheinungsweise:** 10 Ausgaben/Jahr

Abbestellungen bitte bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich.

Bisher in der Reihe Ränkeschmiede erschienene Broschüren:

No. 1	Kim Moody: » Rank-And-File Internationalism «. The TIE-Experience	2 Euro
No. 2	Jens Huhn: » Zurück in die Zukunft «. Anmerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Praxis der betrieblichen Linken	5 Euro
No. 3	Heiner Köhnen: » Für eine neue Gewerkschaftspolitik «. Strategien der Canadian Auto Workers (CAW)	5 Euro
No. 4	» Erklärung der Canadian Auto Workers (CAW) zur Schlanken Produktion «	2 Euro
No. 5	Heiner Köhnen: » Neue UnternehmensUN kultur «. Das Modellwerk GM-Saturn	5 Euro
No. 6	Heiner Köhnen: » Gewerkschaftliche Reformbewegungen in den USA «. New Directions innerhalb der United Auto Workers (UAW)	5 Euro
No. 7	» Krise des Kapitals – Krise der Gewerkschaft? «. Elemente, Ansatzpunkte und Strategien für eine Anti-Konzessionspolitik auf betrieblicher, tariflicher und gesetzlicher Ebene	5 Euro
No. 8	Sam Gindin: » Ein neuer Beginn? Bemerkungen zur ArbeiterInnenbewegung am Ende des Jahrhunderts «	5 Euro
No. 9	» Grenzüberschreitungen «. Das Ende der Normalarbeit, prekäre Beschäftigung und Perspektiven gewerkschaftlicher Politik	5 Euro
No. 10	AFP e.V. / TIE e.V. / express-Redaktion: » Last Exit ver.di? « Sonderband	5 Euro
No. 11	Marsha Niemeijer: » Die Ontario Days of Action «. Mythos oder Grundstein einer neuen politischen Strategie für die ArbeiterInnenbewegung?	2 Euro
No. 12	Heiner Köhnen & Anne Scheidhauer: » Organising the Battlefield «. Arbeiterinnen in den Freihandelszonen Sri Lankas	5 Euro
No. 13	Sam Gindin & Leo Panitch: » Schätze und Schund «. Eine Rezension zu <i>Empire</i> von Michael Hardt und Antonio Negri	5 Euro
No. 14	McDonalds, Fnac, Virgin, EuroDisney, Arcade: » Das Solidaritätskollektiv: eine Erfahrung der etwas anderen Art «. Arbeitskämpfe und Organisationsversuche in gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben und Sektoren	5 Euro
No. 15	Willi Hajek: » Eisenbahnen in Europa: Wohin rollt der Zug? «. Für einen Öffentlichen Dienst anstelle von Privatisierung!	5 Euro
No. 16	Wolfgang Schaumberg: » Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision... «. Oder: Zur Aufgabe von postkapitalistisch orientierten Linken am Beispiel des Kampfes in Auto-Multis	5 Euro
No. 17	Redaktion express u.a.: » Baustelle China «. Eindrücke und Fragen einer Studien- und Begegnungsreise	10 Euro
No. 18	Anne Scheidhauer: » Schuften für unsere Kleider – und sonst nichts? « Frauen in der globalisierten Bekleidungsindustrie Bangladeschs	8 Euro
No. 19	Redaktion express: » Krise im Handel – Handeln in der Krise « Erfahrungen, neue Ansätze und Wege – Reader zur Tagung	8 Euro

Bestelladresse:

AFP – Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V.
Niddastraße 64 – 60329 Frankfurt
Telefon (069) 67 99 84 – Email: express-afp@online.de
(alle Preise zzgl. Porto und Versand)